

Wir berichten über die **Sommerakademie und die Jahresversammlung von Attac Schweiz**, veröffentlichen **einen Basis-Text** von Attac Stuttgart zum aktuellen Stand der **Verfassungsentwicklung der Europäischen Union** nach dem NON und eine **kritische Betrachtung des „ABC-Plans“** der Attac Europas.

Elmar Altvater kommt in seinem neuen Buch zum Schluss, dass der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, zum Ende kommt, dass vor allem die in einigen Jahrzehnten zu Neige gehenden Ölreserven (peakoil) zu einem Bruch führen werden. „*dass der Kapitalismus und die ihm angemessenen Strukturen der Zivilgesellschaft nicht wegen der inneren Widersprüche und Krisen, sondern vor allem wegen der äußeren Grenzen der Natur an Schranken stößt. (...) Andere Utopien werden nach Peakoil konkret, die es zuvor nicht gewesen sind, so lange das Öl reichlich zur Verfügung stand. Die Regionalisierung der Weltwirtschaft, die Verlangsamung von Produktion und Transport („Entschleunigung“), die „Dekompression“ von Zeit und Raum, die „Deglobalisierung“ also, werden nicht nur Idee bleiben.*

Auch **Jacques Weber (Attac Frankreich)** hebt hervor, dass die Alternativen nicht „in erster Linie technischer Natur“ sind. „*Die Lösungen sind vielfältig; sie führen über die Rückkehr zur Demokratie, einer neu zu erfindenden Demokratie auf lokaler und globaler Ebene.*„

Die Umbrüche der letzten Jahrzehnte haben eine intensive Suche nach neuen Begriffen und Theorien. Der Kongreß **„Kapitalismus reloaded“**, der von ATTAC mitveranstaltet wird, thematisiert solche Großkonzepte: Imperialismus, Hegemonie, Empire, Globalisierung. Das erkenntnisleitende Interesse ist die Suche nach einer angemessenen Strategie und Taktik im Widerstand gegen die Zumutungen des vorherrschenden Welt(un)ordnung. (Berlin 11 und 12. November). Ob **irakische Gewerkschaftsmitglieder** auf diesem Kongress reden können, ist leider fraglich, da die deutsche Botschaft bisher das Einreisevisum nicht ausstellen wollte. Zur gleichen Zeit findet in **GRAZ** das politische **Filmfestival „Normale“** statt.

Inhalt

Attac Marokko	Europa lässt das kalt (Zu den afrikanischen Flüchtlingen in Ceuta und Melilla)	3
U N O		
Jean Ziegler	Das Imperium der Schande	4
Hugo Chavez	Für eine neue internationale Ordnung - Rede vor der UNO	6
Nicola Bullard	Warum eine UNO-Reform nicht vordringlich ist	9
Walden Bello	Über die Vision von Generalsekretär Kofi Annan „Freiheit von Angst“	14
Francine Mestrum	Millenium-Entwicklungsziele: ein schlichter Rohrkrepiierer	16
Rainer Falk	UNCTAD im Herbst: Querdenker in Genf	17
A f r i k a		
Isabelle Likouka	Tsunami des Wachstums auf Afrika	18
Attac De Agrarnetz	Freihandel Macht Hunger: Liberalisierung gefährdet bäuerliche Landwirtschaft	20
Francisco Mari	Europa rupft Westafrika – Die »Todeshühner« in Kamerun	20
E u r o p a		
Attac Schweiz	Bericht über die Sommerakademie und die Jahresversammlung	21
Attac EU-AG Stuttgart und Region	Zum Plan ABC für Europa von Attac Frankreich	22
Attac Stuttgart	EU-Verfassungsvertrag - „auf Eis gelegt“, doch nicht beerdigt!	24
A l t e r n a t i v e n		
Elmar Altvater	Mögliche Welten. Solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft	26
Jacques Weber	Energie: welche Alternativen?	30
<i>Aufruf zur Demonstration</i>	Atomkraft Nein Danke - Erneuerbare Energien Jetzt!	33
<i>Presseerklärung</i>	Zur Rundreise von irakischen Gewerkschaftern	34
Attac Österreich u.a.	3. Normale, politisches Filmfestival, erstmals in Graz	35
<i>Einladung</i>	Kongress Kapitalismus reloaded in Berlin	36
Harold Pinter	God bless America!	36

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben.

Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen.

Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann; Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland);

Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)

<p>Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de</p>	<p>Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 4,50 € 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben. – Das Verschicken erfolgt NACH dem Ein-</p>	<p>gang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67 GLS Gemeinschaftsbank eG</p>
---	--	--

Attac Marokko – Gruppe Rabat

Europa lässt das kalt

Migranten klopfen an die Tür der entwickelten Welt zu. Die antwortet mit Repression und Gewehrkegeln

Die Enklaven von **Ceuta und Melilla**, vorgelagerte Posten der spanischen Präsenz in Afrika, bieten heute das hässliche, herzzerreißende Schauspiel der von neoliberaler Globalisierung im afrikanischen Kontinent angerichteten Zerstörungen.

Einigen Hundert afrikanischer Migranten ist es nach langem Herumirren in Wäldern und Wüsten, völlig entkräftet durch die Entbehrungen und die unmenschlichen Umstände ihrer Odyssee, gelungen, an die Tür der entwickelten Welt zu klopfen. Europa – von den Maghreb-Ländern unterstützt - antwortet mit Repression und Gewehrkegeln. Zur gleichen Zeit verschwinden weiterhin Menschen vor den Küsten der Kanarischen Inseln und Andalusiens.

Diese Afrikaner flüchten aus einem Kontinent, der von Hunger, Analphabetismus, Seuchen, Kriegen und Diktaturen zerfressen ist, sie verlassen einen Kontinent, der durch Struktur Anpassungsprogramme und Freihandelsabkommen täglich tiefer in der Nicht-Entwicklung versinkt. Europa lässt das kalt: Es erhöht fortwährend die Zäune und verlegt kilometerweise Stacheldraht.

Während die großen Mächte – und die Weltbank – **schöne Reden** über die Ausrottung der Armut halten, werden die Armen ausgerottet: Ein Krieg wird gegen eine Handvoll Elender geführt, die mit bloßen Händen und improvisierten Leitern in die Festung Europa zu klettern versuchen.

Marokko – wie seine maghrebinischen Nachbarn - macht im Rahmen der Auslagerungspolitik als Zulieferfirma die Drecksarbeit und führt zunehmend Zwangsausweisungen durch, organisiert den Bau von Gefangenenzentren und schickt Armee, Polizei und Militärpolizei gegen geschwächte und unbewaffnete Männer, Frauen, Kinder los. Das ist das abgekartete Spiel zwischen den Regierungen des Nordens und des Südens im Kampf gegen die Völker. Dabei versuchen die eigenen Staatsbürger der Arbeitslosigkeit zu entfliehen und unter Lebensgefahr die nördliche Küste des Mittelmeers zu erreichen.

Wir, Mitglieder von Attac Marokko, verurteilen aufs Schärfste die Unterdrückung, unter der Menschen heute in Afrika leiden, deren einziges Verbrechen darin besteht, eine Arbeit finden und in Würde leben zu wollen. Wir versichern ihnen unsere volle Solidarität und unsere Wachsamkeit gegenüber den zu Tage tretenden rassistischen Abirrungen.

Wir drücken unsere Empörung aus über die wiederholten Verletzungen des Menschenrechts auf Freizügigkeit, auf Asyl, auf Leben und Schutz des Lebens, die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den internationalen Abkommen enthalten sind.

Wir verurteilen aufs Schärfste, dass die Regierungen des Nordens wie des Südens im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft auf die Migration ausschließlich mit Sicherheitsmaßnahmen reagieren.

In Anbetracht der seit Jahrhunderten währenden Plünderung Afrikas, die einst per Kolonisierung und jetzt im Rahmen der WTO und ihrer Freihandelsabkommen und der Abkommen über eine europäisch-afrikanischen Partnerschaft erfolgt, betonen wir erneut, dass folgende Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit Afrika sich entwickelt:

- wirksame, also umfangreiche Streichung der Schulden Afrikas, die im Übrigen längst mehrfach beglichen sind;
- sofortiger Stopp der Plünderung der afrikanischen Ressourcen durch Spekulanten und multinationale Firmen und Aufhebung aller bilateralen und multilateralen Abkommen, die der Plünderung den Weg bahnen;
- Beendigung der dreisten Unterstützung, die Europa, das sich als leuchtendes Beispiel der Demokratie ausgibt, zahlreichen undemokratischen, korrupten, diktatorischen Regimes gewährt;
- Einhaltung des Rechts der Völker auf Souveränität und auf Selbstbestimmung ihrer politischen und wirtschaftlichen Grundausrichtung;
- Beendigung des für die westlichen Industrien höchst lukrativen Waffenhandels, der ein Klima ständiger Unsicherheit schafft, die Einmischung Europas und der USA in die afrikanischen Angelegenheiten begünstigt, die Bevölkerungen in Angst und Elend stürzt und ihnen jegliche Hoffnung auf ein anständiges würdevolles Leben raubt;
- Einsatz der Entwicklungshilfe für den Aufbau bzw. Ausbau der öffentlichen Dienste, wie Bildung, Gesundheit, Zugang zu Trinkwasser - unabdingbare Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung .

Einige Wochen vor den Feierlichkeiten anlässlich der Unterzeichnung des Barcelona-Prozesses , der angeblich aus dem Mittelmeer ein Meer des Friedens, des Wohlstands und der Sicherheit für alle machen sollte, haben die dramatischen Ereignisse von Ceuta und Melilla die Wirklichkeit hinter den schönen Reden ins grelle Licht gerückt.

Gegen die Machenschaften der räuberischen Staaten – Lasst uns die Solidarität zwischen den Völkern aufbauen.

7. Oktober 2005 <http://www.maroc.attac.org/>

S. auch Zäune und Militär sind keine Antwort auf Armut" Pressemitteilung von attac De. 5. Oktober 2005

<http://www.attac.de/migration/>

Das Imperium der Schande

„Während die Französische Revolution dem Feudalsystem den Todesstoß versetzte, hat jetzt eine Refeudalisierung der Welt eingesetzt: die transkontinentalen Konzerne dehnen ihre Macht über den ganzen Planeten aus“

Jean Ziegler über sein neues Buch

(...) Mein Engagement geht auf Grunderlebnisse in Afrika zurück. Unmittelbar nach der Ermordung Patrice Lumumbas arbeitete ich einige Zeit als Angestellter der UNO-Behörde für Kongo und erlebte dort eine für mich bis dahin unvorstellbare Not und Unterdrückung. Die UNO war im Hotel Royal untergebracht. Unter den Fenstern des Royal wiederholte sich allabendlich, bei Einbruch der Dunkelheit, das gleiche Schauspiel. Lange Züge hungernder Kinder aus den Vororten von Kinshasa bewegten sich auf die von den Gurkhas bewachte Barrikade zu. Die schwarzen Kinder durften die weiße Enklave nicht betreten; sogar das Betteln war ihnen verboten. Hinter dem Zaun: die Gurkhas. Einer von ihnen richtet manchmal seine Maschinenpistole in den Himmel. Eine Salve krachte, doch die abgemagerten Gestalten setzten ihren Weg fort. An der Absperrung angelangt, brachen die meisten zusammen. Andere warfen sich in einem letzten Aufbäumen ihrer Kräfte gegen den Stacheldraht und blieben darin hängen; wieder andere fielen mit ausgestreckten Armen zurück auf die Straße. Bis an mein Lebensende werde ich den Blick ihrer Augen nicht vergessen.

? Die Kinder starben unter aller Augen?

Ja. Wie ein feiner Regen rieselte sanfte Musik die weißen Fassaden des Hotelgebäudes hinunter, unter den Kronleuchtern im Innern gab irgendein Botschafter für irgendeinen Geschäftsmann aus irgendeinem europäischen Land einen Empfang. Dieser erhob sein Champagnerglas und lobte in salbungsvollen Worten die zivilisatorische Mission des Westens im Kongo. Die Nase an das Fenster gedrückt, sah ich die Kinder sterben. Die unerschütterlichen Gurkhas, die mit dem Rücken zum Gebäude standen, beschränkten sich darauf, den kleinen Köpfen, die in gewissen zeitlichen Abständen und mit einer schier übermenschlichen Kraftanstrengung über den Barrikaden auftauchten, mit dem Gewehrkolben einen Schlag zu versetzen. Andere Soldaten, die nur mit einem Dolch ausgerüstet waren, befreiten die sterbenden Kinder aus dem Stacheldraht, in den sie sich verheddert hatten, indem sie ihre Finger mit der Messerklinge lösten. Anschließend warfen sie die leblosen Körper auf die Straße. In diesem Augenblick habe ich mir geschworen, nie mehr – auch nicht zufällig – auf der Seite der Henker zu stehen.

? Als junger Mann wollten Sie nach Kuba gehen.

Es war eine Nacht im April 1964. Ein Jahr zuvor hatte ich mit der Gruppe Clarté Kuba bereist. Ich wollte dorthin zurückkehren, um dort zu leben. Die von Che Guevara geleitete kubanische Delegation auf der ersten Genfer Zuckerkonferenz war im Hotel Intercontinental auf dem Petit-Saconnex abgestiegen. Die zwölf Kubaner teilten sich drei Zimmer im siebten Stock. Ich ersuchte sie um ein Gespräch. Wir diskutierten die ganze Nacht. (...) In seiner olivgrünen Uniformjacke stand der hagere Che an seinem Fenster. Er rief mich zu sich und sagte mit seiner immer ein wenig heiseren Stimme: »Siehst du diese Stadt?... Hier bist du im Gehirn des Ungeheuers! Was willst du mehr?... Dein Schlachtfeld ist hier.« (...)

? In Ihrem Buch »Das Imperium der Schande« beschreiben Sie jenes Monster als »eine neue Klasse von Feudalherrschern, die Kosmokraten der großen Konzerne«.

Diese neuen Feudalherren haben mehr Macht als je ein Kaiser, König oder Papst besessen hat. 2004 kontrollierten die 500 größten Konzerne 52 Prozent des Weltsozialprodukts. Ihre einzige Handlungsmaxime ist die Profitmaximierung. Ihre Profitgier ist grenzenlos. **Ihr Wirtschaftskrieg unter sich und gegen die Völker** ist permanent. Sie haben ein weltweites System der **strukturellen Gewalt** entwickelt. 140 Jahre vor Christi Geburt ließ der römische Feldherr Cornelius Scipio Aemilianus Karthago dem Erdboden gleichmachen und viele seiner 700 000 Bewohner ermorden. Doch nach seiner Rückkehr nach Rom war er wieder dem *ius gentium* unterworfen, dem Rechtssystem, das die Beziehungen von Rom zu anderen Völkern regelte. Doch heute herrscht die extreme Gewalt permanent. Es handelt sich nicht mehr, wie es Max Horkheimer verstand, um eine vorübergehende »Verfinsterung der Vernunft«.

? Warum haben Sie als Ausgangspunkt Ihrer Kritik die Französische Revolution gewählt?

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der damit verbundenen Zurückweisung des Marxismus ist eine **große geistige Leere** entstanden – auch bei den Linken. Ein großer Teil des europäischen Kollektivbewusstseins wurde verschüttet. Das Buch will den wirklichen Horizont der Ge-

schichte zeigen, die große Periode der Aufklärung, die die Menschenrechte postulierte, von denen viele ihrer Verwirklichung harren – das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf Würde, aber nicht zuletzt auch das in der Präambel der Unabhängigkeitserklärung der USA fixierte Recht auf das Streben nach Glück. Im 18. Jahrhundert war das pure Utopie, doch heute verfügt die Menschheit auch über die materiellen Mittel, diese Rechte zu verwirklichen. Doch zugleich haben Hunger und Elend heute ein schrecklicheres Ausmaß angenommen als in jeder anderen Epoche der Menschheit. Während die Französische Revolution dem Feudalsystem den Todesstoß versetzte, hat jetzt eine Refeudalisierung der Welt eingesetzt: die transkontinentalen Konzerne dehnen ihre Macht über den ganzen Planeten aus.

? Sie rufen immer wieder die französischen Revolutionäre Babeuf, Saint-Just und Jacques Roux als Kronzeugen gegen die neuen Herrscher der Welt an.

Die Französische Revolution hatte ja schon eine eigene Linksopposition – Quellen, die ich wieder freigelegt habe. **Saint-Just** proklamierte, dass zivile und politische Menschenrechte nichts taugen ohne soziale und wirtschaftliche Menschenrechte. **Roux** rief dem Konvent entgegen: »Die Freiheit ist ein eitles Hirngespinnst, wenn eine Klasse von Menschen die andere ungestraft aushungern kann.« Das gilt heute mehr denn je. In Argentinien, Brasilien und anderen Ländern Südamerikas gibt es Demokratie, aber der Hunger nimmt zu. Das heißt nicht, dass **Demokratie** und politische **Menschenrechte** falsch, sondern dass sie vollkommen **ungenügend** sind. Deshalb ist der Kampf um wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unverzichtbar.

? Welche Hoffnungen setzen Sie dabei in die Vereinten Nationen?

Die UNO hat im Laufe der Jahrzehnte eine Vielzahl wichtiger Konventionen verabschiedet, gerade auch über Menschenrechte. Wenn man sich die Texte anschaut, ist das humanitäre Recht in ständiger Entwicklung begriffen. Aber in der Realität werden immer mehr Schranken des internationalen Rechts niedergedrückt. Jüngstes Beispiel: Der neue USA-Botschafter John Bolton will die Folter-Konvention den neuen USA-Praktiken des Kampfes gegen den Terror anpassen. Die **Folter** soll neu definiert werden. Nur die bleibende Verstümmelung ei-

nes Gefangenen soll verboten bleiben. Die UNO selbst ist heute äußerst geschwächt. **Die neuen Feudalherren sind weder auf die Staaten noch auf die UNO angewiesen.** Welthandelsorganisation, Weltbank und Internationaler Währungsfonds genügen ihnen als willige Söldner ihrer Strategien. In diesem Jahr feierten die Vereinten Nationen ihren 60. Geburtstag. Aber es kann durchaus sein, dass sie ihn nicht lange überleben.

?Weshalb haben Sie dennoch das Amt eines UNO-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung übernommen?

Gewiss, die Einflussmöglichkeiten dieses Amtes sind gering. Aber ich habe auch eine Chance gesehen, die wirtschaftlichen und **sozialen Menschenrechte** gleichsam als **Waffe gegen das Imperium** einzusetzen. Jedenfalls kann ich mit meinen UNO-Berichten – den fünften werde ich am 27. Oktober in New York vorlegen – Transparenz über die Folgen der Herrschaft der neuen Feudalherren schaffen. Die Anzahl der Menschen, die unter Hunger leiden, steigt von Jahr zu Jahr. Ob jüngst in Niger, der Mongolei oder den besetzten palästinensischen Gebieten – überall habe ich das tägliche Massaker des Hungers erlebt. 100 000 Menschen sterben täglich an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen – meist in den 122 Ländern der Dritten Welt, in denen 4,8 Milliarden Menschen leben. **Hunger ist zu einer Massenvernichtungswaffe geworden.** Dabei sagt derselbe Welternährungsbericht, der diese Opferzahlen vorlegt, dass die Weltlandwirtschaft in ihrer heutigen Entwicklungsstufe ohne Problem 12 Milliarden Menschen, das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung, ernähren könnte – bei 2700 Kalorien pro Tag. Es gibt keine Fatalität. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. Die **Weltordnung des globalisierten Raubtierkapitalismus** ist nicht nur mörderisch. Sie ist auch absurd. Sie **tötet**, aber sie tötet ohne Notwendigkeit.

?Glauben Sie, dass das Millenniumsziel – Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet – bis 2015 erreicht wird?

Nein. Armut und Hunger nehmen immer mehr zu anstatt zurückzugehen. Sehen Sie sich den Ansturm der Afrikaner auf die spanische Exklave **Melilla** an. Ob in Niger, Mali, Senegal oder Mauretanien – viele Familien oder Dörfer sehen keinen anderen Ausweg aus ihrer Misere, als ihre jungen Männer nach Europa zu schicken. Sie sammeln Geld für sie, in der Hoffnung, dass sie den langen Weg durch die Sahara schaffen und die Stacheldrahtzäune überwinden können.

? Was sollte die EU zur Lösung der Flüchtlingskrise tun?

2004 haben die Industriestaaten ihren Bauern 349 Milliarden Dollar Produktions- und

Exportsubventionen bezahlt...fast eine Milliarde Dollar pro Tag! Auf dem Markt in der senegalesischen Hauptstadt Dakar kann man europäisches Obst und Gemüse zu einem Drittel des Preises der einheimischen Früchte und des Gemüses kaufen. **Die europäische Dumpingpolitik verwüstet die afrikanischen Agrarwirtschaften.** Die EU sollte ihre riesigen Agrarsubventionen abschaffen, die Importschranken für Waren und Güter aus afrikanischen Ländern senken und die **Schulden** der Entwicklungsländer streichen. Die Menschen müssen in ihren Ländern ein Auskommen in Würde finden – aber nicht durch Almosen. Während die Industrieländer 2003 der Dritten Welt staatliche Entwicklungshilfe im Umfang von 54 Milliarden Dollar gewährten, mussten die gleichen Länder 436 Milliarden Dollar als Schuldendienst überweisen. **Es kommt also nicht so sehr darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.**

?Als UNO-Beauftragter haben Sie nicht selten mit jenen neuen Feudalherrschern debattiert.

Sie preisen alle die gleichen Instrumente: Man muss privatisieren. Sie scheuen Fülle und Verfügbarkeit der Güter, das beeinträchtigt den Maximalprofit. Sie wollen sich nun auch der Natur bemächtigen, der Wasserquellen vor allem, und Leben – die genetischen Eigenschaften der Pflanzen und Tiere – zu ihrem alleinigen Nutzen patentieren lassen.

?Die Kosmokraten haben selbst keine Truppen. Doch sie besitzen – so schreiben Sie – de facto einen bewaffneten Arm: den USA-Staatsapparat.

Der **Raubüberfall auf Irak** von März 2003 zeigt das ganz deutlich. Schauen wir uns nur das Personal an. Condoleezza Rice war, bevor sie in Washington aufstieg, Direktorin von Chevron, Bush hat sein Vermögen in der Ölindustrie gemacht, Rumsfeld war bei Texaco und Cheney bei Halliburton. Der Irak-Krieg ist die direkte Umsetzung der Konzernstrategie der Ölgesellschaften. Das Ergebnis: fast 2000 tote US-amerikanische Soldaten und 160 000 Iraker, die vom Beginn des Überfalls bis zum Juli dieses Jahres im Krieg bzw. an seinen Folgen starben. Aber eben: Der Irak besitzt die zweitgrößten Ölreserven der Welt: 112 Milliarden Barrel.

?Brasiliens Präsident Lula erscheint in Ihrem Buch als große Lichtgestalt.

Lula ist für mich eine große Hoffnung. In Brasilien ist **eine demokratische, antikapitalistische Revolution im Gange**, die weitgehend über die Zukunft der antikapitalistischen Volksbewegung der ganzen Welt entscheiden wird. Mit dem Programm »fome zero« (Null Hunger) will Lula den Hunger eliminieren. 44 der 182 Millionen Brasilianer sind permanent schwerst unterernährt. Doch Lula hat vor allem von der Mi-

litärdiktatur eine Auslandsschuld von über 242 Milliarden Dollar geerbt. Der **Schuldendienst verhindert den Kampf gegen den Hunger.** In der Arbeiterpartei gärt es bereits. Lula befindet sich in einer unmöglichen, schwierigen Situation, er braucht unsere Solidarität.

? Mit großer Sympathie zitieren Sie Babeuf über den Sturz aller alten barbarischen Institutionen – eine Utopie?

Nicht wenn die Opfer der barbarischen Globalisierung zu Akteuren ihres Schicksals werden. Mit meinem Buch möchte ich helfen, diesen Prozess in Gang zu setzen, der in einen **Aufstand** verbündeter autonomer Kräfte der sich abzeichnenden planetarischen Zivilgesellschaft münden kann. Mein Buch möchte eine Waffe sein in diesem Kampf. In meinem Genfer Büro hängt ein Foto. Es zeigt Bertolt Brecht, auf einer Berliner Parkbank sitzend, ein Buch in der Hand. Darunter steht »Bertolt Brecht – bewaffnet«.



Jean Ziegler, Das Imperium der Schande. C. Bertelsmann Verlag, München 2005, 320 S., geb., 19,90 €

Der Schweizer Soziologe und Politiker Jean Ziegler (71) ist seit 2001 Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung sowie Mitglied der UN-Task-Force für humanitäre Hilfe in Irak. Bis 1999 war er fast 30 Jahre lang Nationalratsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. 2003 erschienen: »Die neuen Herrscher der Welt und ihre Widersacher«

Mit Prof. Jean Ziegler sprach Jochen Reinert. Zuerst erschienen in "Neues Deutschland", 15. 10.2005 www.nd-online.de

S. auch Jean Ziegler: „Die Schizophrenie der Vereinten Nationen. Ihr Kampf gegen den Hunger hat keine wirksamen Mittel“ in Sand im Getriebe Nr.9 (Dez 2001) http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/sandimgetriebe09_01.html

Für eine neue internationale Ordnung

Rede des Präsidenten Hugo Chávez bei der UNO-Vollversammlung New York, 15. September 2005

Exzellenzen, Freundinnen und Freunde,
guten Abend,

Das eigentliche Anliegen dieser Tagung wurde vollkommen entkräftet. Uns wurde als zentraler Diskussionspunkt ein **sogenannter Reformprozess verordnet, der die dringendsten Anliegen in den Hintergrund drängt**, die die Völker der Welt mit Dringlichkeit einfordern, wie das Ergreifen von Maßnahmen um die wirklichen Probleme anzugehen, die die Anstrengungen unserer Länder für die Entwicklung und das Leben erschweren und verhindern.

Fünf Jahre nach dem **Millenniums-Gipfel** ist die harte Wirklichkeit, dass die große Mehrheit der entworfenen **Ziele**, obwohl sie schon sehr bescheiden waren, **nicht erreicht** werden.

Wir wollten die Zahl der 842 Millionen Hungernden bis zum Jahr 2015 halbieren. Beim gegenwärtigen Rhythmus würde dieses Ziel im Jahr 2215 erreicht werden, schauen wir mal, wer von uns dann noch da sein wird, um es zu feiern, falls es der menschlichen Spezies gelingt, die Zerstörung zu überleben, die unsere Umwelt bedroht.

Wir hatten das Ziel proklamiert, 2015 die allgemeine Grundschulbildung für alle zu erreichen. Beim gegenwärtigen Rhythmus erreichen wir dieses Ziel nach dem Jahr 2100, bereiten wir uns also darauf vor, es zu feiern.

Dies, Freundinnen und Freunde aus aller Welt, bringt uns unweigerlich zu einer bitteren Schlußfolgerung: **Die Vereinten Nationen haben ihr Modell erschöpft** und es geht nicht einfach darum, eine Reform durchzuführen. Das XXI. Jahrhundert erfordert tiefgreifende Veränderungen, die nur mit einer **Neugründung** dieser Organisation möglich sein werden. Diese taugt nicht mehr, müssen wir feststellen, das ist die reine Wahrheit.

Diese Veränderungen, auf die wir uns von Venezuela aus gegenüber der Welt beziehen, haben für uns, von unserem Standpunkt aus, zwei Momente: den Unmittelbaren, den von jetzt sofort, und den der Träume, den der Utopie.

Der erste ist gekennzeichnet von den Abkommen, die als Ballast des alten Schemas bleiben. Wir verschmähen sie nicht und tragen sogar konkrete kurzfristige Vorschläge im Rahmen dieses Modells bei. Aber der **Traum vom Weltfrieden, der Traum von einem "Wir", das sich nicht des Hungers, der Krankheiten, des Analphabetismus, der extremen Not schämen muß**, braucht neben Wurzeln Flügel zum Fliegen. Wir brauchen Flügel zum Fliegen.

Wir wissen, dass es eine schreckliche neoliberale Globalisierung gibt, aber es gibt auch die Realität einer vernetzten Welt, der wir uns stellen müssen, nicht als einem Problem, sondern als einer Herausforderung. Wir können auf der Grundlage der nationalen Realitäten Kenntnisse austauschen, uns ergänzen, Märkte integrieren. Aber zugleich müssen wir verstehen, dass es **Probleme gibt, für die es keine nationale Lösung gibt**. Weder eine radioaktive Wolke noch die Weltmarktpreise noch eine Epidemie noch die Erderwärmung oder das Ozonloch sind nationale Probleme. Während wir zu einem neuen Modell der Vereinten Nationen vorschreiten, das dieses "Wir" der Völker ernst nimmt und sich zu eigen macht, gibt es vier dringende und unaufschiebbare Reformen, die wir dieser Versammlung unterbreiten.

Erstens, die **Erweiterung des Sicherheitsrates**, sowohl in seinen ständigen als auch in seinen nicht ständigen Mitgliedern, den Zutritt für neue entwickelte und Entwicklungsländer als neue ständige Mitglieder.

Zweitens, die notwendige Verbesserung der Arbeitsweise, um die **Transparenz** zu vergrößern, nicht um sie zu verringern, um den Respekt zu vergrößern und nicht, um ihn zu verringern, um die Einbeziehung zu erweitern.

Drittens, die sofortige Unterdrückung, das sagen wir in Venezuela seit sechs Jahren, die sofortige Unterdrückung des **Vetos** in den Entscheidungen des Sicherheitsrates. **Diese elitäre Spur** ist nicht vereinbar mit der Demokratie, nicht vereinbar auch nur mit der Idee von Gleichheit und Demokratie.

Und Viertens, die Stärkung der **Rolle**

des Generalsekretärs, seine politischen Funktionen im Rahmen der präventiven Diplomatie müssen gefestigt werden.

Die Schwere der Probleme erfordert tiefgreifende Veränderungen, einfache Reformen reichen nicht aus, um das "Wir" zurückzugewinnen, das die Völker der Welt erwarten. Über die Reformen hinaus fordern wir aus Venezuela die Neugründung der Vereinten Nationen. Wie wir in Venezuela durch die Worte von Simón Rodríguez, dem Robison von Caracas, sehr gut wissen: "Entweder wir kommen zur Besinnung, oder wir irren umher".

Im vergangenen Januar dieses Jahres 2005 waren wir auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre. Verschiedene Persönlichkeiten forderten dort, dass der **Sitz der Vereinten Nationen die Vereinigten Staaten verlassen müsse**, wenn die Verletzungen der internationalen Legalität durch dieses Land fortgesetzt werden. Heute wissen wir, dass es im Irak niemals Massenvernichtungswaffen gegeben hat. Das Volk der Vereinigten Staaten hat immer sehr entschieden von seinen Regierenden die Wahrheit eingefordert, ebenso die Völker der Welt: Es gab niemals Massenvernichtungswaffen, aber trotzdem und entgegen den Vereinten Nationen wurde der Irak bombardiert, besetzt und ist noch immer besetzt. Deshalb schlagen wir dieser Versammlung vor, dass die Vereinten Nationen ein Land verlassen, das die Beschlüsse dieser Versammlung nicht respektiert. Einige Vorschläge haben von einem in eine internationale Stadt verwandelten Jerusalem als Alternative gesprochen. Dieser Vorschlag hat den Vorzug, eine Lösung für den Konflikt vorzuschlagen, den Palästina durchlebt, aber er hat vielleicht auch Kanten, die eine Umsetzung schwer machen. Deshalb schlagen wir hier etwas anderes vor, das im Brief aus Jamaica verankert ist, den Simón Bolívar, der große Befreier des Südens, vor 190 Jahren, 1815 in Jamaica, geschrieben hat. Dort schlug Bolívar die Schaffung einer internationalen Stadt vor, die als Sitz für die Idee der Einheit dienen sollte, die ihm vorschwebte. Bolívar war

ein Träumer, der das erträumte, was heute unsere Realitäten sind.

Wir glauben, dass die Zeit gekommen ist, an die Schaffung einer **internationalen Stadt** zu gehen, die frei von der Souveränität irgendeines Staates ist, mit der eigenen moralischen Kraft, die Nationen der Welt zu repräsentieren. Aber diese internationale Stadt muß **fünf Jahrhunderte der Ungleichheit ausgleichen**. Der neue Sitz der Vereinten Nationen muß **im Süden** sein. "Der Süden existiert auch!", sagte Mario Benedetti. Diese Stadt, die es bereits geben kann oder die wir gründen können, könnte sich dort befinden, wo sich viele Grenzen kreuzen oder auf einem Gebiet, das die Welt symbolisiert. Unser Kontinent steht bereit, seinen Boden anzubieten, um auf ihm den Ausgleich des Universums zu errichten, von dem Bolívar 1825 sprach.

Meine Damen und Herren, wir stehen heute in der Welt einer **beispiellosen Energiekrise** gegenüber, in der auf gefährliche Weise das unaufhaltsame Wachstum des Energiekonsums, die Unmöglichkeit, das Angebot an Brennstoffen zu erhöhen und die Perspektive eines Rückgangs der bestätigten Reserven fossiler Brennstoffe zusammenkommen. Das Erdöl beginnt zur Neige zu gehen.

2020 wird der tägliche Erdölbedarf bei 120 Millionen Barrel liegen, womit, ohne ein künftiges Wachstum einzurechnen, in 20 Jahren eine Menge verbraucht würde, die dem gesamten Erdöl entspricht, das die Menschheit bis jetzt verbraucht hat, was unweigerlich einen Anstieg der Kohlendioxidemissionen bedeuten würde, durch die, wie man weiß, Tag für Tag die Temperatur unseres Planeten ansteigt.

Katrina war ein schmerzvolles Beispiel für die Konsequenzen, die das Ignorieren dieser Realitäten für den Menschen bringen kann. Die **Erwärmung der Ozeane** ist der grundlegende Faktor für die zerstörerische Zunahme der Kraft der Hurrikane, die wir in den letzten Jahren gesehen haben. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Volk der Vereinigten Staaten, das ebenfalls ein Brudervolk der Völker Amerikas und der Völker der Welt ist, noch einmal unseren Schmerz und unser Mitgefühl auszusprechen.

Es ist praktisch und ethisch nicht möglich, die menschliche Spezies zu opfern, indem man in wahnsinniger Weise die Gültigkeit eines **sozioökonomischen Modells** mit einer sich galoppierend vergrößernden Zerstörungskraft verteidigt. Es ist Selbstmord, es als nie scheiternendes Mittel für die Übel anzupreisen, deren wichtigste Ursache es selbst ist.

Vor kurzem nahm der Herr Präsident der Vereinigten Staaten an einer Versammlung der Organisation Amerikanischer Staaten teil, um Lateinamerika und der Karibik eine **Ausweitung der Marktpolitik**, die Öffnung der Märkte, das heißt, den Neoliberalismus vorzuschlagen, während das genau die **grundlegende Ursache** der großen Übel und großen Tragödien ist, die unsere Völker erleben: Was der neoliberale Kapitalismus, der Konsens von Washington hervorgebracht haben ist ein größeres Elend, mehr Ungleichheit und eine unendliche Tragödie für die Völker dieses Kontinents.

[Beifall]

Heute mehr denn je brauchen wir, Herr Präsident, eine neue internationale Ordnung. Wir erinnern an die Vollversammlung der Vereinten Nationen in ihrer sechsten außerordentlichen Sitzungsperiode im Jahr 1974. Einige von denen, die heute hier sind, waren damals sicherlich noch nicht geboren oder waren sehr klein.

1974, vor 31 Jahren, wurde eine Erklärung und ein Aktionsprogramm über eine neue Internationale Wirtschaftsordnung angenommen. Gemeinsam mit dem Aktionsplan nahm die Vollversammlung am 14. Dezember jenes Jahres 1974 die Charta der Ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten an, die die **Neue Internationale Wirtschaftsordnung** konkretisierte und mit einer überwältigenden Mehrheit von 120 Stimmen dafür, sechs dagegen und zehn Enthaltungen angenommen wurde. Das war, als in den Vereinten Nationen noch abgestimmt wurde, denn jetzt wird hier nicht mehr abgestimmt. Jetzt werden hier Dokumente angenommen wie dieses Dokument hier [gemeint ist das kurzfristig mit hauptsächlich von den USA durchgesetzten Änderungen vorgelegte Abschlußdokument der Plenartagung], das ich im Namen Venezuelas als empörend, ungültig und illegal anklage, denn es wurde unter Verletzung der Regeln der Vereinten Nationen an-

genommen. **Dieses Dokument ist nicht gültig!** Dieses Dokument muß diskutiert werden. Die Regierung von Venezuela wird es der Welt bekannt machen, aber wir können nicht die **offene und schamlose Diktatur in den Vereinten Nationen** akzeptieren, diese Dinge müssen diskutiert werden, und deshalb richte ich einen sehr respektvollen Aufruf an meine Kollegen Staats- und Regierungschefs.

Ich habe mich gerade mit dem Präsidenten Néstor Kirchner getroffen und, nun ja, ich zog das Dokument aus der Tasche. Dieses Dokument wurde fünf Minuten vorher – nur in Englisch! – an unsere Delegierten übergeben und wurde mit einem diktatorischen Schlag angenommen. Das klage ich vor der Welt an als illegal, empörend, ungültig und illegitim.

Hören Sie, Herr Präsident, wenn wir das akzeptieren, sind wir verloren. Löschen wir das Licht und schließen wir die Türen und schließen wir die Fenster! Es wäre das Letzte: dass wir hier in diesem Saal die Diktatur akzeptieren.

Heute mehr denn je müssen wir Dinge wieder aufnehmen, die zurückgeblieben sind, wie den 1974 in dieser Versammlung angenommenen Vorschlag einer **Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung**. Um ein wenig daran zu erinnern, möchten wir auf das Folgende hinweisen: Der Artikel 2 des Textes jener Akte bestätigt das Recht der Staaten, Eigentum und Naturressourcen, die sich in der Hand ausländischer Investoren befinden, zu nationalisieren und erlaubt ebenso die Bildung von Kartellen der Rohstoffproduzenten. In ihrer Resolution Nr. 3201 vom Mai 1974 wird die Entschlossenheit festgestellt, schnell an der Etablierung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zu arbeiten, die begründet ist auf – ich empfehle Ihnen, dass Sie mir gut zuhören – *„der Gerechtigkeit, der souveränen Gleichheit, der gegenseitigen Abhängigkeit, dem gemeinsamen Interesse und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, welches auch immer ihre ökonomischen und sozialen Systeme sein mögen, die die Ungleichheit korrigiert und die Ungerechtigkeiten zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern behebt und den gegenwärtigen und künftigen Generationen Frieden, Gerechtigkeit und eine beschleunigte wirtschaftliche und so-*

ziale Entwicklung sichert.“ Ende des Zitats, ich habe einen Teil jener historischen Resolution von 1974 vorgelesen. Das Ziel der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung war die Veränderung der in Breton Woods entworfenen alten Wirtschaftsordnung.

[Beifall]

[Chávez wird darauf hingewiesen, dass seine Redezeit abgelaufen sei] Ich glaube, der Präsident der Vereinigten Staaten hat hier gestern rund 20 Minuten gesprochen, wie mir berichtet wurde. Exzellenz, ich bitte um die Erlaubnis, meine Rede zu beenden.

[Beifall]

Das Ziel der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung war die Veränderung der alten Wirtschaftsordnung, die 1944 in Breton Woods entworfen wurde und die bis 1971, bis zum Zusammenbruch des internationalen Währungssystems, Gültigkeit besaß. Allein guter Wille, aber keine wirkliche Bereitschaft, diesen Weg weiter zu beschreiten. Wir glauben jedoch, dies allein war und bleibt der Weg.

Heute fordern die Völker, in diesem Fall das Volk Venezuelas, eine neue internationale Wirtschaftsordnung, aber **auch eine neue internationale politische Ordnung** ist unverzichtbar. Wir können nicht erlauben, dass eine Handvoll Länder versucht, widerspruchslos die Prinzipien des Völkerrechts neu zu interpretieren, um dadurch Doktrinen wie den „Präventivkrieg“ durchzusetzen. Man bewahre uns davor, mit dem Präventivkrieg bedroht zu werden! Und vor dem, was man jetzt »Verantwortung für den Schutz« nennt. Es muß gefragt werden: Wer wird uns schützen? Wie werden sie uns schützen?

Ich glaube, dass **eines der Völker, das beschützt werden muß, das Volk der Vereinigten Staaten ist**, was gerade durch die Katrina-Tragödie schmerzhaft demonstriert wurde. Es hat keine Regierung, die es vor angekündigten Naturkatastrophen beschützt. Wenn wir davon sprechen, dass die einen die anderen beschützen sollen, dann sind das sehr gefährliche Konzepte, die den Imperialismus zeigen, die den Interventionsimus zeigen, und versuchen, das **Nichtrespektieren der Souveränität der Völker** zu legalisieren. Herr Präsident, das vollständige Respektieren der Prinzipien des Völkerrechts und der Charta

der Vereinten Nationen müssen den Dreh- und Angelpunkt der internationalen Beziehungen in der heutigen Welt und die Basis der von uns vorgeschlagenen neuen Ordnung bilden.

Erlauben Sie mir noch einmal zum Abschluß Simón Bolívar zu zitieren, unseren Befreier, als er von der Integration der Welt sprach, vom Weltparlament, von einem Kongreß der Parlamentarier. Noch viele Vorschläge wie der bolivarianische müssen aufgegriffen werden. Bolívar sagte 1815 in Jamaica, ich lese einen Satz aus seinem Brief aus Jamaica, aus dem ich bereits zitierte: *„Wie schön wäre es, wenn die Landenge von Panama für uns das wäre, was der Korinth für die Griechen war. Hoffentlich haben wir eines Tages das Glück, dort einen edlen Kongreß der Repräsentanten der Republiken und der Königreiche zu installieren, um die wichtigsten Themen des Friedens und des Krieges mit den Nationen der anderen drei Teile der Welt zu behandeln und zu diskutieren. Diese Form der Zusammenarbeit kann in irgendeiner Epoche unserer Regeneration stattfinden.“* Es ist sicherlich dringend, effizient dem internationalen **Terrorismus** entgegenzutreten, aber nicht, um ihn als **Vorwand** für die Entfesselung unbegründeter und völkerrechtswidriger Militäraktionen zu benutzen, wie er nach dem 11. September als Doktrin inthronisiert wurde. Nur eine enge und wirkliche Zusammenarbeit und das Ende der Doppelzüngigkeit einiger Länder des Nordens können das Thema des Terrorismus lösen, können diese schreckliche Geißel beseitigen.

Herr Präsident,

nach fast sieben Jahren der Bolivarianischen Revolution kann das **venezolanische Volk** wichtige soziale und ökonomische **Errungenschaften** präsentieren:

1.406.000 Venezolaner haben in anderthalb Jahren Lesen und Schreiben gelernt. Wir sind rund 25 Millionen und in wenigen Wochen, in wenigen Tagen, wird sich das Land als frei vom Analphabetismus erklären können. Drei Millionen Venezolaner, die zuvor aufgrund der Armut ausgeschlossen waren, sind in die Grund-, Sekundär- und Hochschulbildung einbezogen worden.

17 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner, fast 70 Prozent der Bevölkerung, erhalten zum ersten Mal in der Geschichte kostenlose Gesundheits-

versorgung, einschließlich der Medikamente, und in wenigen Jahren werde alle Venezolaner kostenlosen Zugang zu einer erstklassigen Gesundheitsversorgung haben.

Heute werden mehr als 1,7 Millionen Tonnen Lebensmittel zu geringen Preisen an 12 Millionen Menschen vertrieben, fast die Hälfte der Venezolaner. Eine Million von ihnen erhalten sie vorübergehend kostenlos. Diese Maßnahmen haben den Bedürftigsten ein hohes Maß an Nahrungsmittelsicherheit gegeben.

Herr Präsident, mehr als 700.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit um neun Prozentpunkte gesenkt, all dies inmitten interner und externer Aggressionen, die einen in Washington geplanten Staatsstreik und einen ebenfalls in Washington entworfenen Erdölputsch beinhalten und trotz der Verschwörungen, der Verleumdungen der Medienmacht und der ständigen Bedrohung durch das Imperium und seiner Verbündeten, die bis zur **Forderung nach meiner Ermordung** gehen. Das einzige Land, in dem sich eine Person den Luxus erlauben kann, die Ermordung eines Staatsoberhauptes zu fordern, ist die USA, wie vor kurzem im Falle eines Predigers namens Pat Robertson, einem engen Freund des Weißen Hauses. Er forderte öffentlich vor aller Welt meine Ermordung **und ist frei**. Das ist ein internationales Verbrechen! Internationaler Terrorismus!

Nun gut, wir werden für Venezuela kämpfen, für die latinamerikanische Integration und für die Welt.

Wir unterstreichen hier, in diesem Saal, unseren unendlichen Glauben an den Menschen, der heute nach Frieden und Gerechtigkeit dürstet, um als Spezies überleben zu können. Simón Bolívar, Vater unseres Vaterlandes und Anführer unserer Revolution, schwor seinem Arm keine Ruhe und seiner Seele keine Pause zu gönnen, bis Amerika frei sein werde. Gewähren wir unseren Armen keine Ruhe und unseren Seelen keine Pause bis wir die Menschheit gerettet haben.

Meine Herrschaften, vielen Dank.

[Beifall].

Übersetzung: André Scheer, Netzwerk Venezuela

<http://www.netzwerk-venezuela.de/inhalt/reden/>

Warum eine UNO-Reform nicht vordringlich ist

„Frag nicht, was du für die Vereinten Nationen tun kannst, sondern was die UNO für dich tun kann“ - Mit der Bitte um Entschuldigung an John F. Kennedy

Als US-Präsident George W. Bush die Invasion im Irak ankündigte - mit oder ohne Unterstützung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen - machte er wiederholt auf die Schwächen und Versager der Vereinten Nationen aufmerksam. Im Prinzip warf er der UNO den Fehdehandschuh hin und belebte damit unbeabsichtigterweise die Debatte über die Rolle der UNO und insbesondere über den Bedarf, die UNO zu reformieren und diese als Abwehr gegen den US-Unilateralismus zu „stärken“.

Diese Debatte gewann im Vorfeld des 60. Gründungstags der UNO im September dieses Jahres umso mehr an Fahrt. Sie wurde geschürt von Skandalen um das Öl-für-Lebensmittel-Programm, dem Vorwurf der Vetternwirtschaft und Korruption, die Veröffentlichung des Berichts hochrangiger Experten über die weltweite Sicherheit und das Gerangel um Sitze im vorgeschlagenen erweiterten Sicherheitsrat. Die Amerikaner nahmen durchwegs eine säbelrasselnde und egoistische Haltung ein: Diese Haltung wurde in einem kürzlich erschienenen Bericht „Amerikanische Interessen und Reform der UNO“ unterstrichen, der die Kurzsichtigkeit der USA in Bezug auf die UNO bestätigt. Präsident Bushs Entscheidung, John Bolton als UNO-Botschafter zu berufen, ohne es zu schaffen, dafür die Zustimmung des Senats zu bekommen, legt nahe, dass diese Haltung weiterbesteht.

Die UNO war seit Ihrem Gründungstag wegen ihres „**fatalen Geburtsfehlers**“ reformreif, nämlich dass der Sicherheitsrat **das Kräfteverhältnis, das am Ende des 2. Weltkriegs etabliert wurde, sozusagen in Stein meißelte**. Während der ganzen Ära des kalten Krieges wurde die West-Ost-Politik innerhalb der UNO ausgetragen und war besonders offenkundig in der Art, wie der Sicherheitsrat funktionierte.

Zusammen mit dem **Vetorecht** im Sicherheitsrat haben die USA stets ihren **finanziellen Einfluss** dazu gebraucht, um ihre Interessen bei der UNO durchzusetzen. **Dennoch**, trotz aller Machtspiele, Pattsituationen und der bürokratischen Verkalkung bleibt der UNO ein nicht zu unterschätzendes Maß an Unterstützung von Seiten einiger Regierungen erhalten, besonders solcher, für die die Gleichung „ein Land = eine Stimme“ in der **Generalversammlung eine der wenigen Gelegenheiten bietet, auf der internationalen Bühne gehört zu werden**.

Die UNO findet auch bei zahlreichen NGOs (NichtregierungsOrganisationen) und einigen Sektoren der Zivilgesellschaft Unterstützung, die glauben, sie habe das Potential, Machtausschreitungen einzudämmen, Ungerechtigkeiten zu unterbinden und die Basis einer weltweiten demokratischen Regierung zu bilden. Einige unterstützen sie einfach, weil ihre Existenz an das Schicksal der UNO gebunden ist.

Die Aussicht auf eine reformierte, demokratische und starke UNO ist natürlich eine große Versuchung: nicht nur als ein **Mittel, die USA in ihre Schranken zu weisen**, sondern auch, weil die globalen Probleme wie Gewalt, Krieg, Ungleichheit, Umweltschäden, Ausbeutung und Unsicherheit dringend auf gemeinsames, internationales Handeln angewiesen sind.

VIER GRÜNDE, WARUM EINE REFORM DER UNO NICHT VORDRINGLICH IST

Aber bevor wir auf den „Rettet die UNO“-Zug aufspringen, sollten wir uns die einfache Frage stellen: **Ist es die UNO überhaupt wert, gerettet zu werden?** Wessen Interessen dient sie? Hätte eine „reformierte“ UNO die Kapazität, sich dringender weltweiter Anliegen anzunehmen? Wo liegt das Potential für die Demokratisierung des weltweiten Systems, wenn die **Hauptursachen für das „Demokratiedefizit“ - der Markt und der militarisier-**

te, globalisierte Kapitalismus - außerhalb der Einflussphäre der UNO liegen? Ist die Vorstellung realistisch, dass die UNO den Markt „steuern“ und die Supermacht der Welt zurückbinden könnte? Und, am wichtigsten an dieser Stelle: **Welche Art von Reformen**, wenn überhaupt, ginge auf die Sorgen der Völkerorganisationen und sozialen Bewegungen ein, besonders diejenigen, die für Grundrechte wie Land, Wasser, Arbeit, Obdach, Gesundheit und Bildung kämpfen?

Angesichts des Ausmaßes der Machtmissverteilung im weltweiten System glaube ich nicht, dass wir unsere Kräfte auf die Reformierung der Vereinten Nationen ausrichten sollten. Dieser Schluss gründet auf einer Einschätzung der aktuellen Situation, die sich durch vier wichtige Grundzüge auszeichnet:

Erstens hat sich das Verhältnis zwischen den Staaten, unter dem die Vereinten Nationen gegründet wurden, in den letzten 15 Jahren grundlegend verändert - als Resultat der Prozesse der wirtschaftlichen Verflechtung und Globalisierung während der Ära nach dem kalten Krieg, und dadurch, dass die US-Hegemonie keinen Herausforderer [mehr] hat. Die Konsequenzen dieser Umstände für eine UNO-Reform sind wesentlich, wenn man annimmt, dass **Staaten** per se ungleiche wirtschaftliche und politische Macht und, im Verlauf der Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtung, **weniger und weniger Möglichkeiten** haben, ihr eigenes wirtschaftliches und politisches Schicksal zu bestimmen.

Zweitens sind Staaten nicht mehr die Hauptschnittstelle zwischen ihren Bürgern und der Welt jenseits ihrer Grenzen. Diese Funktion wird nun von den übernationalen Gesellschaften und den Finanzmärkten, dem Internet und den Medien geteilt, die alle ihren Teil an der Umwandlung des Bewusstseins leisten, das die Bürger über ihren Platz im globalen System haben.

Drittens ignorieren viele der Reformen, die für das System der Vereinten

Nationen vorgeschlagen wurden - wie etwa eine Erweiterung des Sicherheitsrates oder die Einrichtung eines Wirtschafts-Sicherheitsrates - die zugrundeliegende Dynamik der Machtverteilung, die alle Entscheidungen der UNO formt - nämlich die **Machtverteilung zwischen den USA und dem Rest der Welt**, und zwischen dem globalisierten Kapitalismus und den Bürgern. Bis dieses grundlegende Ungleichgewicht beseitigt ist, werden die Vereinten Nationen **nicht mehr als das unwirksame „Bewusstsein“ der Welt** sein.

Viertens sind die Grundlagen der Vereinten Nationen - die Charta, die universelle Deklaration der Menschenrechte und all die davon abgeleiteten Menschenrechtskonventionen - potentiell mächtige Werkzeuge für die Befreiung. Während die UNO jedoch mustergültig in der Aufstellung von Richtlinien war, hat sie, praktisch ohne Ausnahme, darin **versagt**, wirksame Instrumente für die Überwachung und Strafverfolgung von Staaten, Institutionen, Einzelpersonen und Gesellschaften zu entwickeln, die ihre Pflicht verletzen, die individuellen und kollektiven Rechte zu wahren (1).

Und **schließlich** ist es unmöglich, eine übergeordnete Struktur internationaler demokratischer Führung zu errichten, wenn die grundlegenden Bedingungen für eine **Volks Herrschaft** so sehr fehlen. Neue Mittel für die sozialen Bewegungen zu schaffen (2), damit sie ihre Rechte in einem internationalen und universellen Rahmen verteidigen können, schüfe eine solidere Basis für das langfristige Projekt der weltweiten Demokratisierung.

Deshalb schlage ich als Ausgangspunkt für die Demokratisierung des internationalen Systems nicht eine Reformation der UNO vor, sondern, neuartige und wirksame Wege zu finden um sicherzustellen, dass **sozialen Bewegungen** die Mittel zur Verfügung stehen, ihre Rechte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene verteidigen und schützen zu können. Das heißt: Statt unsere Zeit und unsere schöpferische Energie in kosmetische Reformen zu investieren, sollten wir herausfinden, mit welchen Methoden soziale Bewegungen die Menschenrechte als Werkzeug in ihrem täglichen Kampf einsetzen können, und auf diese Weise Demokratie von Grund auf zu schaffen.

WORAN KRANKT ES BEI DER UNO?

Das Ausmaß, in welchem die UNO jetzt mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds **verfilzt** ist, um die neoliberale Globalisierung und den Imperialismus der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen, sollte nicht unterschätzt werden. Ebenso wenig wie die Echtheit der Erfahrung, die manche sozialen Bewegungen und Aktivisten zu dieser Einschätzung bringt.

Seit der Verkündung der universellen Deklaration der Menschenrechte und der Gründung der UNO haben viele Drittweltländer zusehen müssen, wie ihre Souveränität von Rivalitäten des kalten Krieges unterlaufen wurde, die oftmals im globalen politischen Raum des Sicherheitsrates und der Vereinten Nationen ausgetragen wurden, und wie von IWF und Weltbank diktierte Strukturanpassungsprogramme ihre Wirtschaft aushöhlten.

In den frühen **Neunzigerjahren** des zwanzigsten Jahrhunderts versuchte die UNO, das allgemeine Wohlwollen einzufangen, das vom Ende des kalten Krieges ausstrahlte, um eine neue internationale Agenda der Kooperation und der gemeinsamen Werte zu schaffen. Über das ganze Jahrzehnt hinweg rief die UNO eine Serie von Gipfeltreffen ins Leben, die sich um alles von Umwelt bis Rassismus drehten. (3) Die Abmachungen, die in diesen komplizierten und oft kontroversen Konferenzen erreicht wurden, schufen eine **neue Palette internationaler Normen**, die auf den Menschenrechts-Deklarationen aufbauten, aber überarbeitet und um die Schlüsselbelange wie Geschlecht, Umwelt, Entwicklung und die Rechte der indigenen Völker erweitert wurden. Die Ergebnisse all dieser Gipfelkonferenzen wurden nachträglich in einem Fünfjahres-Turnus überprüft, wobei man oftmals herausfand, dass die Regierungen sie nur halbherzig oder gar nicht umsetzten, und sogar, dass früher erzielte Verpflichtungen im Verlauf der Zeit aufgeweicht wurden. (4)

Viele der Werte, auf die man sich ehemals geeinigt hatte, und die den Grundstein der Vereinten Nationen bildeten - etwa Multilateralismus und die universelle Gültigkeit und Unverbrüchlichkeit von Rechten -, wurden im ausgehenden 20. Jahrhundert systematisch in Frage

gestellt und **unterlaufen**, zum einen von politisch rechtsstehenden Regierungen und Ideologen, zum anderen von Konzernen und den Finanzmärkten. Während sich der weltweite wirtschaftliche Zusammenschluss beschleunigt und übernationale Firmen und Finanzkapital danach trachten, jeden Aspekt menschlicher Tätigkeit für sich in Anspruch zu nehmen, rückt die Hoffnung, die Menschenrechte einmal durchsetzen zu können, geschweige denn das Recht auf Entwicklung oder das Recht, echte Demokratien zu entwickeln, tatsächlich in immer weitere Ferne.

Was alles noch schlimmer macht: Die Vereinten Nationen vertreten offen die Ansicht, es sei möglich, „der Globalisierung ein menschliches Gesicht zu geben“, indem man die schlimmsten Auswüchse von Marktkatastrophen dämpfe, **ohne die Ursachen dieser Auswüchse anzugehen**.

Die Skepsis der UNO gegenüber ist tief und gerechtfertigt. Denn, solange die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation unter dem Druck des Agro-Business genetisch modifizierte Organismen (GMOs) befürwortet, solange die UNDP unter dem Druck der Dienstleistungsindustrie Grunddienste wie Gesundheit und Wasser privatisieren möchte, solange die UNO es versäumt, Israel für den wiederholten Missbrauch von Resolutionen der Generalversammlung zu strafen, und solange es die Vereinigten Staaten schaffen, sich außerhalb der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes zu bewegen - so lange wird man die UNO (und natürlich alle anderen internationalen Institutionen auch) schlicht und einfach als einen **weiteren verlängerten Arm der Vormachtstellung der USA und der Multis** wahrnehmen.

SOLLTE MAN DIE UNO REPARIEREN?

Bemühungen seitens der UNO, sich als das Einzige darzustellen, was zwischen dem US-amerikanischen Unilateralismus und dem Chaos steht, sind zum Teil auch durch organisatorisches Eigeninteresse motiviert. **Tatsache ist, dass wir das „Chaos“ bereits haben** (wenn wir damit Krieg, Armut und skrupellose Wirtschafts- und Staatssysteme meinen), ebenso wie den US-amerikanischen **Unilateralismus** (auch

wenn das nichts Neues ist - die USA haben eine lange Tradition darin, sich in ihrer Außenpolitik je nach Lage des Unilateralismus und des Multilateralismus zu bedienen).

Es gibt keinen Grund zu glauben, eine „gestärkte“ oder gar „reformierte“ UNO würde irgend etwas ändern, wenn ohnehin feststeht, dass jede Art Reform oder erhöhten Einflusses dem unterliegt, was (auf die eine oder andere Masche) praktisch auf ein Veto der USA hinausläuft. Aus der Perspektive der UNO hingegen sind Reformen nur schon notwendig, um das zu halten, was sie bereits hat. Oder, wie der Prinz in Giuseppe di Lampedusas ‚Il Gattopardo‘ laut überlegt: *„Wenn wir wollen, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, dann müssen sie sich ändern.“* (5)

Warum sollen soziale Bewegungen, die bereits mit ihren eigenen Kämpfen für Land, Wasser, Lebensmittel, Obdach, Arbeit, soziale Sicherheit, Freiheit vor Unterdrückung und Selbstbehauptung überlastet sind, angesichts eines so schlechten Zeugnisses ihre Zeit damit verbringen, die UNO zu „retten“?

WOZU EINE REFORM?

Bevor wir uns allerdings anhören müssen, wir schütteten das Befreiungskind mit dem Reformbadewasser aus, kann es sich lohnen, sich zu fragen, ob denn eine „reformierte“ UNO für die sozialen Bewegungen nützlich sein könnte. Das wirft zwei Fragen auf:

1. Welche Beziehungen pflegen die sozialen Bewegungen und die Vereinten Nationen miteinander?
2. Wie kann man die UNO zur Unterstützung der Interessen und Forderungen der Verarmten und an den Rand Gedrängten einsetzen, welche die große Mehrheit von „Wir, die Völker“ ausmachen?

Um diese Fragen auf eine sehr unverbindliche Art anzugehen, führen wir uns doch einmal vor Augen, was „**Wir, die Völker**“ 60 Jahre nach dem Zeitpunkt bedeutet, als diese Worte das erste Mal geschrieben wurden. (6)

1945 war „das Volk“ **ausschließlich die Regierung**, und alle darauf aufbauenden institutionellen und rechtlichen Konstruktionen stützten sich auf eine monogame Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern.

Heutzutage sind wir alle „Weltbür-

ger“ insofern als weltweite Prozesse, wie etwa der allumfassende Markt, uns alle betrifft. Dennoch sind wir weit davon entfernt, Weltbürger in rechtlichem Sinn zu sein, ob auf nationaler oder internationaler Ebene, nicht zuletzt deshalb, weil der Markt effektiv jeden Anflug universalen Rechts verwirft oder unterordnet, indem er alles - sei es Wasser oder Wissen - in die Domäne der Wirtschaft einordnet.

Trotz alledem leben wir, wie oben erwähnt, in einer Zeit, in der unser kollektives Bewusstsein, Weltbürger zu sein, stark ist wie nie zuvor. Die weltweiten Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, gegen den Krieg und für eine andere Welt zapfen dieses Bewusstsein an und verstärken es; hier ist der Ort, an dem wir das Fundament für eine weltweite demokratische Führung bauen sollten.

„Wir, die Völker“ ist eine mächtige Idee für das 21. Jahrhundert, weil es eine Selbstdefinition darstellt, die aus diesem Bewusstsein heraus wächst, eine, die von der gemeinsamen Aktion und Solidarität erzeugt und verstärkt wird. Die schwungvollen Eröffnungsworte der UNO-Charta sind zum Leben erwacht und kommen in der Vielfalt der sozialen Bewegungen und NGOs zum Ausdruck, die die „Bewegung der Bewegungen“ ausmachen. (7)

Die „**Bewegung der Bewegungen**“ umfasst die Bewegungen für weltweite Gerechtigkeit, gegen den Krieg, gegen die Globalisierung, gegen den Imperialismus und gegen den Kapitalismus. Sie umfasst Arbeitende, Frauen, Migranten, Bauern, Jugendliche, indigene Völker und alle, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Sie passt in keine Schublade und keine Kategorie, sie umfasst das Lokale und das Globale, die Vertikale und die Horizontale. Sie beweist eine unglaubliche Fähigkeit, ihre eigenen organisatorischen Formen und Prozesse zu schaffen, aufgrund eines sich stetig ausbreitenden Engagements für Pluralismus und Demokratie.

Was hat dies nun mit der UNO zu tun? Anders gefragt: Welche Beziehung besteht zwischen der aktuell entstehenden (potentiell demokratischen) politischen und sozialen „Kultur“, etwa jener des Weltsozialforums (als sichtbarster Vertreter der "Bewegung der Bewegungen") und der verfallenden (und immer

undemokratischeren) Kultur der **zwischenstaatlichen Elitendiplomatie**, die von den Vereinten Nationen repräsentiert wird? Oder, um es mit noch anderen Worten auszudrücken: Ist das aus den 1950er Jahren stammende zwischenstaatliche Modell der Generalversammlung der Anzugträger und der Diplomatenherrschaft überhaupt für die vielfältige, bunt gemischte Versammlung der Massen relevant? Noch konkreter und positiver formuliert: Hat das eigentliche Wesen der Vereinten Nationen und die Allgemein-gültigkeit der Erklärung der Menschenrechte für uns eine neue Relevanz?

Die Frage stellt sich für soziale Bewegungen dringend, da sie sich ja per definitionem für bestimmte Rechte einsetzen. Ganz gleich ob es sich um Bauern handelt, die für ihr Recht auf Saatgut kämpfen, um Frauen, die die Selbstbestimmung über ihren Körper fordern, um Landlose, die Land für sich beanspruchen oder um Arbeitslose, die für Arbeit und einen Lohn, der das Existenzminimum sichert, demonstrieren: Soziale Bewegungen existieren, weil Menschen sich organisieren und sich zur Verteidigung oder zur Einforderung ihrer Rechte mobilisieren.

In den meisten Fällen stellt das Erreichen ihrer Ziele nur einen Aspekt der Organisations- und Mobilisierungsbemühungen dar. Soziale Bewegungen verleihen marginalisierten, zum Schweigen gebrachten und vergessenen Teilen der Gesellschaft eine Identität und eine Stimme. Das gilt genauso für die *Dalits* (die Unberührbaren, die den untersten Teil der Gesellschaft ausmachen) in Indien, wie für die Obdachlosen in Europa. Die Veränderung sozialer Beziehungen und damit auch der Machtbeziehungen ergibt sich allein schon durch die Organisation derjenigen Teile der Gesellschaft, die sonst von der "ordentlichen" Gesellschaft (welche fast per definitionem jener Teil der Gesellschaft ist, der die UNO führt) schnell vergessen würden.

In ihrem tagtäglichen harten Kampf benützen soziale Bewegungen die Sprache der **Rechte** und der Verantwortlichkeiten, um ihre Belange durchzusetzen. Zur rechtlichen (und moralischen) Untermauerung ihrer Forderungen bedienen sie sich dabei oft der UN-Deklarationen. Die gemeinsame Sprache der Rechte wendet sich an alle

Bereiche der Massen und hat das Potential, sie zu vereinen. Es gibt jedoch große **Schwierigkeiten bei der Umsetzung** der Sprache der Rechte in konkrete Taten und Ergebnisse. Zwar ist die UNO vorbildlich bei der Einführung von Normen auf allen Gebieten, vom Recht auf Entwicklung bis hin zur Gleichheit der Geschlechter, aber sie ist besonders schwach wenn es darum geht, die Instrumente zu deren Umsetzung zu schaffen.

Die Macht dazu liegt ausschließlich beim Staat, der Staat aber ist dem Markt untergeordnet. Der politische Wille und die ökonomischen Mittel zur "progressiven Durchsetzung" der Menschenrechte sind durch den Markt, die „Ökonomisierung“ der Sozialpolitik und die Kommerzialisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen dezimiert worden. In der Marktwirtschaft existieren Rechte nur für diejenigen, die über die Mittel verfügen. Folglich sind soziale Bewegungen die für ihre Rechte kämpfen nicht nur mit dem **Staatsversagen** konfrontiert, sondern auch mit der **gewaltigen Aufgabe, die Macht der Märkte und des globalen Kapitals zu überwinden.**

Offensichtlich hat sich der Staat wie auch die Vereinten Nationen von der Realität einer sich globalisierenden Welt entfernt, in der Macht durch diffuse und nicht nachvollziehbare Prozesse wie Finanzmärkte, transnationale Konzerne und Medien ausgeübt wird. Die Macht des Staates im Hobb'schen Sinne gibt es zwar noch, aber im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus kann Hegemonie auf viele verschiedene Arten ausgeübt werden, und das oft mit sehr undemokratischen Auswirkungen. (8)

Hardt und Negri argumentieren, dass wir aus der Vergangenheit lernen sollen. *"Ebenso wie es im 18. Jahrhundert illusorisch war, das Modell der attischen Demokratie auf nationaler Ebene zu verbreiten, ist es heute illusorisch, nationale Demokratiemodelle und Modelle repräsentativer Institutionen auf internationaler Ebene zu verbreiten."* (9) Sie schlagen vor, dass wir uns nicht auf Reformvorschläge konzentrieren, sondern **stattdessen Experimente** entwickeln sollten, um unsere globale Situation zu behandeln. (10)

Ein Großteil der Debatte über die UN-

Reform geht am Thema der aktuellen Machtkonstruktion vorbei und mehr noch daran, wie soziale Bewegungen selbst versuchen, Macht zu restrukturieren und neu zu definieren. **Es ist nicht die Aufgabe der sozialen Bewegungen, internationale Institutionen zu schaffen, auch wenn sie noch so „demokratisch“ sein mögen.** Die Arbeit der sozialen Bewegungen ist es, eine Machtverschiebung zu bewirken oder - wie die Zapatisten sagen würden - die Macht neu zu definieren.

Die im UN-System kodifizierten **Menschenrechte** bieten sozialen Bewegungen bei ihrer Konfrontation mit dem Markt, dem Staat, den Landbesitzern, der Miliz und internationalen Finanzinstitutionen und Unternehmen ein Instrument von unschätzbarem Wert. So ist zum Beispiel in Bolivien die Sprache der „Rechte“ - wie das Recht auf Wasser, das Recht auf Selbstbestimmung und die Herrschaft über die Ressourcen - ein hochwirksames Mobilisierungsmittel, das mit großem Erfolg von Bauern, Eingeborenen, Arbeitern und den Armen aus der Stadt eingesetzt wurde, um Missstände zu beseitigen und Rechte einzufordern. Und es besitzt eine große Kraft, denn es schließt an tief verwurzelte Überzeugungen und Gefühle an.

Man kann sich nun schwerlich eine institutionelle Reform vorstellen, die in diesem Kampf von Nutzen wäre. Was hätten die Koka-Bauern in Bolivien von einem erweiterten Sicherheitsrat? Würde ein wirtschaftlicher Sicherheitsrat die Ressourcen des Volks gegen die multinationalen Unternehmen schützen? Das scheint äußerst unwahrscheinlich. Dennoch muss die immer noch große und universalisierende moralische Kraft des Menschenrechtsdiskurses der Vereinten Nationen verteidigt werden, handelt es sich dabei doch um ein wirklich leistungsstarkes (wenn auch hauptsächlich rhetorisches) Werkzeug für den Kampf sozialer Bewegungen.

EXPERIMENTE, UM UNSERE GLOBALE SITUATION ANZUGEHEN – EINIGE VORSCHLÄGE

Die Elemente einer **gemeinsamen globalen Agenda** verbinden die sozialen Bewegungen unabhängig von ihren sektoralen oder geographischen Anlie-

gen. Zu dieser globalen Agenda gehört die Eindämmung der Macht von Konzernen und Finanzmärkten, die Wiedereinrichtung öffentlicher Dienstleistungen und die gemeinschaftliche Kontrolle über das Wasser, die Wälder, das Land und die natürlichen Ressourcen, die Beseitigung von Schulden sowie die Erweiterung des wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielraums auf nationaler und lokaler Ebene. Im Rahmen der "De-Globalisierung" (11) wird dies als **„Dekonstruktion“** der Macht der Märkte und neoliberaler Institutionen sowie der **„Rekonstruktion“** der Gemeinschaften und der Lebensgrundlagen, der lokalen Wirtschaft, der Natur und der Kultur angesehen. Bei dem Versuch, diese riesige Agenda zu bewältigen, könnten die Menschenrechte einen Ausgangspunkt darstellen.

Zuerst muss allerdings die Verpflichtung, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern, über die Staaten hinaus auf die Körperschaften, Wirtschaftseinheiten, Finanzmärkte, Milizen und die internationalen Finanzmärkte ausgedehnt werden. Diese Forderung beruht nicht auf der Überzeugung, dass diese Institutionen „reformierbar“ sind oder „sozial verantwortlich“ sein können, sondern schlicht und einfach darauf, dass wir gesetzliche Mechanismen mit **verbindlichen Regeln** und durchsetzbaren Strafen brauchen, um die Macht derjenigen einzudämmen, die derzeit so gut wie nicht greifbar sind.

Als Ausgangspunkt verdient die Initiative zur Schaffung der "Normen über die Verantwortungen transnationaler Konzerne und anderer Wirtschaftsunternehmen bezüglich der Menschenrechte" ("Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights") durch die Menschenrechtskommission unsere Unterstützung. Die Kampagne muss aber auch hochgradig verstärkt werden um den gegenwärtigen Versuchen, sie zu schwächen oder zu zerstören, entgegenzuwirken. Es lässt nichts Gutes ahnen, dass Kofi Annan John Ruggie als "Sonderbeauftragten für Menschenrechte und transnationale Unternehmen" ernannt hat. Ruggies Hauptqualifikation für diesen Job ist nämlich seine Erfahrung als Architekt des Global Compact, des unverbindlichen und undurchsetzbaren „Verhaltenskodexes“ der UNO, der gemeinhin als Persil-

schein für Konzerne angesehen wird. Obwohl es politisch und, so möchte man hoffen, auch rechtlich, nützlich wäre, den **Geltungsbereich der Menschenrechte auf die Konzerne auszuweiten**, können Ansätze, die auf dem Völkerrecht gründen, doch nur ein Element einer breiter angelegten Strategie sein. Ihr Hauptaugenmerk muss dabei auf dem Aufbau von Bewegungen und Kampagnen auf allen Ebenen basieren, mit dem Ziel der Macht zu widerstehen und die Finanzmärkte und Konzerne zu regulieren und zurückzudrängen. Möglicherweise kann durch den gemeinsamen Einsatz für die Menschenrechte jedoch auch eine Einheit aufgebaut werden, die bei Kampagnen zur Verteidigung sektoraler Interessen (beispielsweise jene der Arbeiter oder Bauern) oder ideologischer Positionen nicht möglich ist.

Auf ähnliche Weise bieten die Elemente der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die "Sprache" um Grundrechte wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und Bildung zu verteidigen und zu entkommerzialisieren. Tatsächlich bietet die Arbeit, die durch den Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung innerhalb der Kommission für Menschenrechte geleistet wird (sofern diese die einschneidenden Reformen die die Bush-Regierung vorgeschlagen hat, überlebt) ein eindrucksvolles Argument für die totale Umwandlung und Entkommerzialisierung der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion. (12) Genauso nützlich ist die Arbeit der Kommission in den Bereichen Menschenrechte und Handel, Verschuldung, geistiges Eigentum, Gesundheit und Wohn- und Siedlungswesen.

Es besteht aber weiterhin die Herausforderung, diejenigen, die komfortabel in der quasi-legalen Welt der internationalen Menschenrechte operieren, mit den sozialen Bewegungen zusammenzubringen. In der Tat besteht "eine der Hauptschwächen der Menschenrechtsbewegung in ihrer Unfähigkeit, die Massen nicht als Rechtsobjekte, sondern auch als Rechtssubjekte einzubinden," wie Völkerrechtsprofessor Yash Ghai bemerkt. (13)

Die Aufgabe besteht also nicht in einer „Reform“ der Vereinten Nationen, sondern in einer Arbeit, die Hand in **Hand mit den sozialen Bewegungen und**

Gemeinschaften erfolgt, um die erforderlichen politischen und institutionellen Instrumente zu schaffen. So werden „wir, die Völker“ selbst jene Versprechen erfüllen können, die die UNO vor 60 Jahren gegeben hat. Unsere Arbeit ist es, dieses „Wir, die Völker“ von Objekten eines imaginären wohlwollenden Staates in aktive Subjekte beim Aufbau globaler Demokratie zu verwandeln.

Die Strategie hierfür könnte eine gemeinsame Diskussionsgrundlage für das Weltsozialforum und die vielen lokalen und nationalen Foren die überall auf der Welt gedeihen, bilden. Sie ist kein abstrakter Vorschlag, sondern einer, der **in konkreten Kampagnen und Einsätzen verankert** sein kann und muss. Das wäre um einiges interessanter und nützlicher als (noch) eine Sitzung über die Millennium-Entwicklungsziele, und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein effektiverer Weg, diese zu erreichen.

* *Nicola Bullard ist stellvertretende Direktorin von Focus on the Global South*

Anmerkungen:

1. Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) mag sich als Ausnahme erweisen, aber die Tatsache, dass die USA sich weigert die Rechtssprechung des ICC anzuerkennen verdeutlicht den Willen der USA, ihre eng definierten nationalen Interessen über alles andere zu stellen. Es kann daher nicht überraschen dass der kürzlich erschienene Bericht „American Interests and UN Reform“ (Amerikanische Interessen und die UN-Reform) sich ständig auf die Notwendigkeit bezieht, Kriegsverbrecher zu verfolgen, ohne sich jedoch auf den ICC zu beziehen.

2. In diesem Aufsatz wird der Begriff „soziale Bewegungen“ in beschreibender und nicht-theoretischer Weise benützt, um Gruppen zu bezeichnen, die organisiert sind, um ihre Rechte zu verteidigen und einzufordern, insbesondere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte. Die Liste ist lang, beinhaltet aber Frauen, Eingeborene, Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung und Migranten, Landlose, Gemeinden, Arbeiter und Arbeitslose und so weiter.

3. Die Liste ist lang: der Weltkindergipfel (1990), die Weltbildungskonferenz (1990), die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (1992), die UN-Weltkonferenz über Menschenrechte (1993), die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (1994), die vierte Weltfrauenkonferenz (1995), der Weltgipfel für soziale Entwicklung (1995), die UN-Konferenz über Wohn- und Siedlungsfragen (1996), der Welternährungsgipfel (1996), die Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz (2001) so-

wie eine Reihe von "+5" and "+10" Nachfolgekongressen. Vergleiche Alison van Rooy, 'The Global Legitimacy Game: Civil Society, Globalisation and Protest,' Palgrave, London, 2004, Seite 20.

4. Beim Rio + 10-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg kam es zum Beispiel zu einem beachtlichen Rückschritt. Die Konzerne hielten die Agenda der Nachhaltigen Entwicklung stark aus, indem sie auf „Lösungen“ wie „Public Private Partnerships“ (Öffentlich-Private Partnerschaften) bestanden. Ähnlich wurde bei Frauenkonferenzen und Konferenzen über Bevölkerung angesichts des reaktionären Angriffs der USA und des Vatikans viel politische Energie dafür verwendet, ein Minimum an reproduktiver Entscheidungsfreiheit aufrechtzuerhalten.

5. Giuseppe di Lampedusa, "Il Gattopardo," 1958, zitiert von Jose Saramago in "The Least Bad System is in Need of a Change," *Le Monde Diplomatique*, August 2004.

6. Die Anfangszeilen der Charta der Vereinten Nationen lauten: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen - fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit anzufördern“ die Notwendigkeit, die Charta zu aktualisieren: Gender und ökologische Sensibilität müssen aufgenommen werden.

8. Zum Beispiel schafften es die Finanzmärkte, Brasiliens populären, aber zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gewählten Präsidentschaftskandidaten Lula de Silva zu einer marktfreundlichen Politik zu zwingen, bevor die Wahl überhaupt abgehalten worden war.

9. Michael Hardt und Antonio Negri, "Multitude: War and Democracy in the Age of Empire," The Penguin Press, New York, 2004, S. 307.

10. *Ibid.*, S. 305.

11. Walden Bello: De-Globalisierung, Hamburg (VSA) 2005

12. "The Right to Food: Report submitted by the special rapporteur on the right to food, Jean Ziegler, in accordance with the human rights resolution 2003/25," Commission on Human Rights, E/CN.4/2004/10, 9 Februar 2004.

13. Yash Ghai, "Human Rights and Social Development," Democracy, Governance and Human Rights Programme Paper Number 5, UNRISD, Genf, Oktober 2001, S. 43.

Übersetzung: Dominik WEZEL, Manisha MITTAL, Cecile KELLERMAYR, ehrenamtliche Übersetzerinnen, coorditrad@attac.org

Über die Vision von Generalsekretär Kofi Annan: "Freiheit von Angst"

(Wortmeldung während eines Seminars über "In größerer Freiheit" von UNO Generalsekretär Kofi Annan im New World Hotel in Makati, Philippinen am 6. September 2005.)

Der Abschnitt "Freiheit von Angst" im Bericht des Generalsekretärs "In größerer Freiheit" enthält umfassende Vorschläge, um globale Sicherheit zu gewährleisten. Er schreibt, die Vermeidung blutiger Konflikte "muss im Mittelpunkt all unserer Bemühungen stehen - vom Kampf gegen die Armut über die Förderung nachhaltiger Entwicklung; indem die Nationen ihre Fähigkeiten zur Konfliktbewältigung weiter entwickeln; indem Demokratie und das Primat des Rechts gefördert werden und indem der Handel mit Handfeuerwaffen eingeschränkt wird - bis hin zu einer Ausrichtung vorbeugender operativer Aktionen, wie dem Einsatz effektiver Verwaltung, Einsätzen im Auftrag des UN Sicherheitsrates und vorbeugenden Stationierungen."

Man kann dem nur zustimmen und es stellt sicher einen Schritt vorwärts dar, dass es einen wachsenden Konsens darüber gibt, dass Entwicklungszusammenarbeit, friedensstiftende Maßnahmen und Konfliktvermeidung zugleich angegangen werden müssen, damit Friedens- und Sicherheitsinitiativen dauernden Erfolg haben können.

Dieser Konsens allerdings besteht in erster Linie unter den UN Organisationen, Friedensforschern und Friedensaktivisten und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Auch sind Erfahrungen auf diesem Gebiet beschränkt auf lokale und Mikroinitiativen.

DIE NEGATIVEN GLOBALEN TRENDS

Unglücklicherweise gehen die globalen Makro-Trends in die entgegen gesetzte Richtung: zu größerer **Destabilisierung** und damit weniger Sicherheit für die Menschen. Was sind diese Trends? Einer kommt von der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, ein anderer von der Aushöhlung internationaler Abkommen zur Kontrolle der Nuklearwaffen, beide werden im Dokument Annans angesprochen. Aber es gibt noch andere, sehr bedrohliche Entwicklungen, sie werden unglücklicherweise in dem Dokument gar nicht erwähnt oder bagatellisiert.

Der erste Trend, auf den ich hier hinweisen möchte, wird in dem Dokument be-

schönigend so beschrieben wird: Einige Staaten "suchen eine Alternative zur Autorität des UN Sicherheitsrates", wenn es um militärische Gewalt gegen andere Staaten geht. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren Normen des Völkerrechts nicht mehr so bedroht wie heute. Und die größte Sorge kommt daher, dass die massivste **Destabilisierung vom mächtigsten Mitglied der Staatengemeinschaft ausgeht**. Die Ironie ist, dass es eine heftige Debatte gibt, ob China eine Macht ist im "Status Quo" oder als "revisionistisch" bewertet werden soll, um die Terminologie der Theorie für internationale Beziehungen zu gebrauchen. Dabei sollte sich die Debatte auf die USA konzentrieren.

Aus meiner Sicht kann es keinen Zweifel daran geben, dass die **USA eine revisionistische Macht ist, die radikal versucht, die Verhältnisse der internationalen Machtverteilung zu ihren Gunsten zu ändern**. Das wird deutlich, wenn wir die folgenden Entwicklungen verfolgen:

- Unter dem falschen Vorwand, Massenvernichtungswaffen beseitigen zu wollen, haben die USA einen Grundpfeiler der UNO - die Unverletzlichkeit der Souveränität eines Nationalstaates - erschüttert und marschieren in den Irak ein und besetzten das Land.
- Die Regierung Bush hat gegen die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen verstoßen. Sie führte den Begriff "feindliche Kombattanten" ein, um bestimmte Gefangene mit gesetzwidrigen Strafen belegen zu können inklusive Folter.
- Mit Anordnungen vom Weißen Haus haben die USA die Reichweite des Staates auf fremdes Territorium ausgedehnt. Zum Beispiel haben CIA Agenten, unter Verletzung italienischer Gesetze, Personen in Italien festgenommen und sie auf den Marinestützpunkt Guantanamo auf Kuba gebracht.

Der zweite Makrotrend gegen positive Entwicklungszusammenarbeit kommt von der Wühlarbeit mächtiger multilateraler Handelsorganisationen. In den letzten 25 Jahren wurde das gesteckte Ziel, mit aktiver Handelspolitik die Entwicklung zu fördern, wie es Raul Prebisch, der erste Generalsekretär der UN Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD), formuliert hatte, ersetzt durch die **Unterordnung unter die Entwicklung des freien Handels**, unter die Gewinne der Konzerne und unter die Wirtschaftsinteressen der reichen Länder. Damit einher ging die beherrschende Position des Internationalen Währungsfonds (IWF), der

Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) im System der globalen Handelsregeln auf Kosten der Handelsorganisationen der UNO. Damit entwickelt die Ideologie des Neo-Liberalismus ihre Hegemonie.

Die Konsequenzen des neo-liberalen Paradigmas sind mehr Armut, Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Stagnation, damit verliert es seine Glaubwürdigkeit und seine Legitimation. Dennoch rast der Zug der neo-liberalen Politik fast überall ungebremst vorwärts. Das Problem ist aber nicht nur ideologisch zu begründen, das hieße dass das negative Ergebnis auf falschen Annahmen basiert. Diese Politik wird vielmehr zunehmend bewusst gegen die Interessen der Entwicklungsländer betrieben.

Zum Beispiel wurden beim **IWF** alle Versuche hintertrieben, das System der Entscheidungsfindung zu reformieren, damit die Entwicklungsländer mehr Gewicht bei der Gestaltung der Politik der Organisation bekämen. Ebenso wurde ein ziemlich milder Antrag, der den Entwicklungsländern ein Schuldenmoratorium während der Restrukturierung ihrer Auslandsschulden unter dem Insolvenzmechanismus für souveräne Staaten (Sovereign Debt Restructuring Mechanism = SDRM) eingeräumt hätte, von den USA mit einem Veto abgelehnt.

In der **Weltbank** wurde mit der Ernennung von Paul Wolfowitz - sein Name steht für Eigenmächtigkeiten - eine neue Ära eingeleitet, in der die Politik der Weltbank noch näher an den "nationalen Interessen der USA" orientiert sein wird, so wie es die Rechte in den USA definiert.

In der **Welthandelsorganisation (WTO)** schreibt das so genannte "Juli Rahmenabkommen", das als Verhandlungsvorlage für die kommende Ministerkonferenz in Hongkong dient, die hohen Agrar-Subventionen in der EU und in den USA fort, während diese freieren Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer fordern, um sie mit subventionierten Waren zu überschwemmen.

Weil diese negativen Trends im System des Welthandels mehr Armut und Ungleichheit generieren, muss man sie als Bedrohung für die globale Sicherheit betrachten. Sie beeinträchtigen die Freiheit vor Angst und müssen vor die Foren der UNO und dort müssen Entscheidungen getroffen werden.

Weil das alles bisher nicht geschehen ist, kam es zum **dritten negativen Trend**, auf

den ich hier noch aufmerksam machen will. Die führende Rolle der UNO bei der Lösung globaler Probleme wird von der Gruppe der **G8** (die großen Acht Staaten) usurpiert. Beim jüngsten Gipfeltreffen der G8 im Juli in Schottland übernahmen sie die globale Führung in den Bereichen von Verschuldung, Welthandel, Entwicklungshilfe und Klimawandel. Das ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens sind die G8 eine informelle Gruppe, die **nicht** durch Wahlen legitimiert ist und die keine Rechenschaft legen muss. Zweitens repräsentiert diese Gruppe die mächtigsten Staaten der Erde, so dass ihre Lösungsvorschläge für die dringendsten Weltprobleme auf die **Interessen** der herrschenden Gruppen in diesen Ländern zugeschnitten sind.

Was hier entsteht, ist eine **Welt-Herrschafts-Struktur**, in der die G8 die wichtigsten Entscheidungen über Themen von globaler Bedeutung treffen. Diese werden dann vom IWF, der Weltbank und von der WTO umgesetzt. **Dabei wird das System der UNO umgangen**. Was dieses Machtspiel so **hinterhältig** macht ist die scheinheilige Rhetorik, damit die UNO Millenniums-Ziele erreichen und die Armut weltweit verringern zu wollen.

Das sind dann die wichtigsten Trends auf der globalen und Makro-Ebene. Sie könnten ganz leicht jene Erfolge zu Nichte machen, die auf lokaler und Mikro-Ebene erreicht wurden, weil Entwicklungszusammenarbeit, Friedensinitiativen und Konfliktvermeidung schon besser koordiniert wurden.

POSITIVE GEGENKRÄFTE

Zum Glück gibt es Gegenkräfte gegen diese negativen globalen Trends. Und was sind diese positiven Gegenkräfte?

Zuerst ist das die weltweite Friedensbewegung, ihr Potential hat sie am 15. Februar 2003 gezeigt, als ca. 40 Millionen Menschen in hunderten Städten auf der ganzen Erde gegen die geplante Invasion des **Irak** auf die Straße gingen. Möglicherweise ist die größte Errungenschaft die Einberufung der Weltribunale zum Irak (WTI) in New York, Kopenhagen, Tokio, Mumbai, Südkorea und in vielen anderen Städten. Bei der jüngsten Sitzung in Istanbul haben die „Geschworenen des Gewissens“ unter Vorsitz der Schriftstellerin Arundhati Roy eine Resolution verabschiedet, die vielleicht einen moralischen Einfluss auf den Lauf der Ereignisse haben könnte: Darin werden die Soldaten der USA und der Koalition der Willigen aufgerufen, ihr Recht auf Dienstverweigerung aus Gewissensgründen auszuüben. Sie ruft auch alle Gemeinschaften auf der ganzen Erde auf, ihnen Schutz zu gewähren, wenn sie diesem Aufruf folgen.

Zum Zweiten gibt es die **Bewegung für**

weltweite Gerechtigkeit, auch bekannt als Bewegung gegen die Globalisierung durch die Konzerne. Diese Bewegung trug wesentlich zum Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen in Seattle (1999) und in Cancun (2003) bei. Während diese Bewegung bekannt ist für ihre Opposition zum IWF, zur WTO und zur Weltbank; ist sie auch ein Ort, an dem ein hochinteressanter Prozess zur Entwicklung von **Alternativen** zum herrschenden neo-liberalen Paradigma stattfindet. Ein alternatives System der Entwicklungszusammenarbeit und globaler Wirtschaftsregelungen, die den **Markt**, den Handel und die Gewinnmaximierung den Zielen von Entwicklung, gerechten Wirtschaftens und einer solidarischen Gesellschaft **unterordnet**.

Drittens gibt es eine **Bewegung der Regierungen des Südens**, die sich zusammenschließen, um den fortgesetzten Hegemoniebestrebungen des Nordens zu widerstehen. In den Monaten vor der Ministerkonferenz der WTO in Cancun im Jahre 2003 konnte man die Entstehung der Gruppe der 20, der Gruppe der 33 und der Gruppe der 90 beobachten. Der Widerstand dieser Gruppierungen zusammen mit dem Widerstand der Zivilgesellschaft hindert die Regierungen des Nordens die Ministerkonferenz zu überfahren. Auch wenn diese Allianzen ihre Mängel haben, bieten sie dennoch ein Sprungbrett zu einer verbesserten wirtschaftlichen Kooperation der Länder des Südens außerhalb des Rahmens von WTO und Bretton-Woods.

Schließlich kommen viele Regierungen des Südens und die Zivilgesellschaft einander näher rund um den Reformprozess der UNO. In der Erkenntnis, dass die **UNO** viele Mängel aufweist, stellt sie dennoch eines der wenigen globalen **Rahmenwerke** dar, mit dem man den **Trends zu einer destabilisierten und ungerechten Weltordnung entgegen** wirken kann, wie sie von den herrschenden Interessen der Politik und der Konzerne gefördert wird.

Das führt uns zum Problem der **Reform der UNO**. Einige positive Vorschläge finden sich im Dokument des Generalsekretärs. Allerdings bewegen sich die meisten Vorschläge auf der Ebene der Steigerung der Effizienz. Was wirklich benötigt wird ist eine Reform, die das globale **Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten** ausgleicht, denn dieses ist die häufigste Ursache für den Mangel an Sicherheit. Die Reform der UNO ist in den Augen der Zivilgesellschaft und vieler Regierungen nicht das, was die Regierung der USA unter "Reform der UNO" versteht. Sie verstehen darunter die weitere Aushöhlung der Möglichkeiten der UNO. Ganz im Gegenteil, ein fortschrittliches UNO Reform-Programm enthält unter anderem folgendes:

- Eine effektivere Rolle der **Generalversammlung** bei der Entscheidungsfindung;

- Eine Reduktion des Einflusses der **Großmächte** im Sicherheitsrat und ein Ende des anachronistischen Systems der fünf permanenten Mitglieder;

Verbesserte Möglichkeiten für die UNO und der mit der UNO verbundenen juristischen Einrichtungen, wie dem internationalen **Strafgerichtshof**, um Abweichungen vom und Verstöße gegen das Völkerrecht zu verhandeln und Sanktionen zu verhängen auch gegen mächtige Mitgliedsländer wie die USA;

- Ein Ende für Ausnahmen im internationalen Sicherheitssystem. Zuerst trifft das auf den NPT-Vertrag¹ zu. Dieser erlaubt einigen wenigen Staaten, **Atomwaffen** zu besitzen, während andere das nicht dürfen. Kurz, **alle Staaten müssen ihr Atomwaffenarsenal vernichten**.

- Eine Stärkung des Systems der Wirtschafts- und Sozialorganisationen der UNO. Unter anderem der **UNCTAD**, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) und der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP). Sie sollen ein Gegengewicht zu System von Bretton-Woods und der WTO darstellen.

- Die Institutionalisierung einer mitentscheidenden **Rolle für die Zivilgesellschaft**, besonders von sozialen Bewegungen, gleichberechtigt mit den Regierungen innerhalb des Systems der UNO.

Zusammenfassend ist zu sagen: Wir können die Förderung der Sicherheit für die Menschen an der Basis nicht getrennt betrachten von den globalen und Makrotrends. Einige dieser Trends sind in der Tat **erschreckend**, besonders der **offene Trend der USA zu Eigenmächtigkeiten**. Viele Analysten beschreiben die USA als einen Staat der sich mehr und mehr zu einem "**Schurkenstaat**" entwickelt. Das System der Vereinten Nationen verliert seine Relevanz, wenn es nicht gelingt, diesen Trends entgegen zu wirken. Am wirksamsten könnte es sein, wenn man Wege findet, diese Entwicklungen unter Kontrolle zu bringen, wie mit der Entstehung eines **Blocks unabhängig entscheidender Entwicklungsländer** und der wachsenden Stärke der **globalen Zivilgesellschaft**, die sich in eine andere, positivere Richtung bewegen.

* *Soziologieprofessor an der Universität der Philippinen und Exekutivdirektor von Focus on the Global South*
<http://www.focusweb.org/>

¹ NPT = Non Proliferation Treaty. Vertrag über die Nicht-Weiter-Verbreitung von Atomwaffen

Francine Mestrum, Attac Flandern

Millenium-Entwicklungsziele: ein schlichter Rohrkrepiierer

Vor fünf Jahren hat eine Millenniums-Vollversammlung der VN eine Erklärung angenommen, die acht ‚Ziele‘ enthielt, um extreme Armut bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Diese Ziele wurden zum ersten Mal durch die OECD als ein ‚Entwicklungsprogramm für das 21. Jahrhundert‘ in Worte gefaßt. Sie unterschieden sich ziemlich stark von den weitaus anspruchsvolleren Aktionsprogrammen der VN-Konferenzen der 90er. Und diese Konferenzen waren ein Schritt zurück im Vergleich zur Entwicklungsdiskussion der 70er Jahre.

Tatsächlich können die Millenniums-Entwicklungsziele (=MEZs) als Eingeständnis des Versagens interpretiert werden. Nach vierzig Jahren der ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in Armut und mehr als eine Milliarde Menschen sind extrem arm. Dennoch denken manche Leute, dass die globale Armutsreduzierung zu weit geht. Reiche Länder wissen nicht, wie sie sie finanzieren sollen. (...) Internationale Organisation sagen, dass sie aus der Vergangenheit gelernt haben. Sie reden nicht mehr von wirtschaftlicher oder sozialer Entwicklung.

Heutzutage gelten die Millenniumsziele als ehrgeizig. Und man arbeitet, als ob sie erreicht werden könnten. Es wird gesagt, dass Armut verschwindet, wenn Märkte wohl funktionieren und wenn Länder exportieren können. Es sei mir gestattet, drei Anmerkungen zu dieser Heuchelei zu machen.

Erstens - seit 2000 sollten wir alle wissen, dass die MEZs nicht erreicht werden können. Wir haben heute die Bestätigung. In China und Indien wurde Armut reduziert, stagniert aber in Latein-Amerika und wächst in Afrika. Um die MEZs zu erreichen, braucht man zwischen 0,45 und 0,54 % des Bruttonationaleinkommens der reichen Länder. Vor 35 Jahren versprachen wir 0,7 % an Entwicklungshilfe. Dennoch geht die Hilfe zurück. Im Jahre 2003 zahlten die Geberländer nur 0,25 % ihres BNE als Hilfe. Mehr als 60 % erreichte niemals die beachteten Nutznießer. Die G7-Länder zahlten nur 0,07 % ihrer BNE an echter Hilfe an die Armen. Belgien versprach 0,7 % für 2010, wird das aber wahrscheinlich nicht erreichen. Die Hilfe war 0,6 % in 1975, aber nur 0,4 % in 2003. Nahezu 70 % dieses Betrages erreichte niemals die Armen.

Zweitens – die Millennium-Entwicklungsziele sind größtenteils unzureichend. Zu versuchen, die extreme Armut zwischen 1990 und 2015 um die Hälfte zu vermindern, bedeutet, dass die andere Hälfte dem langsamen Sterben überlassen wird. Extreme Armut ist eine Todesstrafe, wie Kofi Annan es sagte. Der deutsche Philosoph Thomas Pogge fand heraus, dass man durch Abwandeln der Berechnungsmethodik – den Anteil nehmend anstatt die Anzahl der extrem armen Menschen – die Armut

nur um 19 % zu vermindern braucht. Aber selbst das soll zu viel sein. Die MEZs werden nicht erreicht werden. Und sie besagen nichts über Menschen-, wirtschaftliche und soziale Rechte.

Was bedeuten die MEZs für hunderttausende Arbeitskräfte, die ihre Jobs durch die Liberalisierung des Textilmarktes verlieren? Wie können die MEZs den Menschen in Niger helfen, wenn die Preise für Nahrung wie mit der Rakete geschossen ansteigen? Was sollen die Menschen im Jemen tun, wenn die Spritpreise sich verdoppeln und MWhSt eingeführt wird? Was ist die Lösung für den mexikanischen Bauern, der sich dem Import von billigem Mais aus den Vereinigten Staaten gegenüber sieht? MEZs können den Menschen helfen lesen und schreiben zu lernen. Wenn sie, in der Zwischenzeit, ihren Job und ihr Einkommen verlieren, dann verbessert sich trotzdem die Statistik für die sogenannte „Human-Entwicklung“. Mehr und mehr wird Armut als ‚multidimensional‘ dargestellt und die Einkommensdimension verliert an Bedeutung. Jedoch hat die Einkommensungleichheit ein dramatisches Ausmaß angenommen.

Diese Armutsreduzierungsstrategie paßt perfekt in eine neo-liberale Philosophie, die Märkte und Wettbewerb an erster Stelle setzt. Das ist warum – **drittens** – es einfach unmöglich ist, mit den gegenwärtigen Politiken Armut zu reduzieren. Die Bedingungen, die die Weltbank und der IWF den armen Ländern aufzwingt, verursachen mehr Armut als sie je lösen können.

Auslandsschulden werden nur sehr langsam abgeschrieben. Das sehr bescheidene Übereinkommen der G8 im Juli ist noch nicht durchgeführt worden. Der IWF (mit seinem belgischen Direktor) und die Weltbank möchten den armen Ländern keine derartigen Geschenke geben. Offensichtlich weiß niemand, wie man das Übereinkommen finanzieren soll.

Internationale Organisationen wiederholen, dass arme Länder Zugang zu den Agrarmärkten der reichen Länder brauchen. Jedoch sind viele arme afrikanische Länder mit Hungersnöten konfrontiert. Dies zeigt die Absurdität des Systems. Arme Länder müssen das, was sie erzeugen, exportieren. Als Konsequenz müssen sie das, was sie zu konsumieren wünschen, importieren.

Wenn Regierungen nicht ausreichend Fremdwährungen haben – und die Austauschverhältnisse (= terms of trade) verschlechtern sich für Afrika – müssen ihre Völker des Hungers sterben.

Die Vereinigten Staaten haben hunderte von Ergänzungen zum Abschlußtext des anstehenden Gipfeltreffens vorgelegt, um ihn abzuschwächen. Präsident Bush mag die MEZs nicht. Er möchte sich auf Sicherheit konzentrieren. Es sind jetzt fünfzehn Jahre, in denen die reiche Welt ihren Ehrgeiz für Entwick-

lungszusammenarbeit herunterspielt. Bald wird es nur noch Almosen und Menschenfreundlichkeit geben. Zu dem Zeitpunkt werden sich unsere Armeen sich darauf vorbereiten müssen, loszugehen und zu helfen, Ordnung und Stabilität in den vielen ‚versagenden Staaten‘ zu schaffen.

Was dringend gebraucht wird, ist die Möglichkeit für arme Länder, sich für die Entwicklung zu entscheiden, die sie wünschen. Dies ist es, worum China und die G-77 bei diesem Gipfeltreffen bitten. Es ist das, was UNCTAD (= United Nations Conference on Trade and Development – Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung) seit Jahren sagt. Arme Länder benötigen politische Autonomie, damit sie ihre Binnenmärkte entwickeln können, ihre Menschen mit Kaufkraft auszustatten und darüber entscheiden, was sie importieren und was sie exportieren möchten. Es ist offensichtlich, dass sie, damit sie dies tun können, Geld brauchen.

Anstatt ständig von den willkürlichen und haushaltsbedingten Möglichkeiten der reichen Länder abhängig zu sein, wäre es besser die ‚Entwicklungshilfe‘ aufzugeben und ein globales Besteuerungssystem einzuführen. Wenn alle Geberländer 0,7 % ihre BNE zahlen würden, dann wären das mehr als 200 Milliarden Dollar für arme Länder. Dieses Geld könnte durch die VN verwaltet und verteilt werden. Mit einem transparenten und überwachten System der Finanzbewegungen kann Kapitalflucht vermieden werden.

Reiche Länder haben eine Haushalts-Zwangsjacke akzeptiert, die ihnen keinerlei Solidarität mit armen Ländern erlaubt ohne Kapitalmärkte zu gefährden. Diese Absurdität muß aufhören. Eine Tobin-Steuer kann spekulative finanzielle Transaktionen vermindern. Der lächerliche Vorschlag freiwillig Flugtickets zu besteuern kann man vergessen. Was wir brauchen ist Solidarität, einen echten Umverteilungsmechanismus und einen massiven Kapitaltransfer in arme Länder, ohne die katastrophale Konditionalität der Weltbank und des IWF.

Die Zeit drängt. Die entsetzliche Armut, der abstoßende Wohlstand und die wachsende Ungleichheit bedroht tatsächlich die Sicherheit.

Dies ist die Welt von heute. Diejenigen, die vorgeben, dass die Millenniumsziele dazu bestimmt sind, eine gerechte Welt vorzubereiten, sind an der Weiterführung eines Systems schuld, das Ausschluß fördert und die Konzentration von Wohlstand. Wir brauchen dringend neue Politiken. Regierungen können sich nicht hinter internationalen Partnerschaften verstecken, um diesen mörderischen Mangel an politischem Willen der reichen Länder zu akzeptieren.

Übersetzung Paul Woods, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

Rainer Falk: UNCTAD im Herbst: Querdenker in Genf

Jedes Jahr im Herbst kommt in Genf der Trade and Development Board (TDB) der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zu seiner Jahrestagung zusammen. Es ist das höchste Gremium zwischen den alle vier Jahre stattfindenden UNCTAD-Vollversammlungen. Anders als die Versammlungen der WTO, der Weltbank und des IWF gehen die TDB-Treffen in aller Regel ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit über die Bühne. Wer jedoch nach Ideen jenseits des wirtschaftspolitischen Mainstreams sucht, für den sind es sicherlich die interessanteren Veranstaltungen.

Im Mittelpunkt der 52. TDB-Sitzung in der ersten Oktoberhälfte standen u.a. **drei Themen: die wachsenden Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft und die neue Rolle der Schwellenländer, die Lehren aus den sog. Reformen der 90er Jahre sowie die Neubewertung der ausländischen Direktinvestitionen (FDI), vor allem in Afrika.** Der thematischen Debatte liegen jeweils Berichte zugrunde, die im deutschen Sprachraum leider auch in entwicklungspolitisch engagierten Kreisen, wenn überhaupt, nur am Rande zur Kenntnis genommen werden.

Empirische Erfahrungen: Auch UNCTAD war im Gefolge des nord-südpolitischen Roll-backs seit Beginn der 1980er Jahre in die Defensive geraten, war jedoch nie auf die neoliberale Mainstream-Dogmatik eingeschwenkt, sondern hatte sich, vornehmlich in Gestalt des in Genf angesiedelten Sekretariats, stets einen kritischen Blick auf die empirischen Erfahrungsergebnisse seiner Mitgliedsländer bewahrt. Diese Erfahrungen besagen, wie in einem kurzen Papier des Sekretariats (s. Hinweis) überzeugend ausgeführt wird, daß in der „seltsamen Dekade“ der 90er Jahre nur wenige Länder im Süden anhaltende wirtschaftliche Fortschritte erzielten, und zwar diejenigen, die in der Lage waren, ihre Integration in die Weltwirtschaft mit Hilfe eines breiten Spektrum politischer Instrumente zu steuern und zu gewährleisten, daß im auswärtigen Handel erzielte Einkommenssteigerungen auch tatsächlich in diesen Ländern verblieben.

Die „Gewinner“ und „Verlierer“ der Globalisierung, so heben die Autoren hervor, unterscheiden sich nicht schlichtweg durch den Grad der Öffnung nach außen; der entscheidende Unterschied, z.B. zwischen den ostasiatischen Newcomern und den meisten anderen Entwicklungsländern, sei vielmehr, daß Liberalisierungsschritte bei den Gewinnern erst nach der erfolgreichen Umsetzung von Industrie- und Handelspolitiken erfolgten, nachdem Schutzmechanismen nicht mehr gebraucht wurden. Die Lehre der 90er Jahre bestehe deshalb vor allem darin, formelhafte Entwicklungsstrategien nach dem Muster „one-size-fits-all“ durch

maßgeschneiderte, auf die spezifischen Bedingungen der einzelnen Entwicklungsländer zugeschnittene Strategien zu ersetzen.

Ambivalente Rolle der Schwellenländer:

Inzwischen hat die weltwirtschaftliche Entwicklung vielen Entwicklungsländer sog. windfall profits beschert, die sich vor allem aus dem schnellen Wirtschaftswachstum in China und Indien ergeben. Wie der neue Trade and Development Report analysiert, können diese beiden aufstrebenden Ökonomien sogar als Kern eines neuen Wachstumspols der Weltwirtschaft angesehen werden. Die Autoren warnen allerdings auch vor einer vorschnellen und gradlinigen Verlängerung dieses Trends in die Zukunft. Zum einen haben diese beiden Länder noch einen langen Weg zu gehen, bis sie das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens der heutigen Industrieländer erreichen. Bei China beträgt diese Maßzahl (in Kaufkraftparität gemessen) gerade einmal zehn Prozent der USA, in Indien liegt sie noch tiefer.

Während die im Zuge des schnellen Wachstums in China und Indien rasch steigende Nachfrage nach Rohstoffen (insbesondere, aber nicht nur Erdöl) vielen Entwicklungsländern einen kleinen Exportboom gebracht hat, besteht die Kehrseite in einer hohen Rohstoffabhängigkeit der beiden Schwellenökonomien. Und was das angestiegene Niveau der Rohstoffpreise betrifft, so weist UNCTAD darauf hin, daß dieses bislang nicht hoch genug ist, um den für die Dritte Welt so problematischen langfristigen Verfall der Rohstoffpreise umzukehren. Immer noch liegen die Preise im Schnitt um ein Drittel unter ihrem durchschnittlichen Niveau der Jahre 1960-1985. Hinzu komme, daß die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, insbesondere die wachsenden Gegensätze zwischen Defizitländern (wie den USA) und Überschußländern (wie den meisten asiatischen Ländern) die Preisentwicklung schon bald wieder zunichte machen könnten. Auch seien die Exporterfolge, etwa Chinas, nicht nur von Vorteil für den Rest der Entwicklungswelt, weil sie zum Verfall der Exportpreise bei verarbeiteten Produkten (siehe Textilien) führen. Überdies belasteten die hohen Ölpreise gerade die importabhängigen

~~Denen~~ **Stag** **Schiff**-Report der UNCTAD schlägt deshalb in diesem Jahr drei Maßnahmebündel vor. Erstens sollten die Entwicklungsländer die derzeitigen windfall profits aus dem Rohstoffexport nutzen, um Diversifikations- und Industrialisierungsmaßnahmen voranzutreiben. Zweitens fordert UNCTAD, erneut über Mechanismen für die Beseitigung der hohen Preisfluktuation im Rohstoffsektor nachzudenken. Und drittens warnen die Autoren davor, sich von den im Rohstoffsektor besonders starken ausländischen Investoren in einen „Wett-

lauf zum Abgrund“ („race to the bottom“) ziehen zu lassen. Notwendig sei die Aushandlung gemeinsamer Prinzipien zur Besteuerung ausländischer Investoren, um die Einkommen der Länder aus Lizenzgebühren, Schürfrechten und Joint Ventures zu steigern.

Kritische Neubewertung der FDI: Dies sind andere Töne, als sie der ebenfalls bei UNCTAD angesiedelte Weltinvestitionsreport verkündet, der in diesem Jahr die Rolle der Transnationalen Konzerne (TNCs) im Bereich von Forschung und Entwicklung behandelt (s. Hinweis) und hierbei erneut den Eindruck erzeugt, als sei ein stetes Wachstum von Auslandsinvestitionen in der Dritten Welt an sich schon ein sicherer Weg zu mehr Entwicklung.

Kritisch nimmt dagegen der fast zeitgleich erschienene UNCTAD-Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika (s. Hinweis) die Rolle der TNCs ins Visier. Dessen Autoren kritisieren explizit, daß die Anlockung von FDI in den letzten Jahren eine immer prominentere Rolle in den Entwicklungsstrategien eingenommen hat. Die Verbesserung des Investitionsklimas für ausländische Unternehmen habe in den meisten Fällen nicht die gewünschten Resultate gebracht. Die Investitionen seien nicht in die produktiven Sektoren der Volkswirtschaften geflossen, sie hätten das Wachstum nicht signifikant beschleunigt und auch keinen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der Armut geleistet. Der Report plädiert für ein wesentlich kritischeres Herangehen an die Bewertung von FDI, gerade in afrikanischen Ländern. Selbst wenn die derzeitigen afrikanischen Wachstumsraten von im Schnitt 4,4 Prozent fortgeschrieben würden, wären sie nicht ausreichend, um auf dem Kontinent die entwicklungspolitischen Millenniumsziele bis zum Stichjahr 2015 zu erreichen.

Hinweise:

* UNCTAD, Trade and Development Report 2005: New features of global interdependence,

* UNCTAD, World Investment Report 2005: Transnational Corporations and the Internationalization of R&D..

* UNCTAD, Economic Development in Africa: Rethinking the Role of Foreign Direct Investment, Geneva 2005.

* UNCTAD, Growth and Development in the 1990s: Lessons from an Enigmatic Decade, prepared by the UNCTAD secretariat, 12 pp., United Nations: TD/B/52/7, 14 September 2005. Bezug: alle über www.unctad.org

Der Beitrag erschien im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) Nr. 10/Oktober 2005

(www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).

Tsunami des Wachstums auf Afrika

Die Schulden und die Strukturanpassungspläne, die die Staaten Afrikas dazu verpflichtet haben, sich ungeachtet seiner verheerenden Folgen für den Neoliberalismus zu entscheiden, haben den schwarzen Kontinent seine Entwicklungschance verpassen lassen und garantieren ihm dauerhaftes Elend.

Gesundheitswesen und Schulbildung sind kostenpflichtig geworden: nur der Elite wird es möglich sein, Hygieneregeln zu beachten, gefährliche Entwicklungen harmlosester Krankheiten zu verhüten, sich die Gefahren des Daseins und seine Geheimnisse bewusst zu machen, sich zu informieren, die Umwelt zu schützen, usw.

Trinkwasser und Elektrizität, von einem verarmten Staat aufgegeben, sind praktisch nur noch für die Reichsten verfügbar, die sich Vorratstanks, Pumpen und Stromaggregate leisten können.

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind verschwunden und haben einem Gewirr von armseligsten Privatfahrzeugen Platz gemacht. Wichtige Straßenverbindungen sind nie gebaut worden oder werden wegen fehlender staatlicher Mittel nicht mehr unterhalten. Doch die Bauern können ohne diese Strassen nicht mehr überleben, da sie ihre kurzlebigen und leicht verderblichen Produkte nicht in die Städte transportieren können.

Heute heißt das neue Zauberwort, das den Kontinent (und die Welt) retten soll: „Wachstum“. Die „Wachstumslogik“, mit Hilfe der endgültigen, durch Verschuldung abgesicherten Abhängigkeit durchgesetzt und auf Elend gegründet, wird zur physischen, moralischen und ökologischen Zerstörung des Erdteils führen.

Die Afrikaner, die einen Alltag aus ständigen Entbehrungen, ausweglosem Leiden und irrsinniger Sterberate satt haben, geraten in der Tat in die Falle eines ungezügelten **Konsums** um jeden Preis. Der Mangel am Notwendigsten macht jeden noch gieriger nach Überflüssigem, gemäß einer menschlichen Logik, die vernunftgemäßem Denken unzugänglich ist: in Europa überschulden sich die ärmsten Schichten der Gesellschaft, um mehr zu konsumieren als die mittleren Schichten, während diese die Mittel zu größerem Konsum hätten, aber oft vernünftiger bleiben.

Auf dem schwarzen Kontinent wird das Mobiltelefon bei weitem wichtiger als die sichere Versorgung mit Lebensmitteln; und alle verschlingen importierte Hühnchenteile, von denen das Institut Pasteur von Kamerun 83,5% als zum Verzehr ungeeignet erklärt hat. Die Importprodukte sind alle besser als die lokalen, ganz gleich wie schlecht sie sich für die lokalen Verhältnisse eignen: Kleidung und Schuhe aus Nylon oder Kunstleder, die von den Bewohnern der westlichen Länder karitativen Organisationen gespendet wurden oder aus unverkauften Beständen von Geschäften stammen, haben einen ungeheuren Verkaufserfolg in Ländern mit Temperaturen von über 30° und einem Feuchtigkeitsgrad von 80% - in solchen klimatischen Bedingungen sind Kunststoffe auf dem Körper ungesund und verursachen Hautkrankheiten.

Den Kindern zu Weihnachten ein Gameboy zu schenken ist zu einer lebenswichtigen Frage geworden, obwohl das Spielzeug nur ein paar Wochen hält, da es aus China kommt und eigens konzipiert wurde, um auch für kleine Geldbeutel erschwinglich zu sein, d.h., dass es mit Materialien von geringer Qualität mit minimaler Lebensdauer hergestellt wurde. Es soll die Illusion von Besitz sicher stellen, es soll aber auch schnellstmöglich wieder angeschafft werden müssen, vor allem unter den auf dem Kontinent bestehenden Temperatur-, Feuchtigkeits- und Verwendungsbedingungen (Spiel im Sand des Hofes, Balgereien unter Kindern). Wachstum verpflichtet. So hat die Bezahlung des Gameboy Vorrang vor der Bezahlung der Wasserrechnung, was den Kindern eine Mindesthygiene garantieren würde, die sie wenigstens vor Krätze, Amöben und Magen-Darmkrankheiten schützen würde.

Das neueste Mobiltelefon zu kaufen, erschwinglich geworden, weil es ein in China von Arbeitssklaven gefertigtes Billigprodukt ist, um es in der Bar auf dem Tisch zur Schau zu stellen, dort wo man seine Probleme austauscht, ist wichtiger geworden als ein Moskitonetz zu kaufen, das die eigenen Kinder vor der Malaria rettet, aber die Malaria ist zu einem Schicksal geworden, gegen das man nicht mehr kämpft.

In allen Straßen des Kontinents haben **Werbeplakate** die Plakate mit Hinweisen zum Gesundheitsschutz verdrängt.

Wenige Menschen kennen heute noch die Ursachen oder Träger der Hauptkrankheiten (Amöben, Kwashiorkor (=Mangelernährungssyndrom, vor allem bei Kindern), usw.) über die in der Schule oder bei nationalen Gesundheitsschutzkampagnen aufgeklärt worden war, bevor die Strukturanpassungspläne drakonische Haushaltskürzungen vorschrieben, um das «makroökonomische Gleichgewicht des Haushalts» abzusichern, mit anderen Worten um die Zurückzahlung der Schulden zu garantieren und um ausländische Investoren von Steuern zu befreien.

Also **sinkt die Lebenserwartung mit jedem Jahr**, laut den Internationalen Einrichtungen wegen Aids, in Wirklichkeit aber vor allem deshalb, weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr Zugang zur medizinischen Versorgung hat.

Zunächst deswegen, weil die medizinische Versorgung Gegenstand makaberster Spekulationen geworden ist, nachdem 1994 die Gehälter der Funktionäre mit der Entwertung des Franc CFA - ebenfalls eine makroökonomische Maßnahme - halbiert und seit 10 Jahren eingefroren wurden: Für einen Kaiserschnitt im kongolesischen Brazzaville zahlen Sie 45 Euro an der Krankenkasse, aber dann, während Ihre Frau im Operationsaal ist, kommen der Chirurg, der Anästhesist, die Krankenpfleger einer nach dem anderen zu Ihnen, um von Ihnen weitere Zahlungen zu verlangen und die Operation kostet schließlich 300 Euro. Also stirbt eine Frau von Hundert im Wochenbett.

Aber auch weil die medizinische Versorgung wegen der Verschlechterung des Materials und der geringer werdenden Fachkenntnisse so wenig Erfolg gewährleistet (der Großteil der ausgebildeten Ärzte ist in den Ländern des Westens). Als Folge glauben die Menschen nicht mehr an Heilung und überlassen sich lieber dem Schicksal oder schlimmer noch, der Macht von Pastoren der verschiedensten Sekten, mehrheitlich aus den USA.

Überwältigt von den Schulden, die sie bei gerissenen Wucherern gemacht haben, sind die Menschen nicht mehr vorsichtig und geben jegliche Wachsamkeit und jegliche Moralvorstellungen auf. Die Schule hat ihnen das auch nicht mehr beigebracht, einerseits weil die Lehrer fehlen -

um den Haushalt auszugleichen haben die internationalen Finanzinstitutionen Personalabbau und Lohnkürzungen gefordert - , andererseits weil die arbeitslosen Eltern nicht die Mittel für die Schule haben. **Die Lohnarbeit, die den Lebensunterhalt nicht mehr absichern kann**, ist gegenüber dem Drogenhandel und dem Sich-Durchschlagen abgewertet, was den Gaunern (Gauner von der Straße oder staatlichen Gaunern) das Konsumieren möglich macht.

Jede nicht Geld bringende Tätigkeit wird als unproduktiv betrachtet. Tätigkeiten, die gesellschaftlichen oder familiären Frieden schaffen sollen, die der Förderung der intellektuellen Entwicklung, der Wiederherstellung der Moral, des persönlichen psychologischen Gleichgewichts, der Gesundheit oder dem kulturellen Reichtum dienen sollen, werden verspottet und verachtet. Der gesellschaftliche Wert wird nur an der Elle der Produktion finanziellen Reichtums gemessen, und die Lehrer, die mangels Geld nicht „konsumieren“ können und außer bewussteren Seelen „nichts“ produzieren können, sind in der Gesellschaft mit am meisten verspottet.

Die großen Diebe, die sich munter aus der Staatskasse bedienen und so den allgemeinen Verfall der Öffentlichen Dienste besorgen, werden als die „Starken“ von den „Kleinen“ bezeichnet, die von Zeit zu Zeit deren Brosamen einstecken können. Wenn diese „Starken“ in ihren brandneuen, für 100.000 Euro eingeführten Landrovern mit Höllentempo durch Stadt und Land brausen, lässt man sie durch, man gibt ihnen den Weg frei, sicherlich aus Furcht, aber nicht nur deswegen: eine Welle der Bewunderung vor dem, der «es geschafft hat», ist bei jedem tief im Innern zu spüren. **Er «hat es geschafft»** das Glück zu haben, ein Mitglied seiner Familie in den Rängen des Staatsapparats zu haben. Also kann er konsumieren, vergeuden, verschmutzen: er hat das Recht, ja die Pflicht dazu, um geachtet zu werden.

Jedoch, auch er wird heute dank des „Wachstums“ in China und in Indien kurzlebige Produkte benutzen: einen Kühlschrank, der 2 Jahre und oft weniger hält, weil auch er den schwankenden und nicht angepassten Strom des staatlichen Elektrizitätswerks erhält, das im Zustand des Bankrotts gehalten wird, um baldmöglichst privatisiert und für einen symbolischen Franc an eine westliche multinationale Gesellschaft verkauft zu werden. Auch die von den Zugentgleisungen (der im Zustand des Bankrotts gehaltenen Staatsbahn) verursachten Unterbrechungen in der Benzinversorgung kann ihn

betreffen, auch wenn er vor einem gänzlichen Ausfall stets den Vorzug beim Bezug der verbleibenden Mengen hätte, sein Stromaggregat aber kann wegen fehlenden Benzins völlig still liegen!

Aber man muss verbrauchen: Kunststoffartikel, immer kurzlebigeres Spielzeug, täglich bei Rot an der Ampel gekaufter Schnickschnack, der von herumziehenden Einwanderern verkauft wird, Computerartikel und Telefonapparate voll unkontrollierter, umweltverschmutzender Mineralstoffe, chemische Schönheitsprodukte (um die Haut aufzuhellen), Lebensmittel, die nach dem Verfallsdatum chemisch essbar gehalten wurden, usw.

Produkte, die anschließend auf die Straße vor dem Haus geworfen oder von armen Müllarbeitern aufgesammelt werden, die sie wo sie können wieder wegwerfen, vorzugsweise am Flussufer, denn «das Wasser wäscht alles». Alles Produkte, die sich gegenseitig an **Umweltschädlichkeit** überbieten, denn sie stammen aus nicht kontrollierten Fabriken, sind ohne Sicherheitshinweise oder Angaben zu ihrer Zusammensetzung, sind Produkte, die 200 Jahre lang die Umwelt verschmutzen, aber bereits nach einem Tag oder 2 Monaten ausgedient haben.

Auch die **Malariafälle** sind wegen des Konsums schlagartig angestiegen: die kleinen schwarzen Plastikbeutel, die jeder Person systematisch und kostenlos abgegeben wird, die etwas kauft, bilden heute auf dem afrikanischen Boden eine derartige Schicht, dass das Wasser nicht mehr durchsickert. So bilden sich jetzt auch vor den Häusern, auf den von Abfällen übersäten Landstraßen riesige, Pfützen, die noch eine Woche nach dem letzten Regenguss vorhanden sind und eine leichte und wirkungsvolle Vermehrung von Moskitolarven sicherstellen. Das Vieh und das Geflügel auf dem afrikanischen Land verschlucken die Plastikbeutel und sterben, was auch die Landwirtschaft gefährdet.

„Wachstum“, das heißt, exponentielle Erhöhung des Konsums von fabrikneuen oder nach leichter Umgestaltung verkauften Produkten, wird offiziell als Quelle vermehrten individuellen Komforts und als Beweis für das Funktionieren der Wirtschaft des Landes ausgegeben. **In Wirklichkeit ist dieses „Wachstum“ nur ein Mittel für die transnationalen Konzerne, Gewinne zu erzielen, sie an der Börse oder auf der Bank anzulegen und den Einzelnen und die Staaten zu veranlassen, Anleihen aufzunehmen, um das Mahlwerk der internationalen Finanzmühle in Schwung zu halten.**

Man muss „Wachstum“ sicherstellen – es wird als einziges Heil propagiert und vor allem als Garantie für den Abbau des Elends, obwohl selbst die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) heute anerkennt, dass Wachstum den Reichen erlaubt, reicher zu werden, während es gleichzeitig das Elend der Ärmsten vergrößert. *„Angesichts der Tatsache, dass Wachstum den Ärmsten nicht automatisch zu Gute kommt, drängt der neue Ansatz vor allem auf den Ausbau eines öffentlichen Grundschulwesens und einer öffentlichen medizinischen Versorgung. Die neue Politik rechnet nach wie vor damit, dass eine rasche kommerzielle und finanzielle Liberalisierung den Zugang der Ärmsten zu Vermögen verbessert, was ihnen ermöglichen könnte, der Armut zu entgehen. Nun müssten aber die Erfahrungen in Afrika größte Vorsicht in dieser Sache gebieten. Die Studie zeigt, dass ein Anwachsen der Staatsausgaben auf allen Ebenen das sicherste Mittel bleibt, die Ungleichheiten beim Einkommen zu verringern.“* (1)

Jedoch stellt jedes Land in Afrika seine eigenen Wachstumsprognosen auf: In seinem Haushaltsplan für 2005 rechnet Kongo-Brazzaville mit einer realen Wachstumsrate von 9,2%, die „Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ (Nepad = New Partnership for Africa's Development) rechnet am Anfang des Textes mit 7% für die nächsten 15 Jahre, dann am Ende mit 6% (!). Wie aber dieses Wachstum zu Stande kommen soll und welche perversen Auswirkungen es erzeugt: Schweigen, lässt uns konsumieren! Die Wissenschaft wird die Reparatur der Umweltschäden übernehmen! Welche Wissenschaft? Eine Wissenschaft, die aus einer Forschung ohne Geldmittel hervorgeht?

http://www.cadtm.org/article.php3?id_article=1652

(1): Von der Strukturanpassung zur Verringerung der Armut : Was Neues ?

<http://www.un.org/publications>.

Siehe auch den letzten Bericht der UNCTAD,

http://www.unctad.org/en/docs/gdsafrika20051_en.pdf

(2) APASH, Association Pour une Alternative au Service de l'Humanité; (Vereinigung für eine im Dienste der Menschen stehenden Alternative),

CADTM, Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers Monde (.Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt)

[auch in Grain de Sable erschienen, n° 526.](#)

Übersetzung: Angelika GROSS, Jürgen JANZ, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen
cooridtrad@attac.org

Freihandel Macht Hunger

Liberalisierung gefährdet bäuerliche Landwirtschaft – weltweit! Vortrags- & Diskussionsrunde mit Tilder Kumichii (Kamerun)

Drei Vorträge beschreiben die Ursachen und Auswirkungen von großindustrieller Agrarproduktion:

Die Bürgerrechtlerin Tilder Kumichii aus Kamerun berichtet über ihren Kampf gegen eine Importflut von europäischen Geflügelfleischresten, die aufgrund der Ansprüche der europäischen KonsumentInnen hier nicht verwertet werden können. So müssen also die Tierreste entweder teuer entsorgt oder billig nach Afrika verschifft werden! In Kamerun verloren dadurch zehntausende von Bauern und Bäuerinnen ihre Lebensgrundlage. Zudem erkrankten viele Menschen an einer Salmonellenvergiftung.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche

Landwirtschaft (AbL) stellt dar, wie eine großindustrielle Agrarproduktion (z.B. Hähnchenmast) auch eine soziale und umweltgerechte Landwirtschaft in Deutschland und Europa verdrängt und leitet daraus Forderungen an die nationale und internationale Politik ab - für Bäuerinnen und Bauern in Nord und Süd.

Ein Vertreter vom **Attac Agrarnetz** stellt den weltweiten Überlebenskampf von BäuerInnen in den Kontext der aktuellen WTO-Verhandlungen und diskutiert die Grenzen von Freihandel als Entwicklungsmotor für arme Länder. Dabei wird auch auf die anstehende WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong (Dezember 2005) eingegangen. (...)

Ein Gegenentwurf zur Ideologie des Freihandels stellt das Politikkonzept der **Ernährungssouveränität** dar. Dies meint das Recht jeder Gemeinschaft auf eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik – den eigenen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen entsprechend. Dieses Konzept ist auf internationaler Ebene bereits von zahlreichen Netzwerken und sozialen Bewegungen im Süden und Norden übernommen worden.

Eine andere Landwirtschaft ist möglich!

<http://www.attac.de/wto/hk-speakerstour#1>

Francisco Mari: Europa rupft Westafrika – Die »Todeshühner« in Kamerun

1996 wurde Kamerun Mitglied in der Welthandelsorganisation (WTO) und die Importzölle wurden auf 20% gesenkt. Die Mehrzahl des in Kamerun verzehrten Geflügels stammte zu diesem Zeitpunkt aus der eigenen Kleinproduktion, die insgesamt ca. 25.000 Tonnen (1995) Geflügelfleisch betrug. Wie die Statistik zeigt stiegen aber mit dem genannten WTO-Beitritt Kameruns die Importmengen seit 1996 massiv an. Von 978 Tonnen (1996) auf 22 000 Tonnen im Jahre 2003 eine Steigerung um mehr als 2000% (!) Der Jahresbedarf wird heute auf 30.000 Tonnen geschätzt.

Durch die Liberalisierung des westafrikanischen Außenhandels besteht nun die Möglichkeit, die »Abfallprodukte« unseres Essverhaltens, d.h. Geflügelkeulen, Flügel, Innereien etc. doch noch mit großem Profit nach Kamerun zu exportieren. So gelangen immer größere Mengen gefrorener Hähnchenteile nach Kamerun und ganz Westafrika.

Mehr als 20% des exportierten Geflügelfleisches sind »Exporthähnchen«. Sie wachsen mit ihren europäischen »Geschwistern« auf, werden aber nach 30 Tagen herausgenommen und nach Afrika geschickt. Erst nach 45 Tagen werden »unsere« geschlachtet, damit die Antibiotika, die sie vor Krankheiten bewahrt haben, nicht mehr nachweisbar sind.

Die Folgen für Kamerun: Der Verlust von 110.000 Arbeitsplätzen, jährliche

Einnahmeverluste von 15 Millionen € und der Verlust von 10 Millionen € an Investitionskosten. Aber nicht nur Geflügelzüchter, auch die Landwirte verlieren einen wichtigen Markt, da das Geflügel mit einheimischem Mais und Soja gefüttert wurde. 10.000 Tonnen Geflügelfleisch benötigen 55.000 Tonnen Mais und Soja. Insgesamt gehen wohl 60 Millionen Euro für die kamerunische Wirtschaft verloren. Schätzungen von ACDIC sprechen davon, dass heute (2004) nur 20% der Geflügelzüchter noch produzieren. Hinter diesen Zahlen stecken erschütternde Schicksale, vor allem von Frauen oder Frauengruppen, die nun auch ihre Kleinkredite nicht zurückzahlen können. Schätzungsweise sind über eine Million Menschen davon betroffen.

40 Grad Celsius und 90% Luftfeuchtigkeit lassen die Geflügelteile schnell auftauen und Kühltransporter gibt es nicht. Die Wege zu den verschiedenen Märkten sind lang und beschwerlich. Erschreckende Bilanz: 85% Prozent des Fleisches waren nach EU Recht nicht mehr verzehrbar, weil ihr Mikrobenbestand 6 bis 180-fach über der Höchstgrenze lag. 15 Prozent der Proben zeigten Salmonellen, jede fünfte die Magen und Darm gefährdende Campylobacter.

Dies alles war zu Beginn des Jahres 2004 für die Bürgerinitiative ACDIC Anlass, eine **Kampagne** zu starten, die sowohl

die VerbraucherInnen über die Gefahren des Verzehrs solchen Fleisches aufklärte als auch die Öffentlichkeit auf die Situation der KleinproduzentInnen aufmerksam machte.

Die Kampagnen und Informationen der Zivilgesellschaft schafften es bis zum September 2004, dass zunehmend weniger »Poulet de la Mort«, die importierten »Todeshühner«, aus Angst vor Krankheiten gekauft wurden. Die Händler mussten extra versichern, dass ihr Fleisch kein Gefrierfleisch sei. Dies führte dann kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 dazu, dass die Regierung ein Importmoratorium erließ.

ACDIC versucht, die Kampagne zu nutzen um auch eine allgemeine Debatte im Lande um die Zukunft der einheimischen Landwirtschaft zu führen, denn neben dem Import von Geflügelfleisch werden auch viele andere im Land produzierte Nahrungsmittel konkurrenzlos billig importiert, wie Tomatenprodukte, Reis, Speiseöl, etc.

Aus: <http://www.suedwindinstitut.de/Dek-2-040-03.htm>

Weitere Quellen: www.acdic.org
<http://www.attac.de/agrarnetz/>

Zur Ernährungssouveränität: S. auch *Sand im Getriebe Nr 46*

2. Sommerakademie von attac Schweiz, 15.-18. September 2005

Xavier de Stoppani und Alessandro Vinciarelli, attac Schweiz

Sehr kontrastreiche und sich ergänzende Sessions

Ein Sonntag Morgen wie jeder andere in Les Rasses (Waadtland) zwischen den Jahreszeiten. Wind, Kälte, Regen. Eine abgelegene Straße und ein Gebäude von der Heilsarmee. Der Wetterbericht verspricht kaum Besserung und jeder normale Mensch würde seinen Vormittag im Bett oder beim Schnecken sammeln verbringen. Aber dort, in diesem frisch renovierten Gebäude, schlangen mehrere dutzend von "Erleuchteten" ihr Frühstück herunter, um sich dann die erste Konferenz-Debatte des Sonntages hineinzuzwängen. Wir sind auf der 2. Sommerakademie von attac schweiz, großer Augenblick zum Austausch von Wissen und Können, an der Schwelle zu dieser anderen Welt, die für "möglich" gehalten wird. (...)

Um diesen einzigen Augenblick des Jahres voll auszunutzen, an dem eine so große Anzahl von AktivistInnen sich drei Tage lang zusammenfand, hatte das Organisationskomitee ein sehr dichtes Programm ausgetüftelt. Die Inhalte der thematisch gruppierten Veranstaltungen waren eine gelungene Mischung verschiedener Typen. Einige, zu allgemeinen Themen programmierten Konferenzen, hatten einen einführenden Charakter für die weniger erfahrenen TeilnehmerInnen bzw. für die gerade am Anfang stehenden AktivistInnen, wie z.B; Themenbereiche zum WTO oder zur Gründung Europas. Andere Beiträge zu spezielleren Themen bereicherten den Erfahrungsschatz der schon erfahrenen AktivistInnen. Unterschiede im Wissen war weniger ein Hindernis, sondern eher eine Ermutigung zur Diskussion und zum gegenseitigen Meinungsaustausch unter den TeilnehmerInnen. Gleiches läßt sich von den Parallelkonferenzen sagen. Obwohl die Entscheidung für eine Konferenz den Verzicht auf eine andere, genauso interessante, bedeutete, konnte man immer auf den oder diejenige zählen, der/die das andere Thema gewählt hatte, um sich das Gesagte berichten zu lassen. Drei Tage lang ging es darum, ein thematisch breitgefächertes Spektrum zu beleuchten, immer ausgehend von einer europäischen Perspektive, um bei der Schweiz und seiner gegenwärtigen Einbindung in die Gründung Europas mit neoliberaler Tendenz anzugelen.

Die **Konferenz über den Welthandel** trug zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen europäischer Politik und dem WTO-Kalender bei. Sie zeigte, daß die Schweiz oft die Avantgarde in der fortschreitenden Liberalisierung darstellt, und dies in allen Bereichen. Susan George erläuterte insbesondere die entschiedene Unterstützung der

Schweiz einer Politik des "Benchmarking", was für die neuen – und aggressiven – Methoden des WTO steht, um sie mit aller Gewalt durchzusetzen und die Länder zur Liberalisierung ihrer öffentlichen Dienste zu zwingen.

Die Bedeutung der Schweiz im internationalen Kontext wurde ebenfalls in der **Konferenz zu den Finanzen** unterstrichen. Sven Giegold beschrieb zunächst den anti-solidarischen Charakter der europäischen Steuerpolitik, welche die direkte und progressive Besteuerung senkt bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer. Er verwies auf die Auslagerung der Betriebe und das daraus folgende zwischenstaatliche Steuerdumping sowie auf die paradoxe Situation, daß die europäische Wirtschaftsintegration ohne jegliche Regulation durch Steuer- und Sozialausgleiche erfolgt. Im Anschluß daran beschrieb Bruno Gurtner die Rolle des Wirtschaftsparadieses, das der Finanzplatz Schweiz durch sein Bankengeheimnis spielt (das bei den bilateralen Verhandlungen noch verschärft wurde), aber auch seine subtile Differenzierung zwischen "Steuerschwindel" und "Steuerflucht", die es ermöglicht, einer ausländischen Regierung jegliche administrative oder juristische Amtshilfe zu verweigern, die ihre eigenen Staatsangehörigen weiter verfolgen will. Dies bedeutet für die europäischen Staaten, aber auch die Staaten im Süden erhebliche Steuerverluste.

Die Konferenzen zu den Themen **Arbeitsmärkte/Migration und Sicherheit/soziale Unsicherheit** machten einen anderen Bereich deutlich, in dem die Schweiz in der Umsetzung von Bestimmungen neoliberaler Machart Spitzenreiter ist. Es handelt sich dabei um die Verringerung der Arbeitslosenrate, die sich insbesondere in den deutschsprachigen Kantonen zunehmend auf dem Prinzip der "Workfare" basiert, Prinzip das die Gewährung der Sozialhilfe an Bedingungen knüpft, wie z.B. den Zwang zur Annahme ganz beliebiger Arbeitsangebote, und dies obwohl sie objektiv nicht den Qualifikationen der Person entsprechen, sondern aufgezwungen sind. Der Begriff der "Workfare" unterstellt auch die Willfährigkeit und Unterwürfigkeit der Arbeitssuchenden gegenüber den Arbeitsverwaltungs- und Sozialverwaltungs-Institutionen. Eine Verweigerung dieser Bedingungen führt unmittelbar zur Streichung aus der Liste der Arbeitslosen, was natürlich – aus statistischer Sichtweise – die Verbesserung der Arbeitslosenzahlen zur Folge hat; aber ganz bestimmt nicht die Lebensbedingungen der betroffenen Personen verbessert.

Dieser Themenrahmen wurde durch die

Konferenzen über die Öffentlichen Dienste ergänzt, die sich jeweils auf die von der Anwendung der Allgemeinen Vereinbarungen über den Handel und Dienstleistungen (GATS) hinausführende Massnahmen konzentrierten, aber auch auf die Frage der Landwirtschaft. Eine sehr intensive und qualitativ hochwertige Debatte fand während dieser Sitzung zwischen den SprecherInnen und einer Gruppe von ZuschauerInnen statt.

Um von den in den verschiedenen Konferenzen gelernten Dingen zu profitieren, konnten die TeilnehmerInnen an **zwei Debatten** teilnehmen. Die erste behandelte die **Beziehungen zwischen Europa und den Ländern des Südens**. Es schloß sich eine Reflektion an über die nicht immer exemplarische Rolle der von den Regierungen unterstützten NGO's statt, bezeugt von einer kolumbianischen Aktivistin, die wegen ihres Kampfs gegen eine, von westlichen grossmultinationalen Konzernen unterstützte Macht ins Exil gehen musste. Die zweite Debatte zum Abschluß der 2. Sommeruniversität versuchte eine Antwort auf die thematische Eingangsfrage zu finden, nämlich **'Welche Schweiz in welchem Europa?'**. Es ist natürlich schwierig eine Antwort zu liefern, aber es hat sicherlich eine Einhelligkeit in der Tatsache gegeben, dass die Schweiz ein wichtiger Spieler in der derzeitigen Aufbauphase eines neoliberalen Europas war und bleibt.

Der politische Kalender führt uns in diesem Jahr zur Konfrontation mit mehreren auf der Sommeruniversität behandelten Themen. Für den 15. Oktober ist schon mit der Demonstration gegen den WTO in Genf das erste Rendezvous vorgesehen. Wir hoffen, dass die in Les Rasses verbrachten Tage dazu beitragen konnten, daß die Mitglieder und SympathisantInnen besser vorbereitet an solchen Veranstaltungen teilzunehmen und ihre Reflektion oder aktive Teilnahme mit Gelassenheit und Optimismus fortsetzen.

Eines unter vielen Zitat, mit fast genauso positiver Formulierung: "Wir hatten einen so schönen musikalischen so spontanen und erfüllten Samstag Abend! Er umfasste all das, was im Verlauf des Tages in den Konferenzen gesagt wurde: Teilen, Abwesenheit von Konkurrenzdenken, Einfachheit, Frische, Qualität und Vielseitigkeit. Ich bin nicht Mitglied und ich hab mir gesagt: 'wenn man zu solchen Dingen mit so geringen Mitteln fähig ist, also dann, ja, dann werden sie die Welt ändern können.' (aus "Angles d'attac n° 23")

ATTAC Schweiz an der Seite der europäischen Attac-Organisationen für eine solidarische Alternative

Presse-Mitteilung

Die 2. Sommerakademie von attac Schweiz fand vom 15. bis zum 18. September in Les Rasses im waadtländischen Jura der Region Sainte-Croix (eine GATS-freie Gemeinde) statt.

An 3 Tagen kamen 150 Personen (Mitglieder und SympathisantInnen, die mehrere Tage blieben) aus der ganzen Schweiz zusammen, aber auch aus Deutschland, Frankreich, und Österreich um zu diskutieren, zu debattieren und Neues um das **Thema der europäischen Konstruktion und die Rolle der Schweiz dabei** zu erfahren. Etwa 20 SprecherInnen aus der Schweiz, Frankreich, Italien, Österreich und Kolumbien kamen, um über ihre Erfahrungen als ExpertenInnen in ihrem jeweiligen Spezialgebiet oder als AktivistInnen zu sprechen. Die **mehr als ein Dutzend thematischen Workshops und Stände**, geleitet von TeilnehmerInnen oder befreundeten Organisationen, zeigten, dass zuhören nicht das einzige war, sondern auch Vorschläge zu machen und Initiative zu ergreifen. **Zwei kontradiktorische Debatten stellten den Höhepunkt mit den Titeln: » Welche Schweiz in welchem Europa? » und « Die Schweiz und die Nord-Süd-Beziehungen ».**

Während dieser 3 Tage wurden die Mechanismen der europäischen Konstruktion sowie die Teilnahme und Rolle der Schweiz in dieser Konstruktion unter die Lupe genommen. Die TeilnehmerInnen beklagten die antidemokratische Konstruktion, die überall versucht, die öffent-

lichen Dienste (als Schlüssel des auf der Solidarität basierenden sozialen Gefüges) abzubauen und die Völker Europas und in der Welt gegeneinander in Konkurrenz-Beziehungen zu bringen. Die Frage über die Vereinbarungen des freien Personenverkehrs wurde in der Schlußdebatte angesprochen (mit Sven Giegold – Attac Deutschland, Michel Husson – Attac Frankreich, Rita Schiavi – UNIA und Jean-François Marquis – La Brèche). Wenn auch Differenzen in den strategischen Herangehensweisen an den Tag gekommen sind, ist doch deutlich geworden, daß sich unabhängig vom Wahlergebnis, das nur einen Aspekt der bilateralen Abkommen betrifft, die Konstruktion Europas und die Position der Schweiz innerhalb der Europäischen Union vollzieht, ohne dabei die Meinung der Bevölkerungen, als erste Betroffene, zu berücksichtigen und gnadenlos neoliberal vorgeht. Aufbau, der trotz der immer klarer werdenden Niederlagen der liberalen Politik in Europa und der Schweiz fortgesetzt wird.

Attac schweiz schlägt mit seinen verschiedenen Kampagnen und Veröffentlichungen zahlreiche Alternativen zur aktuell geführten Politik vor, von der WTO bis zur schweizerischen Regierung (die nächste Veröffentlichung wird die öffentlichen Dienste in der Schweiz behandeln; in der Reihe ATTAC TEXTE im Rotpunktverlag). Das Jahr 2004-2005 hat wachsenden Einfluß und Präsenz in den Medien von ATTAC schweiz gezeigt,

insbesondere durch die Aktionen zu den GATS-freien Zonen.

Um sich die Mittel zur Fortsetzung dieser Bewegung zu geben, hat die am Samstag Nachmittag des 17. September stattgefundene **Jahresversammlung (JV)** die **Gründung eines Wissenschaftsrates** beschlossen, der zum Ende 2005 seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Zum anderen wurde in der JV durch Diskussion und anschließende Wahl **die politischen Prioritäten für das kommende Jahr** festgelegt. Unter den zahlreichen Themen, die uns beschäftigen, wird die **Frage der Öffentlichen Dienste zentral** sein. Der Erfolg der Aktionen gegen das Allgemeine Abkommen über den Handel und die öffentlichen Dienste (**GATS**) der WTO wird durch eine stärkere Präsenz in den sozialen Kämpfen auf globaler Ebene fortgesetzt. Auf globaler Ebene werden auch die **Verhandlungen der WTO** im Zentrum der ATTAC -Tätigkeiten stehen, und zwar in Form einer sich fortsetzenden Mobilisierung gegen den « Conseil Général » in Genf am 15. Oktober. Schließlich kristallisiert sich **Europa** als zunehmend privilegiertes Aktionsfeld der Kämpfe von attac schweiz heraus, die die im Vorfeld des Europäischen Sozialforums von Athen (April 2006) eingeleitete **Unterschriftenaktion « Für ein anderes Europa »** unterstützen wird und die europaweit die Sammlung von mehreren Millionen Unterschriften anstrebt.

Attac EU-AG Stuttgart und Region:

Zum Plan ABC für Europa von Attac Frankreich

Vorbemerkung der Redaktion: Nach dem Erfolg des Neins zum Referendum über den EU-Verfassungsentwurf haben sich die attac Europa über das weitere Vorgehen verständigt. Der von ihnen verabschiedete ABC-Plan ist in „Sand im Getriebe“ Nr 45 veröffentlicht worden. Weitere Dokumente insb. von attac Frankreich sind in den SiG-Nummern 38,43 und 44 und in der SiG-Sondernummer „Nein zu dieser EU-Verfassung“ (<http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/SiG%20euSN.pdf>) zu lesen

Der Plan ABC aus Frankreich ist auch bei Attac Deutschland auf großes Interesse gestoßen und das dreistufige Vorgehen wird prinzipiell begrüßt. Inhaltlich haben viele Punkte Zustimmung gefunden, manches hat aber auch Kritik hervorgerufen. Vor allem wegen der an manchen Stellen zu engen Orientierung auf ganz spezifische Lösungs-

wege ist der Plan nicht geeignet, das ganze Spektrum zivilgesellschaftlicher Vorstellungen zu repräsentieren. Besonders in Teil A setzt er zum Beispiel starke Hoffnungen in alternative Methoden zur Stärkung des Wirtschaftswachstums. Gerade den Zwang zum Wirtschaftswachstum sehen Teile von Attac bzw. der Zivilgesellschaft aber als hinderlich für das Erreichen einer friedli-

chen, sozialen, ökologisch nachhaltigen Gesellschaft.

Daher haben bei den Attacs der EU-Länder Einzelne oder Gruppen verschiedene Alternativpläne entworfen. Als Beispiel sei ein in Deutschland formulierter Alternativplan A genannt, der ein politisches und wirtschaftliches Europa der Regionen fordert, und auf der europäischen Attac-Webseite unter

<<http://www.anothereurope.net/wiki/index.php/AlternativplanA>> abgerufen werden kann.

Alle diese Alternativpläne decken aber wieder nur einen bestimmten Teil des zivilgesellschaftlichen Spektrums ab. Gemeinsam haben immerhin alle eine stärkere Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen der EU, wie es auch im Teil B des ABC-Plans - allerdings manchen noch nicht weitgehend genug - gefordert wird.

Um eine breite Basis-Bewegung für ein anderes Europa zu entwickeln, mit gemeinsamen getragenen langfristigen Visionen und Zielen, halten wir die EU-weiten dezentralen Foren für ein Europa von unten für einen sehr geeigneten Weg. Alle erstellten Pläne können dort als Diskussionsgrundlage dienen. In die Diskussion über die Richtung der Veränderungen sollte möglichst die gesamte europäische Zivilgesellschaft einbezogen werden, nicht nur wenige Delegierte oder die Vertreter bestimmter spezifischer Lösungsansätze.

Ein Beispiel für eine solche Herangehensweise ist die Einladung zur Teilnahme am Regionalforumsprozess in der Region Stuttgart/Deutschland, in der es heißt:

„Es ist höchste Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas sich zusammentun, um ein menschengerechtes Europa von unten aufzubauen. Wir laden alle Interessierten ein, sich an diesem Prozess in regionalen Foren zu beteiligen. Mit der Idee von Versammlungen von unten, „Ateliers de Participation“, dezentral, europaweit, an vielen Orten wollen wir eine erste Etappe auf dem Weg zu einem sozialen, friedlichen und ökologischen Europa zurücklegen.“

Skizze unserer Idee:

· Es entstehen regionale, selbstverantwortliche Initiativen in ganz Europa unter breiter Beteiligung der sozialen Bewegungen aus globalisierungskritischen, ökologischen, friedenspolitischen, kirchlichen, Nord-Süd, gewerkschaftlichen, künstlerischen und anderen Zusammenhängen, Jugend- und Campusgruppen.

· In einem offenen, hierarchiefreien, selbstverantworteten längeren Prozess werden

· kreative Zukunftsentwürfe für ein anderes Europa von unten entwickelt.

· Es geht nicht (allein) darum, Forderungen des Volkes an die Obrigkeiten zu richten, sondern die Menschen vor Ort als Verantwortung tragende Subjekte wirksam werden zu lassen.

Wie kann die Arbeit in den regionalen Foren ablaufen und strukturiert werden?

Eine Möglichkeit besteht darin, nach der

Methode der Zukunftswerkstatt vorzugehen, in der die Kreativität und Problemlösefähigkeiten aller Beteiligten einfließen. Die Arbeit der Zukunftswerkstatt gliedert sich in verschiedene Phasen:

1. Kritikphase: Hier wird eine Bestandsaufnahme der Gegenwart vorgenommen. Die Kritik aller Teilnehmenden, das Unbehagen, die Probleme - also alles das, was die Gegenwart belastet - wird gesammelt und ergibt in der Zusammenschau ein umfassendes Bild des Ist-Zustandes.

2. Visionsphase: Hier entwickeln die Teilnehmenden das Bild einer Zukunft, in der sich alle ihre Wünsche erfüllt haben, in der sie so leben und arbeiten, wie es ihnen optimal erscheint. Inhaltlich gibt es keine Vorgaben und Begrenzungen.

3. Handlungsfähig werden (Realisierungsphase): In dieser Phase geht es darum, eine Verbindung zwischen dem Ist-Zustand und dem gewünschten Zustand, der Vision, herzustellen und konkrete Handlungsschritte zu entwickeln.

Um die Diskussionen zu strukturieren schlagen wir vor, entlang verschiedener Themenachsen evtl. arbeitsteilig zu diskutieren: Solche Themenachsen könnten sein:

- Demokratische und soziale Rechte und Menschenwürde
- Gesellschaftliche Einbindung und Verantwortung von Ökonomie und Technik
- Friedenssicherung und Konfliktlösung
- Unsere Verantwortung für die Zukunft des Planeten und die Existenzsicherung für seine Menschen

- (Wozu) Brauchen wir eine EU- Wie könnte eine Verfassung aussehen, die den zu bestimmenden Grundwerten menschlichen Zusammenlebens entspricht?“

Die Entwicklung eines europäischen Zukunftsmodells von unten wird zu zentralen Fragen des Zusammenlebens auf unserem Planeten Position beziehen:

- Gretchenfrage 1: Wie hältst du es mit dem „Global South“ bzw. der „Zweidrittelwelt“?

Entwickeln wir isoliert ein Modell für ein soziales Europa, oder beziehen wir in diese Konzepte auch die Frage ein, wie weit Europa eine solche Rolle in der Welt spielt, die zur Überwindung der Ausbeutung der Menschen und Ressourcen im Süden entscheidend beiträgt?

- Gretchenfrage 2: Wie hältst du es mit dem Kapitalismus?

Wird das gegenwärtige gesellschaftlich-ökonomische System für richtig gehalten und soll es allenfalls stärker wohlfahrtsstaat-

lich ergänzt werden oder strebt man grundlegend neue gesellschaftliche Lösungen für die Probleme der Gegenwart an?

- Gretchenfrage 3: Wie hältst du es mit den jetzigen EU-Institutionen und der bisherigen Form der EU-Integration?

Sollen die jetzigen EU-Institutionen beibehalten, gegebenenfalls reformiert werden? Oder inwieweit sind sie Teil des Problems, für das wir eine Lösung brauchen? Wollen / brauchen wir einen europäischen Zentralstaat, bei dem es nur darauf ankäme ihn entsprechend den nationalen Modellen zu parlamentarisieren?

- Gretchenfrage 4: Wie hältst du es mit der Demokratie?

Soll die politische Integration der EU dem parlamentarisch-repräsentativen Prinzip der Nationalstaaten folgen oder hat sich dieses repräsentative System als unzureichend erwiesen und ist durch andere Formen der direkten Partizipation der Menschen an ihren Angelegenheiten zu ergänzen –oder zu ersetzen? Wie kann die Grundordnung Europas durch einen „Verfassungsprozess“ von unten entstehen?

- Gretchenfrage 5: Wie hältst du es mit Subsidiarität und Selbstverwaltung?

Wollen wir die weitere Entmachtung der Regionen und Kommunen Europas und die Einengung von Räumen freier Selbstverwaltung oder wollen wir immer dann, wenn auf einer untergeordneten Ebene oder in freier Selbstverwaltung Entscheidungen getroffen und Handlungen ausgeführt werden können, dies auch ermöglichen und die Bedingungen dafür schaffen.

- Gretchenfrage 6: Wie hältst du es mit der „Sicherheit“?

Wollen wir ein starkes Europa, das politisch-militärische Unabhängigkeit gegenüber USA und NATO befürwortet oder sich gar als Gegenweltmacht etablieren will? Oder wollen wir grundsätzlich gewaltfreie, präventive Methoden der Konfliktlösung entwickeln und institutionalisieren?

- Gretchenfrage 7: Wie hältst du es mit den ökologischen Lebensgrundlagen des Planeten?

Reichen zur Sicherung des Überlebens auf dem Planeten ein paar Korrekturen oder müssen wir uns der Ökologie als der entscheidenden „Krisenfrage des anhebenden Jahrhunderts“ zuwenden, vor deren Hintergrund jedes andere Problem als zweit- und drittrangig behandelt werden muss? (Carl Amery)

Für die Attac EU-AG Stuttgart und Region: Ingrid Brauchle-Kloninger, Ralf Pichler, Christoph Strawe, Elke Schenk.

Weitere Informationen zum Regionalforumsprozess in der Region Stuttgart gibt es unter <http://www.euregionalforen.de>

Kampagne gegen die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie):

<http://www.attac.at/914>

<http://www.attac.de/bolkestein/>

EU-Verfassungsvertrag - „auf Eis gelegt“, doch nicht beerdigt!



Eine Basis-
information von
Attac
Stuttgart und Region

Zum aktuellen Stand der Verfassungsentwicklung der Europäischen Union nach dem **NON** in Frankreich und dem **NEE** in den Niederlanden

Am 29. Oktober 2004 wurde in Rom der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ durch die Regierungen der 25 EU-Mitgliedsländer feierlich unterzeichnet. Er kann allerdings erst in Kraft treten, wenn er in allen 25 Ländern von den Parlamenten bzw. direkt von den Bürgerinnen und Bürgern in Volksabstimmungen angenommen wird. Dieser „Ratifizierungsprozess“ sollte bis Ende nächsten Jahres abgeschlossen sein. Nun haben im Mai unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Frankreich und den Niederlanden **NEIN** gesagt und damit eine Krise in der Europäischen Union ausgelöst. Für viele haben bei ihrer Entscheidung die Kritikpunkte eine Rolle gespielt, die von Attac und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft seit Veröffentlichung des Vertragsentwurfs vorgetragen worden sind (siehe Kasten unten). In Deutschland durfte nicht abgestimmt werden, trotz des Wunsches der übergroßen Mehrheit: eine skandalöse Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger.

Ist der Verfassungsvertrag nun tot?

Viele Menschen glauben nun, der Verfassungsvertrag sei mit dem französischen und dem niederländischen NEIN erledigt. Das ist aber keineswegs der Fall. Zwar hat im Juni ein europäischer Ratsgipfel beschlossen, den Vertrag „auf Eis zu legen“. Das heißt aber weder, dass man das Projekt aufgegeben hätte, noch dass der Ratifizierungsprozess generell unterbrochen wäre, auch wenn in einer Reihe von Ländern wie z.B. in Großbritannien die Abstimmungen erst einmal ausgesetzt wurden. Andere, wie Malta und Luxemburg haben dagegen den Vertrag gerade ratifiziert. Der deutsche Präsident Horst Köhler hat das vom Bundestag verabschiedete Ratifizierungsgesetz noch nicht unterschrieben, da noch eine Klage dagegen beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist. Die Befürworter des Verfassungsvertrags hoffen, die Bevölkerung schließlich doch noch vom Nutzen des Vorhabens überzeugen zu können: am Grundkurs soll sich nichts ändern. Wirkliche Lehren aus dem Debakel werden amtlicherseits nicht gezogen. Außerdem schmiedet man bereits Pläne für den Fall, dass die Ratifizierung endgültig scheitern sollte. Wesentliche rechtliche Eckpunkte des Vertrages sollen gewissermaßen durch die Hintertür eingeführt werden. So hat das Europäische Parlament (EP) mit großer Mehrheit bereits im April - vor den Referenden in Frankreich und Holland - Beschlüsse zur „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) und der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) gefasst.

Fortgesetzte Militarisierung trotz NON und NEE

So bekundet das EP „die Auffassung, dass der Geist (und der Inhalt) der Vorschriften“ der EU-Verfassung „die die GASP betreffen, ab sofort angewandt werden sollten.“ Die große Mehrheit der EU-Parlamentarier ist der Auffassung, dass zu wenig Geld für Rüstung ausgegeben wird. „Die bestehende Finanzierung der GASP und der ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) ist sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht ... völlig unzureichend.“ Das EP fordert daher „die Verfügbarkeit ausreichender Haushaltsmittel für die Verwirklichung von Rüstungsinitiativen, die von der EVA (Verteidigungsagentur) geleitet werden. ... Die Agentur soll der Ausrüstung und Bewaffung der ‚Battle Groups‘ eine *besondere Aufmerksamkeit widmen*.“

Das EU-Parlament ruft also dazu auf, alle demokratischen Prinzipien über Bord zu werfen und die Entscheidungen von nationalen Parlamenten und Volksabstimmungen schlicht und einfach zu ignorieren. Tatsächlich arbeitet die in dem Verfassungsentwurf vorgeschlagene *Verteidigungsagentur* bereits seit November 2004 mit einem Etat von 25 Mio. Euro und 80 Mitarbeitern.

„Plan B“ - Brüssel kann auch ohne Rechtsgrundlage

Unmittelbar im Vorfeld des Abschlussgipfels zum Verfassungsvertrag ließen die deutsche und französische Regierung erkennen, dass sie an Plänen für den Fall schmieden, dass der Ver-

Kernpunkte zivilgesellschaftlicher Kritik am EU-Verfassungsvertrag

- Der Vertrag enthält in seinen 448 Artikeln mit zusätzlich 36 Protokollen und 30 Erklärungen eine monströse Fülle von Detailregelungen, die niemals in eine Verfassung gehören, weil sie Gestaltungsoffenheit verhindern.
- Die ohnehin schon mächtige EU wird durch den Verfassungsvertrag noch mächtiger, die nationalen Parlamente werden zu Umsetzungsinstanzen für EU-Direktiven herabgestuft.
- Dem EU-Parlament werden nach wie vor grundlegende Rechte vorenthalten.
- Die Ausübung der Grundrechte wird relativiert durch die Bestimmung, sie erfolge „im Rahmen“ der in anderen Teilen der Verfassung festgelegten Bedingungen und Grenzen (Art. II-112).
- Die Mitgliedstaaten werden zu kontinuierlicher Aufrüstung verpflichtet und die Selbstermächtigung zu weltweiten Kampfeinsätzen ohne UNO-Mandat wird ermöglicht.
- Zahlreiche Formulierungen im Text verleihen einer neoliberal orientierten Wirtschaftsordnung Verfassungsrang. Die Sozialbindung des Wirtschaft und des Eigentums wird vernachlässigt.
- Die EU wird mit dieser Verfassung noch stärker auf die Politik der Welthandelsorganisation WTO eingeschworen; damit werden Sozialabbau und Kommerzialisierung öffentlicher Güter beschleunigt.

trag in nationalen Referenden scheitern würde. Der französische Außenminister und ehemalige Kommissar für die institutionellen Reformen Michel Barnier wurde mit dem Vorschlag zitiert: „Wir müssen in den Verfassungstext Vorgaben einfügen, die uns auch dann (nach dem Scheitern, die Autoren) in bestimmten Bereichen eine Weiterentwicklung ermöglichen.“ Die hierfür notwendigen Verfahren wurden laut Barnier zwischen den Außenministerien Berlins und Paris abgestimmt. Wie diese jedoch im Einzelnen aussehen, darüber ließen beide Regierungen die Partner und die Öffentlichkeit im Ungewissen.“ (Andreas Maurer, u.a.: Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. SWP-Studie, März 2005, S. 43)

Hatte die Bertelsmann-Stiftung und das Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) schon damals den Auftrag, einen Entwurf für einen Vertrag zur Reform des Nizza-Vertrages vorzulegen, der im Juni 2005 veröffentlicht wurde? In diesem Entwurf werden die zentralen neoliberalen und militaristischen Artikel des Verfassungsentwurfs rechtlich abgesichert (http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Vertrag.pdf). Die CAP-Autoren schlagen vor, in der nun eintretenden Zwischenphase soviel wie möglich Bestimmungen irreversibel in die Praxis umzusetzen: „Die frühzeitige Implementierung bestimmter Verfassungsneuerungen wird nicht nur die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU-25 verbessern. Darüber hinaus werden politische Tatsachen geschaffen, von denen die EU-Mitgliedstaaten auch im Falle eines endgültigen Scheiterns der Verfassungsratifikation nur schwerlich abrücken können.“

Kriegsbereit binnen fünf Tagen...

Gerettet und legitimiert soll insbesondere das sog. „Protokoll über die ständig strukturierte Zusammenarbeit“, das im Juni 2004 als Anhang in dem Verfassungsentwurf verankert wurde, „An der ständig strukturierten Zusammenarbeit ... kann jeder Mitgliedsstaat teilnehmen, der sich ... verpflichtet ..., spätestens 2007 über die Fähigkeit zu verfügen ... bewaffnete Einheiten bereitzustellen, die ... taktisch als Kampfgruppen konzipiert ... und fähig sind, innerhalb von fünf bis 30 Tagen Missionen ... aufzunehmen.“ Damit wird die „Fähigkeit“ gefordert, binnen fünf Tagen einen Krieg vom Zaun zu brechen. Im Protokoll heißt es weiterhin, die an der „SSZ teilnehmenden Mitgliedstaaten verpflichten sich ... gegebenenfalls ihre nationalen Beschlussfassungsverfahren zu überprüfen“. Damit ist gemeint, dass ein Verfassungsverbot von Angriffskriegen oder ein Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen den zitierten hehren Zielen, etwa kriegsbereit in fünf Tagen zu sein, im Weg steht und daher „ü-

berprüft“, sprich beseitigt werden muss. Das zielt nicht zuletzt auf das Grundgesetz, das Auslandseinsätze nur zu Verteidigungszwecken kennt, und auf die bisherige Festlegung, wonach Auslandseinsätze im Bundestag beschlossen werden müssen. Insgesamt, so Tobias Pflüger, parteiloser Europaparlamentarier, geht es darum, „das militärische Kerneuropa zu institutionalisieren und detailliert zu regeln“. Die Friedenswerkstatt Linz, Österreich, stellt fest: „Wir müssen davon ausgehen, dass die SSZ - das militärische Kerneuropa - zum eigentlichen Machtzentrum der EU wird. Mit der SSZ schält sich eine Struktur heraus, die den Führungsanspruch des Militärisch-Industriellen Komplexes in den Verfassungsrang erhebt.“

Milliarden für Rüstung...

Nach Plänen der EU-Kommission soll die EU ab 2007 jährlich bis zu zwei Milliarden Euro allein in die Rüstungs- und Sicherheitsforschung stecken. Die EU mit einem Verteidigungsgesamthaushalt aller Länder von 160 Milliarden Euro soll zu einem „globalen Akteur“ werden, der global auch mehrere Einsätze gleichzeitig ausführen können muss. Konkret umgesetzt wird dieses Ziel durch das sog. Headlinegoal 2010, das auch im Juni verabschiedet wurde. In den Medien wurde dieser „ambitionierte Fahrplan in Richtung globale Kriegsfähigkeit“ wie das die Friedenswerkstatt Linz bezeichnet, weithin verschwiegen. Im „Headlinegoal 2010“ werden die Meilensteine benannt, mit denen die EU bis 2010 „als globaler Akteur“ in der Lage sein soll „mit raschen und entscheidenden Aktionen das volle Spektrum an Krisenmanagement-Operationen“ abzudecken.

Bis 2010 soll die EU dadurch in der Lage sein, weltweit „Entwaffnungsaktionen“ durchzuführen. Die beiden EU-Militärwissenschaftler Gerald Quille und Fraser Cameron bekennen offen, dies könne „vom Schutz von UN-Inspektoren bis zu einer Invasion á la Irak“, schlichtweg alles beinhalten. Gegen militärpolitische, sicherheitspolitische Entscheidungen des Ministerrates kann vor dem EUGH nicht geklagt werden, das EP wird nicht beteiligt, die alleinige Zuständigkeit der EU in allen Fragen der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entzieht auch den nationalen Parlamenten die Kontrolle und Entscheidungsbefugnis. Das bedeutet in der Konsequenz, dass die EU völkerrechtswidrige militärische Interventionen in aller Welt durchführen kann, für die sich die Kriegstreiber vor keinem Parlament und keinem Gericht zu verantworten haben!

Der einzig vorwärts weisende Weg: Europa von unten

Es kann kein soziales und friedliches Europa ohne Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geben. Deshalb wird die durch das doppelte Nein gewonnene Zeit nur dann wirklich genutzt werden können, wenn die Initiative für die europäische Entwicklung nicht mehr denen überlassen bleibt, die für die Bürgerferne ihrer Politik gerade die Quittung erhalten haben. - Deshalb muss jetzt endlich eine öffentliche Debatte ohne Zeitdruck über die Zukunft der EU ermöglicht werden. - Deshalb darf der Ratifizierungsprozess über den vorliegenden untauglichen Text nicht weitergehen. - Ein neue Verständigung über die Grundlagen des europäischen Zusammenlebens muss nicht nur zu neuen Inhalten führen, sondern auch eine Form annehmen, die die Gestaltung von unten ermöglicht und in dem Initiativen aus der Zivilgesellschaft eine Chance haben.

EU-Regionalforen europaweit, auch in der Region Stuttgart!

Mit der Idee von Versammlungen von unten, „Ateliers de Participation“, dezentral, europaweit, an vielen Orten, gleichzeitig an einem Tag, kann ein Zeichen für ein demokratisches, soziales, friedliches und ökologisches Europa gesetzt werden. Wir wollen regionale Initiativen unter breiter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Bewegungen und globalisierungskritischen, ökologischen, friedenspolitischen, kirchlichen, Nord-Süd, gewerkschaftlichen und anderen Zusammenhängen in ganz Europa und Zukunftsentwürfe für ein anderes Europa von unten entwickeln.

Am **4. März 2006** beteiligen wir uns an einem „Europaweiten Tag der Ateliers participatifs“, beim Europäischen Sozialforum in Athen Frühjahr 2006 werden die Vorschläge aus diesen Ateliers diskutiert. Zur Vorbereitung wollen wir in der Region Stuttgart bereits am **26. November 2005** ein erstes regionales Treffen organisieren (EU-Regionalforum der Region Stuttgart). Zur Mitarbeit wird herzlich eingeladen.

Elmar Altvater

Mögliche Welten

Wie eine solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft aus den Krisen der kapitalistischen Gesellschaft erwachsen kann

Abschlusskapitel aus dem neuen Buch „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“; mit freundlicher Genehmigung des Autors

„Wo bleibt das Positive?“, fragt Erich Kästner. Die Frage ist nach einer ausführlichen Analyse des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, berechtigt. „Es genügt nicht, das Bestehende darzustellen, notwendig ist es, an das Erwünschte und an das Mögliche zu denken“ (Gorki nach Bloch 1973: 1602). Denn der Kapitalismus gerät nicht nur an sein Ende, so als ob danach nichts wäre. Es gibt nicht nur die wirkliche Welt, so wie sie sich uns darbietet, sondern auch mögliche Welten, die geschaffen werden können. Wie eine solidarische und nachhaltige Ökonomie und Gesellschaft aus den Krisen der kapitalistischen Gesellschaft erwachsen kann, ist im achten Kapitel vorgestellt worden. Unterscheiden sie sich positiv von der gegenwärtigen Welt oder eher nicht? Sind sie also eine mögliche Antwort auf die Kästner-Frage? Diese Ungeklärtheit hat **Leibniz** beunruhigt und er hat dann nach dem zureichenden Grund gefragt, warum gerade die wirkliche Welt aus unendlich vielen Möglichkeiten als „beste aller möglichen Welten“ entstanden ist. Er hatte die Antwort parat: es ist der Ratsschluss Gottes, der die beste Wahl getroffen hat. Dies war Thema im ersten Kapitel dieser Schrift; die Verkörperung des Positiven ist die jeweils gegebene historische Wirklichkeit. Im letzten Kapitel soll es hingegen darum gehen, ob und wie sich andere Welten jenseits des Kapitalismus perspektivisch auftun. Wir können nicht die gegebene Wirklichkeit rechtfertigen, **wir müssen uns mit Utopien beschäftigen.**

Auch für Robert **Musil** sind die Möglichkeiten nicht weniger wirklich als die Wirklichkeit. Im „Mann ohne Eigenschaften“ führt er aus: Die Möglichkeiten haben „etwas sehr Göttliches in sich, ein Feuer, einen Flug, einen Bauwillen und bewußten Utopismus, der die Wirklichkeit nicht scheut, wohl aber als Aufgabe und Erfindung behandelt.... **Es ist die Wirklichkeit, welche die Möglichkeiten weckt, und nichts wäre so verkehrt, wie dies zu leugnen...**“ (Musil 1978: 16f.). Die wissenschaftliche Analyse der wirklich gewordenen Welt wäre demnach unvollkommen, wenn nicht auch die Potenzialitäten, die in ihr enthalten sind, erkundet und durch Praxis verwirklicht

würden. „Das wirklich Mögliche beginnt mit dem Keim, worin das Kommende angelegt ist“, formuliert Ernst **Bloch** (1973: 274). Dieses kommt nicht von außen über uns. Es wird als wirklich werdende Möglichkeit praktisch entfaltet, nach einem utopischen Bauplan. Daran wirken viele mit, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, Genossenschaften und viele andere.

Die Kraft der Utopie

Mit der globalisierungskritischen Bewegung zu sagen, dass „eine andere Welt möglich“ sei, ist daher eher eine Verkürzung, weil es **die mögliche Welt nur im Plural** gibt und weil aus den vielen Möglichkeiten durch soziale Praxis die historische Wirklichkeit gestaltet wird. Naturwissenschaftler würden mit dem Begriff der Wahrscheinlichkeit argumentieren. Nur die wahrscheinlichste unter den vielen möglichen Welten hat die Chance, real zu werden. Wovon hängt die Wahrscheinlichkeit ab? Einmal von der beherrschenden „normativen Kraft des Faktischen“, also von den Sachzwängen, denen sich die konservativen „Realisten“ beugen und die sie mit ihren politischen Praxen exekutieren. Doch ist es **auch die Kraft der Utopien**, der gesellschaftlichen Alternativentwürfe derjenigen, die die Wirklichkeit nicht für bare Münze nehmen, sondern daran gehen, sie zu verändern, wodurch die Wahrscheinlichkeit der Verwirklichung einer anderen Welt größer wird. Die Zukunft ist offen, und sie wird gemacht. Die Rahmenbedingungen können beeinflusst werden, die die Wahrscheinlichkeiten für die Realisierbarkeit der einen Welt unter den vielen Möglichkeiten bestimmen. Zum Teil werden die Rahmenbedingungen aus der Vergangenheit mitgeschleppt, zumal dann, wenn sie als Infrastruktur in Beton gegossen und in Stein gehauen sind. Zum Teil werden sie immer wieder neu extern aufgebaut, z. B. durch Strukturanpassungsprogramme der internationalen Finanzinstitutionen, die keine Alternativen zum „Konsens von Washington“ zulassen. Das kann den Flug der Utopie be-

lasten, so dass sie nicht von der Stelle kommt, und der Praxis ihre verändernde Kraft nehmen. Die Fortsetzung des Gegebenen, „the same procedure as every year“, werden zur dominanten Handlungsmaxime.

Das Scheitern der abstrakten Bilder einer anderen Welt

Die **konkrete Utopie** im Sinne von Ernst Bloch ist etwas anderes als die **abstrakte Utopie** jener Utopisten, die der schlechten Realität nur das Bild des Schönen und Besseren vorhalten, ohne zu zeigen, wie sich die Utopie konkret aus den sozialen Bedingungen entfalten kann und welche Subjekte mit welchen Praxen für die Entfaltung sorgen. Die Versuche, die Gesellschaft nach dem abstrakten Bild einer anderen Welt zu formen, werden an den Schreibtischen von „Sozialingenieuren (aus reiner Vernunft)“ ausgedacht (Bloch 1973: 676). Sie können nur scheitern. Allerdings besteht die Alternative nicht darin, dass nun wissenschaftliche Analyse und Extrapolation an die Stelle der utopischen Antizipation mit ungeeigneten Mitteln gesetzt werden. Das Pochen auf wissenschaftlicher Objektivität und die Überzeugung, dass Geschichte gemäß „eherner“ Gesetze ablaufen würde, schwächt den Willen zur Praxis erst recht (Bloch 1973: 677). Die Utopie darf also nicht abstrakt der schlechten Wirklichkeit ein goldenes Zeitalter entgegensetzen und die Wissenschaft darf sich nicht darauf beschränken, „Bewegungsgesetze“ der Gesellschaft, in der wir leben, herauszuarbeiten. Hier setzt auch feministische Kritik der politischen Ökonomie an. „The End of Capitalism (As We Knew It)“ wird vor allem als Diskurs verstanden, als Dekonstruktion der marxistischen politischen Ökonomie, die alternativen Interpretationen und Bewegungen wenig Raum lässt (Gibson-Graham 1996). Dies ist wichtig, ersetzt aber nicht eine Analyse der wirklichen Grenzen kapitalistischer Akkumulation (innere Widersprüche und natürliche Grenzen der Energieversorgung) und die konkrete Utopie, die sich der Potenzialitäten versichert.

Konkrete Utopie, schwere Anker

Die konkrete Utopie umschließt Begriff und Vorgriff gleichermaßen oder: „Marxismus... ist nur dann eine Anweisung zum Handeln, wenn er in seinem Griff zugleich ein **Vorgriff** ist: das konkret-antizipierte Ziel regiert den konkreten Weg“ (Bloch 1973: 678). Das ist von **Marx** in den „Thesen über Feuerbach“, in der berühmten 11. These, vorweggenommen: „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.*“ (vgl. Marx, MEW Bd. 3, S. 7)

Doch die konkrete Utopie ist mit **schweren Ankern** im realen Grund der kapitalistischen Gesellschaft fest gemacht und kann sich daher nicht einfach auf große Fahrt begeben. Die Kästner-Frage ruft nämlich unbedingt eine Mahnung Antonio **Gramsci's** in Erinnerung: In den fortgeschrittenen Staaten ist die bürgerliche Gesellschaft *zu einer sehr komplexen, den katastrophenhaften ‚Einbrüchen‘ des unmittelbar ökonomischen Elements (Krisen, Depressionen etc.) gegenüber widerstandsfähigen Struktur geworden...*“ (Gramsci 1967: 345f). Wie richtig das ist, zeigt die Erfahrung. Auf diese bezieht sich auch **Georg Fülberth** (2005), um seiner Skepsis hinsichtlich eines möglichen Zusammenbruchs des Systems Ausdruck zu verleihen. Aus seinen großen Krisen ist das kapitalistische System im „Zeitalter der Extreme“ (**Hobsbawm** 1995) letztlich gestärkt hervorgegangen. Die gesellschaftlichen und politischen Transformationen im Gefolge der großen Krisen des 20. Jahrhunderts haben unendlich viele Opfer unter den Diktaturen und in den Kriegen gekostet, und es könnte sein, dass sich das 21. Jahrhundert davon nicht positiv unterscheiden wird.

Die in bestimmten historischen Situationen enthaltenen Möglichkeiten sind dann mit brutaler Gewalt durch die Verteidiger des Staus quo zunichte gemacht worden. Dies wiederholt sich auch heute, wie wir im achten Kapitel gesehen haben. **Die möglichen Welten befinden sich also nicht auf einer Angebotspalette zur freien Auswahl.** Es regieren auch nicht abstrakt-neutral die Wahrscheinlichkeitsrechnung oder der Ratschluss Gottes. Die wirkliche Welt ist das Resultat von Auseinandersetzungen, von sozialen Kämpfen.

Stellungskrieg

Gramsci hat nicht nur die Festigkeit der bürgerlichen Gesellschaft trotz oder sogar

wegen ihrer Krisen hervorgehoben, sondern auch die Frage nach den Bedingungen aufgeworfen, unter denen die Hegemonie des Bürgertums unterminiert und durch die Hegemonie der subalternen Klassen bzw. der politischen Linken ersetzt werden kann. Er hat dabei nationalstaatlich verfasste Gesellschaften mit ihrer jeweiligen Kultur und Geschichte vor Augen gehabt und diese waren entscheidend für die Resistenz der Strukturen der zivilen Gesellschaft gegenüber den Schocks der ökonomischen Krise. Er hat die Komplexität der hegemonialen Auseinandersetzungen als einen „Stellungskrieg“ beschrieben, weil angesichts der Kasematten der zivilgesellschaftlichen Institutionen der frontale Bewegungs- und Angriffskrieg in den vielen Verteidigungsringen stecken bleibt. Die Darstellung in der Begrifflichkeit des Militärs ist ein Problem, aber die Botschaft ist deutlich. **Heute** ist die von Gramsci beschriebene Lage **ungleich schwieriger**, weil die Strukturen der Zivilgesellschaft von **globalen** ökonomischen Prozessen, politischen Konflikten und Klassenverhältnissen beeinflusst sind. Wie die Macht im globalen Raum, in Ökonomie, Politik, Gesellschaft verteilt ist, so auch die schützenden Kasematten der Institutionen der global governance. Diese sind durch die Bastionen mächtiger Nationalstaaten geschützt, die möglichen Herausforderern **keinen toten Winkel bieten**, aus dem sie agieren könnten. Es kommt hinzu, dass auch die konkreten Utopien in der Welt je nach Erfahrungen, Kulturkreis, ökonomischer Entwicklung und Nationalität verschieden sind und die Pluralität der Möglichkeiten in Zeiten der Globalisierung eine geographische Dimension besitzt.

Die äußeren Grenzen der Natur

Gramsci hat eine andere wesentliche Entwicklung nicht bedenken können, die in dieser Schrift im Zentrum steht: Dass der Kapitalismus und die ihm angemessenen Strukturen der Zivilgesellschaft nicht wegen der inneren Widersprüche und Krisen sondern vor allem wegen der äußeren Grenzen der Natur an Schranken stößt. Die **zur Neige gehenden Ölreserven** können den Reproduktionsmodus des Kapitalismus destabilisieren. Gegenüber gesellschaftlichen Konflikten und gegenüber ökonomischen Krisentendenzen können Gesellschaft und Politik, wie Gramsci ausführt, stabilisierende Abwehrmechanismen entwickeln. Gegenüber den Grenzen der Natur auf der Seite der Ressourcen (vor allem Peakoil) und der Senken (Klimakollaps) ist dies un-

gleich schwieriger und vielleicht sogar (ich drücke mich vorsichtig aus) hoffnungslos. **Die geforderte Veränderung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses ist so radikal, dass die tradierten Reproduktionsformen des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, und mit ihm die Hegemonie des Bürgertums in Frage gestellt sind.** Es wird an den Grenzen des fossilen Energieregimes erst so recht deutlich, wie zentral das gesellschaftliche Naturverhältnis für die ökonomische Reproduktion des Systems, für politische Herrschaft, für die Hegemonie der Herrschenden ist. Auch wird klar, wie mangelhaft der Großteil der sozialwissenschaftlichen Literatur ist, weil das gesellschaftliche Naturverhältnis in aller Regel jenseits des Horizonts der Erkenntnis und zumeist auch der theoretischen Neugier platziert wird. Die Grenze der Natur erscheint als eine Entwicklungsblockade, durch die viele Möglichkeiten ausgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere für alle jene Utopien, die von den planetaren Ressourcen als einem Füllhorn, aus dem in alle Ewigkeit geschöpft werden könne, ausgehen. **Utopien auf dieser Basis** stellen sich als **abstrakt** dar, weil sie durch konkrete Praxis und in den daraus folgenden Entwicklungen gar nicht erreichbar sind. Sie können sich nicht aus der wirklichen Welt entfalten, dazu fehlt die Potenzialität. Zugleich sind die **Grenzen der Naturressourcen** aber eine **Wegscheide**, an der sich neue Möglichkeiten öffnen, über die zu rasonieren auf der Grundlage des fossilen Energiesystems unangemessen und unmöglich war. Die Entwicklungsbahn wird also gewechselt. Dies geschieht nicht von selbst, und auch nicht von heute auf morgen. Doch wie lang kann die Übergangsperiode überhaupt sein?

Dramatik von Peakoil

Eine andere Welt ist möglich, wie von der globalisierungskritischen Bewegung optimistisch postuliert wird. Eine andere Welt ist notwendig, sagen diejenigen, die sich der Dramatik von Peakoil bewusst sind und davon ausgehen, dass in historisch kurzer Zeit, innerhalb von wenigen Jahren oder Jahrzehnten eine grundlegende Veränderung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden muss: weg von den fossilen Energieträgern und hin zu erneuerbaren Energien. Das ist keine technische Frage, obwohl die energiepolitischen Alternativen zumeist darauf reduziert werden, die Effizienz von Förderung, Transport und Verbrennung fossiler Energien zu erhöhen (vgl. beispielsweise den Hirsch-

Report 2005). Die Frage löst vielmehr **hegemoniale Auseinandersetzungen** aus, Konflikte mit den Vertretern der fossilen Energiehändler, den großen Versorgungsunternehmen und vor allem den Atomkraftbetreibern, die die nukleare Energie als Alternative zu dem zur Neige gehenden Öl ausgeben.

Neue Spielräume

Die Alternativen der solidarischen Ökonomie und der nachhaltigen Gesellschaft sind im achten Kapitel diskutiert worden. Die solidarische und nachhaltige Ökonomie ist nichts weniger als die Parteiergreifung für die „Utopisten“ mit Möglichkeitssinn. Es werden die Chancen ergriffen, die die heutige Entwicklung bietet, und zur Verwirklichung der möglichen Welt genutzt. Dies geschieht immer in einer globalen politischen Auseinandersetzung mit den „Realisten“, die den Sachzwängen des fossilen Regimes gehorchen, obwohl dieses zu Ende geht. In dieser Auseinandersetzung können neue Spielräume für heute noch gar nicht absehbare Alternativen gewonnen werden. Wie sind die vielen kleinen lokalen Initiativen in Richtung einer solidarischen und solaren Gesellschaft in den globalen Kontext einzuordnen? Und wie ist das Verhältnis zu makroökonomischen Politikalternativen? Was treibt die Bewegungen an, sich für Alternativen, für eine solidarische Ökonomie, für eine solare Gesellschaft einzusetzen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen müssen wir die Zeit berücksichtigen. Auf der **Zeitstrecke von der Vergangenheit in die Gegenwart** fühlen wir uns einigermaßen zu Hause und daher sicher auf bekanntem Grund. Man kann über Interpretationen von Statistiken, Berichten, Analysen streiten. Aber was geschehen ist, kann nicht rückgängig gemacht oder verändert werden. Für die Analyse der Gegenwart als Geschichte gibt es Regeln, die auf wissenschaftlichen Methoden basieren, an die sich „der kälteste Detektiv“ (Bloch 1973: 1621) zu halten hat. Dennoch ist sie nicht „objektiv“, sie ist umstritten. Man kann sich ja seine eigene Geschichte im Nachhinein zusammenreimen oder zusammenfälschen. Man kann so eine falsche Identität erzeugen, aber man kann das Falsche nicht wahr machen und der Zukunft auf diese Weise ein Fundament geben. Irgendwann wird das Gefälschte als solches erkannt. Man muss also um die Interpretation der Geschichte kämpfen, und je näher sie an der Gegenwart liegt, umso heftiger.

Die Sicherheit der Analyse als „nachträglicher Prognose“ gibt es auf der **Zeitstrecke von der Gegenwart in die Zukunft** nicht. Wir haben keine Analysen des noch nicht Geschehenen, und Prognosen sind nie in aller Regel jämmerlicher Ersatz. Wissenschaftler beanspruchen nämlich, die Resultate von Handlungen vieler Menschen vorhersehen und die Wechselbeziehungen der Zukunft kalkulieren zu können, ein aberwitziges Unterfangen. Meistens wird die Gegenwart verlängert, als Gegenwart plus, Zukunft genannt. **Wo Alternativen fehlen, geht die Hoffnung verloren.** Der Optimismus, der aus Gottfried Wilhelm Leibniz' philosophischer Ableitung zu entnehmen ist, dass die jeweils gegenwärtige Welt auch die beste aller möglichen Welten sei, kann heute mit noch mehr Berechtigung als in Voltaires „Candide“ vor dreihundert Jahren mit Hohn und Sarkasmus bedacht werden. Wenn die „beste aller möglichen Welten“ überhaupt zustandekommt, dann durch reflexive Praxis der Menschen selbst, durch einen diskursiven Prozeß „kollektiver Forschung“, wie der italienische Linkssozialist **Lelio Basso** in den 60er und 70er Jahren schrieb. Das ist die Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Utopie.

Manche Utopien müssen ausgesondert werden

Die vielen praktischen Initiativen in der Welt sind Anlass genug, um aus der Fatalität der Alternativlosigkeit herauszukommen. Es gibt eine Art Curriculum für die Zeitstrecke von der Gegenwart in die Zukunft. Dieses ist aber kein „Abbild“ der real gewordenen Welt, das nur die Klarheit der Faktizität vermissen lässt. Vorhersehen, so Antonio Gramsci, bedeutet, *„Gegenwärtiges und Vergangenes als in Bewegung befindlich gut zu beobachten. Gut beobachten heißt, die fundamentalen und permanenten Elemente des Prozesses genau zu identifizieren. Es ist aber absurd, an eine rein ‚objektive‘ Voraussage zu denken...“* (Gramsci 1967: 319). **Die Zukunft ist kein aus Vergangenheit und Gegenwart zu verlängerndes Faktum**, sie wird gemacht. Sie ist *„nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelt des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken.“* (Engels: MEW Bd. 19, S. 210). Also geht es um die Potenzialität in den gegenwärtigen Verhältnissen. Aber diese enthalten nicht nur eine Zukunft sondern **viele mögliche Zukünfte**. Daher kann es gar nicht nur um die Entdeckung der „vorliegenden

materiellen Tatsachen der Produktion“ gehen, sondern um die Konkretisierung von Utopien und die Auseinandersetzung um deren praktische Umsetzung. Denn „die materiellen Tatsachen der Produktion“ in die Zukunft projizieren zu wollen, ist sinnlos, wenn die energetische Basis der Produktion, wenn die Kongruenz von Kapitalismus, Rationalität, Industriesystem und fossilen Energien Risse bekommt und nicht gewährleistet ist. Das Überschreiten des Höhepunktes der Ölförderung ist also auch ein Bruchpunkt für gesellschaftliche Alternativentwürfe. **Manche Utopien**, die ein funktionierendes fossiles Energieregime voraussetzen, das es nach Peakoil nicht mehr gibt, werden unkonkret und im schlechten Sinne abstrakt und müssen aus der Vielfalt der möglichen Welten **ausgesondert** werden. Dies gilt für die technischen Zukunftsentwürfe auf der Basis der „materiellen Tatsachen der Produktion“ mit **Automatisierung** von Betrieben und Haushalten, unbegrenzter Mobilität und einem Konsumgüterangebot, das keine Wünsche offen lässt. **Andere Utopien werden nach Peakoil konkret**, die es zuvor nicht gewesen sind, so lange das Öl reichlich zur Verfügung stand. Die **Regionalisierung** der Weltwirtschaft, die **Verlangsamung** von Produktion und Transport („Entschleunigung“), die „Dekompression“ von Zeit und Raum, die **Deglobalisierung** also, werden nicht nur Idee bleiben. Sie sind Möglichkeiten, die notwendigerweise in Realität umgesetzt werden müssen. Dabei sind viele Variationen möglich. Wie Freiheit, Gerechtigkeit, gutes Leben realisiert werden, ist nicht vorgegeben. Nur das Terrain wird bestimmt und benannt, auf dem die konkrete Utopie zur Wirklichkeit wird.

Endlichkeit der Ressourcen

Viel hängt also von der Einschätzung der weiteren Verfügbarkeit des Öls ab. Dass das Öl und andere fossile Energieträger zu Ende gehen, bestreitet niemand. Denn an der Endlichkeit der Ressourcen kann kein irdisches Wesen etwas ändern. Umstritten ist der Zeitrahmen. Wird der Höhepunkt der Ölförderung (Peakoil) in wenigen Jahren überschritten oder erst in einigen Jahrzehnten? Eine Antwort ist schwierig wie die Analyse im siebenten Kapitel gezeigt hat. Nur eines ist sicher. An Alternativen zum fossilen Energieregime muss gearbeitet werden, bereits heute oder allerspätestens morgen. Doch wird die Alternative sich in die Zwangsjacke der Infrastrukturen des fossilen Energieregimes stecken lassen oder als konkrete Utopie eine mögliche andere

Welt imaginieren, die auf **erneuerbaren Energien** gründet? Auch wenn Peakoil noch Jahrzehnte entfernt sein mag, findet die Auseinandersetzung um diese Kernfrage schon heute statt. Die konservativen Statthalter des status quo spielen auf Zeit, auch in der neoliberal erzeugten Hoffnung, dass schon eine technische Lösung des Energieproblems gefunden werden kann, wenn nur die Preise der Energieträger steigen und Investitionen in die Förderung von unkonventionellem Öl (Ölsand und -schiefer, Teeröl, Tiefseeöl) und in Nukleartechnik, vor allem in Fusionsreaktoren rentabel werden. Dann könnten auch alle materiellen Infrastrukturen (etwa für Automobile) weitergeführt werden, das Herrschaftssystem könnte weiterhin so funktionieren wie seit Beginn des fossilen Zeitalters. Auch die Lebensweisen, die Konsum- und Produktionsmuster und mit ihnen die fossilen Deutungsmuster der politischen Kultur könnten weitergeführt und fortgeschrieben werden. **Und der Kapitalismus wäre nicht am Ende, wenn die Grenzen der Natur sich als nicht existent herausstellen.** Er würde möglicherweise weniger rationell und effizient funktionieren, wenn nicht mehr das arabische Leichtöl zur Befriedigung der steigenden globalen Nachfrage nach Öl in die Raffinerien gepumpt werden könnte, sondern die unkonventionellen Öle mit hohem Energieaufwand gefördert und raffiniert werden müssten. Aber die höheren Kosten könnten ja durch Umverteilung **zu Lasten der Arbeiter** und durch **weitere Schädigung der Natur** vom Kapital abgewälzt werden. Konflikte würden dann auf jeden Fall zunehmen. Aber sie würden nicht um ein alternatives Energieregime geführt. Sie passen in die traditionelle Logik von **Verteilungskonflikten**, mit deren Austragung die herrschenden Klassen im Verlauf der Jahrhunderte viele Erfahrungen haben sammeln können. Der Ausbau der Nukleartechnik hätte eine in den Bereich des Unkontrollierbaren wachsende Gefahr der Weiterverbreitung atomarer Waffen zur Folge. Das wäre die schwärzeste aller Utopien, ein zukünftiger atomarer Konflikt, der der Erde die Hölle auf Erden brächte.

Abkehr vom Produktivismus

Dies ist anders, wenn Nachhaltigkeit und Solidarität zu Leitbildern einer konkreten Utopie werden. Dann stehen nicht nur die Energiequellen zur Disposition, sondern auch die Verwendungsweisen. Die Infrastruktur müsste angepasst werden, wenn

beispielsweise Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse nicht mehr mit dem Automobil im Individualverkehr befriedigt werden, wenn die Stadtplanung nicht mehr Wohnen, Arbeiten, Erholung auseinanderreißt, sondern auf Nähe der Lebensbereiche achten muss, wenn die Häuser so gebaut werden, dass sie nicht im Winter beheizt und im Sommer gekühlt werden müssen. Das sind dann gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die nicht allein auf lokaler Ebene bewältigt werden können. Daher kommt es auf die Einbettung in ein alternatives Projekt an, das eine **Veränderung der Zeitstrukturen zwischen Arbeit und Reproduktion** ebenso einschließt wie die **Entkopplung von monetären Einkommen von der Leistung**. Das ist **mehr als** die in jedem Alternativprogramm geforderte **Arbeitsverkürzung**, da die Veränderung der Zeitstrukturen angepeilt wird. Diese ist nämlich keine selbstverständliche Folge der Verkürzung von Arbeitszeit. Das läuft auf eine Abkehr vom Produktivismus hinaus, der mit der industriell-fossilen Revolution entstand und das Leben der Menschen unterworfen hat und den Bedingungen der Verwertung und Akkumulation von Kapital so fantastisch entsprochen hat, dass der Kapitalismus in den vergangenen etwa zweihundert Jahre wahre Triumphe bei der Produktion des Wohlstands feiern konnte. Die Kehrseiten sind die bereits diskutierten vernichtenden ökonomischen und sozialen Krisen, die sozialen Ungerechtigkeiten bis zur Ausgrenzung großer Teile der Menschheit von der Nutzung des produzierten Wohlstands, manches Mal mit einer Gewalt, die nicht nur für Exclusion sorgt, sondern die soziale und manchmal sogar physische Extinction von Menschen zur Folge hat. **Auch die Zerstörungen der Natur können nur angehalten werden, wenn die für den Produktivismus nützliche Ressourcenplünderung und die Überlastung der Sphären der Natur aufhören...**Es ist kaum vorstellbar, dass so grandiose Aufgaben wie die Realisierung einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft bewältigt werden können ohne die Bereitstellung einer Vielfalt von öffentlichen Gütern auf lokaler, nationaler und globaler Ebene und ohne eine Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik, die nicht die konservativen Statthalter des status quo unterstützt, sondern sich den Alternativen von Nachhaltigkeit und Solidarität öffnet.

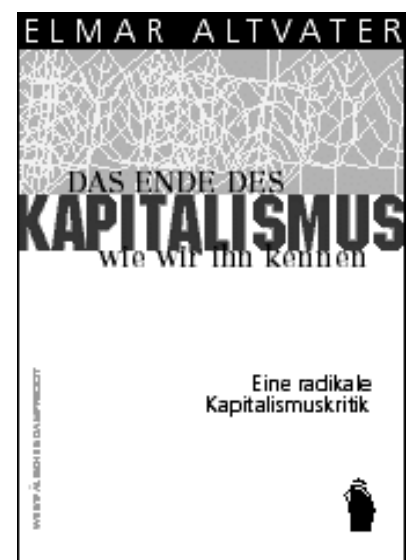
Thermodynamischen Ökonomie

Beim Nachdenken über Alternativen, bei der genauen Beobachtung der Transakti-

onen innerhalb des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, wird man auf die nützlichen Instrumente der politischen Ökonomie und der thermodynamischen Ökonomie nicht verzichten können. Letztere besagt nämlich, dass die Förderung der unkonventionellen fossilen und nuklearen Energien möglicherweise einen höheren Energieaufwand benötigt, als Energie generiert werden kann. Diese Irrationalität wird sich ökonomisch ausdrücken. Sie besagt auch, dass der gesamte Energie- und Stoffkreislauf einschließlich seiner „**externen Effekte**“ zu berücksichtigen ist, wenn Bilanz gezogen wird. Und dann kann es so sein (die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass es so ist), dass das fossile Energieregime immer mehr Energie benötigt, um die fossile (und nukleare) Energie verfügbar zu machen und dass die stofflichen, liquiden und gasförmigen Emissionen die Reproduktionsfähigkeit natürlicher Systeme und daher die Evolution der Arten gefährden.

Diese „genaue Beobachtung“ ist die starke analytische Grundlage für die konkrete Utopie einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft. Die politische Ökonomie und deren Kritik wiederum können zeigen, dass und wie **Markt und Macht die Kräfte des Beharrens stützen**, wie diese aber immer wieder jene, manchmal katastrophalen Krisen erzeugen, die Millionen Menschen aus der Bahn werfen und sie zur praktischen Suche veranlassen: nach den konkreten Utopien von Solidarität und Nachhaltigkeit gegen Profit, Sozialabbau und Umweltzerstörung.

Die Verhältnisse sind es zumeist und die zündenden Ideen, die zur Verwirklichung der konkreten Utopie anfeuern - in aller Welt, in verschiedener Weise. Das ist das Positive, Herr Kästner.



Jacques Weber

Energie: welche Alternativen?

Rede auf der Sommerakademie von attac Frankreich (2004)

An der Energiefrage scheiden sich seit über 30 Jahren die Geister.

Von den großen Demonstrationen gegen den Bau des Kernkraftwerks Creys Malville über die Zerschlagung der staatlichen Unternehmen (EDF, GDF, SNCF ...), sind die Gegner der jeweiligen Politik gespalten von Niederlage zu Niederlage gegangen:

- Niederlage auf demokratischer Ebene; vom Messmer Plan (1969-1973) bis hin zum Grundsatzgesetz im Juni 2004 waren die Grundzüge der französischen Energiepolitik nie Kern einer echten demokratischen Debatte in diesem Land.

- Niederlage der Umweltschützer, die versuchen, eine Logik der nachhaltigen Entwicklung zu fördern und jegliche irreversible, den künftigen Generationen vererbte, Lösung ablehnen.

- Eine soziale Niederlage, die durch einen Rückschritt von mehreren Jahrzehnten auf einen Schlag den öffentlichen Dienst auslöscht.

Bevor man über alternative Lösungen spricht, ist es angebracht, die Frage zu definieren. *Alternativ wozu? Zum Erdöl? Zu einer Entwicklungsart? Zu einer sozialen Ordnung?*

Ein Gemeingut in einer endlichen und ungleichen Welt

Jeder Vorschlag zum Bereich Energie muss gleichzeitig vier Fragen berücksichtigen, die sich auf globaler Ebene stellen: die Erschöpfung der Ressourcen, den ungleichen Zugang dazu, das Gleichgewicht unserer Umwelt und die Notwendigkeit von Entwicklung.

Eine Politik, die eine dieser Fragen vernachlässigt, würde auf Täuschung beruhen und wäre schnell der Kritik ausgesetzt.

Die Erschöpfung der Ressourcen

Das Erdöl wird in 40 Jahren versiegen, vielleicht ein bisschen später, vielleicht ein bisschen früher, aber wie auch immer es sein mag, es handelt sich um eine Angelegenheit von einer oder zwei Generationen. Mit zahlenmäßig geringfügigen Unterschieden gilt dies für alle nicht erneuerbaren Energiequellen, welche, wie der Name besagt, früher oder später erschöpft sein werden.

Ungleicher Zugang

Die Welt verbraucht heutzutage 10 Milliarden Tonnen Rohöleinheiten (TRÖE).

Dieser Verbrauch ist sehr ungleich verteilt: 20% der Weltbevölkerung verfügen über 60% der Energieressourcen; den 10% ärmsten Ländern der Welt kommen 2% der Energieressourcen und 1% der Elektrizität zu. Hinter den nationalen oder kontinentalen Mittelwerten verstecken sich selbstverständlich die enormen Disparitäten der jeweiligen geographischen Zonen.

Das Gleichgewicht unserer Umwelt

Der Schnee auf dem Kilimandscharo ist nur noch eine Erinnerung und die Mehrzahl der

Gletscher in den Schweizer Alpen werden in 50 Jahren verschwunden sein: die Klimaerwärmung ist keine Hypothese, sondern eine Tatsache.

Am menschlichen Ursprung dieser Erwärmung besteht kein Zweifel: sie folgt der Konzentration an Treibhausgasen in der Erdatmosphäre, welche im Rhythmus der menschlichen Tätigkeiten unerbittlich ansteigt.

Die Hauptquelle dieser Gase (70 % der Emissionen) ist verbunden mit der Verbrennung fossiler Energien (Kohle, Erdöl, Gas).

Die Konsequenzen dieser Erwärmung zeichnen sich in einer nahen Zukunft ab.

Sie sind zwar im Detail schwer vorhersehbar, werden aber die Lebensbedingungen auf dem Planeten ernsthaft beeinträchtigen und in erster Linie die verwundbarsten Teile der Weltbevölkerung in Mitleidenschaft ziehen: jene der südlichen Länder.

Das Risiko durch Kernkraftnutzung ist ein sonderbares Risiko, sehr unwahrscheinlich nach den Rechnungen der Statistiker, mit Konsequenzen, die im Bereich des Unwahrscheinlichen liegen sollen. Interessant ist, wenn man so sagen darf, dass keine Versicherung bereit ist, ein solches Risiko zu decken.

Die Liberalen, die die Welt regieren, sähen sehr gerne weiterhin die Übernahme dieses Risikos durch die Staaten und eine Abtretung der Gewinne an den Markt, solange das besagte Risiko nicht eintritt (business is business, das weiß man doch).

Die derzeitigen Techniken zur Stromproduktion mit Kernkraft stützen sich auf Uran und Plutonium. Die Vererbung des anfallenden Abfalls an ein gutes Hundert zukünftiger Generationen ist mit der Definition der nachhaltigen Entwicklung schwer vereinbar.

Energie und Entwicklung

Die Energieversorgung ist bei allen menschlichen Tätigkeiten ein zwingender Faktor.

Der Traum einer Gesellschaft, die auf Energie verzichten könnte, ist eine Illusion. Wir werde nicht auf Pferdekutsche und Kerzenbeleuchtung zurückkommen, wir werden die Computer nicht auf einem großen Friedhof der menschlichen Sünden begraben.

„Wie soll man durch Produktionssteigerung einer ständig wachsenden Nachfrage gerecht werden?“ Schlechte Antworten auf eine falsch gestellte Frage

Die im Energie- und Transportbereich zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffenen Entscheidungen strukturieren die gesamte wirtschaftliche Aktivität eines Gebietes für Jahrzehnte. Es handelt sich demnach nicht um neutrale Entscheidungen, eine Umkehr ist schwer einzuführen und langwierig in der Umsetzung.

Für die Festlegung ihrer Energiepolitik setzen Länder Szenarien als Prognosewerkzeuge ein.

Vorausschauende Szenarien: Mittel zur Analyse oder selbsterfüllende Prophezeiungen?

Diese Szenarien sind hierarchisch gegliedert: von den global vorausschauenden Szenarien die, wie ihr Name sagt, vorgeben, die Sondierung einer wahrscheinlichen Zukunft zu sein bis hin zu den prospektiven Szenarien, die Mittel zur Durchführung bzw. Entscheidungshilfen darstellen.

Leicht schematisch dargestellt sieht dies für elektrischen Strom folgendermaßen aus: die internationale Energiebehörde (IEA) liefert die Nachfragezahlen für die kommenden Jahrzehnte, mittels der aus wirtschaftlichen und demographischen Prognosen sowie Hypothesen über künftige Fortschritte in der Energieeffizienz abgeleiteten Zahlen.

Die nationalen Fachleute der DGEMP (Agentur für Energie und Rohstoffe) und das Sekretariat für Planung schlagen den politischen Machthabern verschiedene Möglichkeiten vor, diese voraussichtliche Nachfrage befriedigen zu können. Der Entscheidungsspielraum der Politiker wird als extrem eng dargestellt und folglich noch vor jeglicher Gesellschaftsdebatte schon stark eingeschränkt.

Diese Entscheidungen können langfristige Konsequenzen für die energetische Situation eines Landes haben: in den 70er Jahren wurde die im Jahre 2000 zu befriedigende Nachfrage um den Faktor 2 überschätzt.

Unter Zutun des Ölshocks wurde von der Regierung Messmer ein ehrgeiziges Kernkraftwerkprogramm veranlasst, das zu Überkapazitäten in der Stromerzeugung geführt hat. Die Überschüsse müssen nun abgesetzt werden, unter anderem durch die Förderung der „vollelektrischen“ Haushalte und über den Export.

Das paradoxe Ergebnis ist, dass unser Land mit einer Unzahl elektrischer Heizungen ausgestattet ist: 30% aller Wohnungen, und somit die Hälfte des europäischen Parks. Dies entspricht 10% des gesamten Stromverbrauchs und über 200 000 Familien mit Schwierigkeiten, ihre Stromrechnung zu zahlen....

Im Juni 2004 hat die DGEMP ein „tendenzielles Energieszenario für Frankreich 2030“ veröffentlicht, eine Art Katastrophenszenario in dem die Schreckgespenster Energienot und Klimaerwärmung angeführt werden.

Da der Leser nun wirklich Angst hat, trösten ihn die letzten Seiten des Berichts: falls man in einem letzten Aufbäumen die Kernkraftwerke massiv ankurbelt, neigt sich die Emissionskurve der Treibhausgase ein wenig dem anzustrebenden Ziel entgegen. Die Autoren verlängern diese Kurve dann kühn so weit, bis sie die tugendhafte Kurve erreicht, bei der die für 2050 so stark befürchteten Emissionen durch vier geteilt werden.

Jetzt müssen die Experten nur noch ein Mittel finden, um mit nagelneuen Kernkraftwerken die Autos fahren und die Flugzeuge fliegen zu lassen, denn die Transportfrage wurde nicht angeschnitten.

Von einer auf Energieüberschuss beruhenden Entwicklung hin zur effizienten Energienutzung. Andere Szenarien sind möglich.

Sie bestehen aus einer Trendwende und daraus, die Nachfrage zu analysieren anstatt sie als unveränderliche Zwangsläufigkeit aufzufassen:

- wir haben im allgemeinen überhaupt keinen Bedarf an einer von vorneherein festgelegten Menge Energie. Als Beispiel: in einer bewohnten Unterkunft besteht Bedarf an einer als angenehm empfundenen Temperatur, ungeachtet des Energieverbrauchs, der das Erreichen dieses Ziels ermöglicht.

- Der erste Arbeitsschritt ist die Identifizierung der den Menschenrechten zuzuordnenden Bedürfnisse über eine kollektive Maßnahme, da nur durch eine demokratische Debatte über die Grundbedürfnisse entschieden werden kann. Auf dieser wesentlichen Entscheidungsebene kann jeder Bürger an der Definition der individuellen und kollektiven Grundrechte teilnehmen.

- Der zweite Schritt besteht aus der Identifizierung von Verfahren, welche die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse erlauben. Die Rolle des Technikers ist dabei, die Anzahl der Möglichkeiten einzugrenzen. Im Zusammenhang mit Energie sind einige Regeln des gesunden Menschenverstands jedem zugänglich: es ist äußerst ungerecht, eine knappe Ressource zu verschwenden, dementsprechend sind Mäßigung und die Suche nach der effizientesten Energienutzung Pflicht; Energie, egal in welcher Form, lässt sich schwer transportieren. Alles, was lokal erzeugt werden kann, muss lokal bleiben; über ein und dieselbe Infrastruktur können teilweise mehrere Bedürfnisse befriedigt werden, da alle Gebäude sowohl eine Wärme- als auch eine Stromquelle benötigen und viele Stromquellen zusätzlich Wärme liefern...was man als Kraft-Wärme-Kopplung bezeichnet, etc. Die globalere Ebene gewährt den Fortbestand der Energieversorgung der lokalen Ebene. Utopie? Nein, es gibt eine Vielzahl von Orten, wo sich diese Vorgangsweise einzuspielen beginnt, vom Wohnhaus bis hin zur Siedlung. Methodischer Individualismus? Ganz im Gegenteil, es handelt sich um einen der Bereiche, in denen sich partizipative Demokratie auf konkrete Art entwickeln kann.

- In der letzten Etappe des Entscheidungsprozesses nimmt die Wichtigkeit des Technikers zu, er muss aus den demokratisch bestimmten Bedürfnissen die Planung der Ausrüstung zur „Produktion“ der nötigen Energie herleiten.

Machen wir uns keine Illusionen, das oben angedeutete Schema stellt eine Wahl der Gesellschaft dar, wir haben das Erdöl weder gegen Windkraftanlagen noch Kernkraft (obwohl...) in die Waagschale gelegt. Wir kehren einfach nur die Vorgangsweise um, wir stellen uns nicht die Frage, ob diese oder jene Wahl mehr oder weniger Profit erzeugen wird. Wir bringen Techniker an den Platz zurück, den sie nie hätten verlassen dürfen, den Bürgern, die sie selbst sind, unersetzlich, aber unterstellt.

Handeln, und zwar jetzt...

Auf eine Weiterentwicklung der Technik warten? Nein.

Die Zeit drängt

Die Gletscher schmelzen, das wurde bereits gesagt, und die Konsequenzen für die Alpenländer sind unabsehbar.

Überschwemmungen drohen: Bangladesch (133 Millionen Einwohner, 900 pro Quadratkilometer) läuft Gefahr, im Laufe dieses Jahrhunderts ein Zehntel seines Gebiets in den Fluten verschwinden zu sehen, etc.

Der Mythos der kommenden technologischen Revolutionen

Die Wasserstoff-Gesellschaft...

In einer großen Desinformationskampagne der Medien wird, mitten in die allgemeine Verwirrung hinein, von der kontrollierten Kernfusion über Wasserstoff als Treibstoff, der das Benzin in unseren Autos ersetzen wird, bis zur Brennstoffzelle alles mobilisiert. Um es richtig zu stellen, diese verschiedenen Techniken verwenden in der Tat Wasserstoff oder seine nahen Verwandten, haben damit aber nur den Namen dieses chemischen Elements gemeinsam.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen rufen wir in Erinnerung, dass vor 30 Jahren so wie heute angekündigt wurde, in 50 Jahren gäbe es die Kernfusion. Im besten Fall werden riesige Kernfusionsanlagen im Jahr 2054 den Bedarf von sehr großen Stromverbrauchern abdecken. Es kann also nicht ernsthaft behauptet werden, dass diese Anlagen den dann zu erwartenden 8 bis 10 Millionen Menschen auf der Erde zur Verfügung stehen werden.

Der einzige Makel des brennbaren Wasserstoffs ist, in der Natur so nicht vorzukommen, er muss aus Wasser, Kohlenwasserstoffen oder Kohle hergestellt werden. Dieser Prozess benötigt mehr Energie, als anschließend im Wasserstoff enthalten ist, womit das Problem nicht gelöst, sondern verlagert wird.

Die Brennstoffzellen gehören zu den in einer nahen Zukunft unter bestimmten Umständen nutzbaren Technologien. Die Umstände müssen mit den Technikern zu gegebener Zeit erörtert werden.

Wir müssen jetzt handeln, daher ist auch der Hinweis der USA auf die Zukunftstechnologien bei ihrer Weigerung, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen, zumindest verächtlich.

...und hier....

Die besten Lösungen sind jene, die man dem Nachbar empfiehlt, oder „not in my backyard“ (nicht bei mir)

Von Nord nach Süd: Macht, was ich sage und nicht, was ich gemacht habe

Die Angst vor der „wildem“ Entwicklung Chinas oder Indiens und ganz allgemein aller südlicher Länder hat eine Art verdächtiger Begeisterung (BP-Solar, Total-Umwelt...) für nachhaltige Entwicklung im Süden aufkommen lassen.

Dass es ein Problem gibt, ist unleugbar: Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), das sich unter der Schirmherrschaft der UNO mit der Klimaveränderung befasst, schätzt, dass jeder Erdbewohner legitimerweise das Recht hat, 500 Kilogramm Kohlenstoffäquivalent (eine Maßeinheit für Treibhausgase) in die Atmosphäre zu emittieren und die Erde insgesamt ihre

Emissionen halbieren sollte.

Der Süden hat noch einen kleinen Spielraum (bis auf China, das die Grenze bereits erreicht hat), Europa muss seine Emissionen durch 5 teilen, die Vereinigten Staaten durch 12.

Treibhausgasemissionen müssen in erster Linie im Norden gesenkt werden, außer man verbietet dem Süden jede Art von Entwicklung.

Die Teilchen eines komplexen Puzzles: eine Vielzahl interagierender technischer und gesellschaftlicher Lösungen

Über das Vorgehen wurde bereits alles gesagt, nun müssen die Puzzleteilchen noch zusammengefügt und die Machbarkeit an Beispielen bewiesen werden.

Jeder Nutzungsart ihre Energiequelle

Das ist die erste aller Regeln; angesichts des Umwandlungswirkungsgrads hat die Umwandlung von Wärme in Elektrizität, um dann mit Elektroheizungen Wärme zu erzeugen vor Allem zur Folge, die Flüsse mit zweimal mehr Energie zu erhitzen. Wärme in Elektrizität umzuwandeln, um damit Klimaanlage zu speisen, die « Kälte erzeugen » ist noch schlimmer, man erhitzt die Atmosphäre und die Flüsse, wenn es bereits zu heiß ist.

Es gibt Lösungen: nicht DIE Lösung, aber eine Lösung für jeden Einzelfall.

Es gibt unzählige Hitze- oder Kältequellen wie Sonne, Abfallverbrennung, Erdwärme, Wasser, alles hängt von der örtlichen Situation ab, Kristianstad in den schwedischen Wäldern wird selbstverständlich nicht auf die gleichen Techniken zurückgreifen wie Rom oder Marseille.

Den Wärme- und Strombedarf zu vereinen ist eine dazu komplementäre Maßnahme, möglich zum Beispiel durch die bereits erwähnte Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Nachfrage bearbeiten

Der Wohnungs- und Dienstleistungssektor bietet enorme Sparmöglichkeiten und die Techniken sind gut bekannt. Eine durchschnittliche Unterkunft nördlich der Loire hat einen typischen Verbrauch von 100 kWh pro Quadratmeter Wohnfläche und Jahr. Die derzeitigen Normen (RT2000 und bald RT2005) streben eine Halbierung dieses Verbrauchs an.

Diese Normen sind noch eher zurückhaltend: bioklimatische Häuser können einen Nullverbrauch erreichen oder sogar Energie liefern. Erreicht wird dies durch eine Kombination aus gut gewählten Baustoffen, gut durchdachter Lage und Solardächern. Die spezifischen Anwendungen der Elektrizität (Beleuchtung, Informatik, Elektrogeräte jeder Art) sind im Wohnungs- und Dienstleistungsbereich stark im Wachsen.

Ein einfaches Beispiel: die Abschaffung des unnötigen Standby-Modus, dieser Manie vieler Elektrogeräte, nie vollständig abzuschalten, würde in Frankreich die Einsparung eines Kernkraftwerkblocks erlauben.

Die erneuerbaren Energien

Im Gegensatz zu Ressourcen, die von der Natur über Millionen von Jahren erzeugt wurden, gehen die erneuerbaren Energien aus den kurzen Zyklen der Jahreszeiten hervor, wie Pflanzen als Brennstoff, Wind

und Wasser als Quellen mechanischer Kraft und die Sonne als direkte Quelle für Wärme und Strom. Diese Techniken kamen nicht in den Genuss der massiven Investitionen der anderen Branchen: weniger als 10% im Vergleich zu den über 50% für Kernkraft, wie aus einem Bericht des Programms der Vereinten Nationen für Entwicklung hervorgeht. In manchen Ländern erleben sie jedoch ein starkes Wachstum.

Deutschland zum Beispiel hat ein Programm zur Energieeinsparung und der Entwicklung erneuerbarer Energien in die Wege geleitet, sowohl für die Strom- und Wärmeerzeugung als auch die Herstellung von Bio-Treibstoffen: bis 2020 soll die Emission von Treibhausgasen um 40% gesenkt werden, 2050 soll der Anteil der erneuerbaren Energien bei 50% liegen, was Deutschland erlauben würde, sowohl aus der Kernkraft als auch dem Erdöl auszusteigen.

Den Verkehr in seine Schranken verweisen

Wer würde beim Anblick des Schauspiels auf den Stadtautobahnen zwischen 7h und 8h und zwischen 17h und 18h noch zu behaupten wagen, dass „steigender Energieverbrauch“ „mehr Lebensqualität“ bedeutet?

Um diese scheinbar triviale Frage zu beantworten müssen erst andere, viel weniger triviale Fragen, gelöst werden: Warum wohnen die Menschen so weit entfernt von ihrem Arbeitsplatz? Warum entvölkern sich die Stadtzentren? Warum entvölkert sich auch das Land? Warum reisen jedes Jahr 800 Tonnen Eier von Frankreich nach Italien während die gleiche Menge den umgekehrten Weg nimmt? Warum durchqueren unsere Gangschaltungen ganz Europa, um in die Montagehallen zu gelangen?

Das Verkehrswesen in Frage zu stellen betrifft die gesamte Organisationsweise von Produktion, Städteplanung und Lebensstil.

Von oberster Dringlichkeit ist die Hinterfragung der Notwendigkeit eines Großteils dieses Verkehrs, die Relokalisierung der Wirtschaft, der täglichen Aktivitäten, des Wohnortes, der Arbeit; überall dort, wo diese Relokalisierung möglich ist. Der Verkehr muss unbedingt jenen Bereichen vorbehalten bleiben, über die er nie hätte hinauswachsen dürfen: dem Austausch zwischen den Völkern, dem Handel mit Gütern, die die kulturelle Vielfalt ausdrücken.

Diffuses globales Risiko und lokale Hindernisse

Die Klimaveränderungen, die Zunahme des Atommülls, die Erschöpfung der Ressourcen sind diffuse globale Risiken, die in unserer täglichen Umwelt nicht unmittelbar wahrnehmbar sind. Die zu ergreifenden Maßnahmen hingegen befinden sich vor Ort und sind in unserem täglichen Leben direkt wahrnehmbar.

Entscheidungen müssen getroffen werden und es stimmt, dass Windkraftanlagen die Landschaft verunstalten und Lärm erzeugen können.

Elektrische Heizungen durch Erdwärmepumpen zu ersetzen bringt den Bewohnern eines Hauses keinen zusätzlichen Komfort, genauso wenig wie das Ersetzen von Halogen- durch Stromsparlampen.

Wenn alternative Lösungen autoritär aufgezungen werden, verursachen sie oft eher legitimen Widerstand. Dies gilt auch für den Verkehr. Der Versuch, das Auto im Bal-

lungsraum Brüssel durch Straßenbahnen zu ersetzen, ist auf den Widerstand eines Teiles der Bevölkerung gestoßen: eine soziologische Studie hat ergeben, dass die Bewohner das Ende ihres Arbeitstages wahrnehmen, sobald sie sich hinter das Steuer ihres Autos setzen, ein Gefühl, das beim Besteigen einer überfüllten Straßenbahn nicht aufkommt. Daher muss eine echte Debatte stattfinden, die es den Bürgern ermöglicht, in Kenntnis der Tatsachen zu entscheiden. Eine weitere Unart, die sich selbst innerhalb bestimmter Bewegungen zeigt, ist die individuelle Anschuldigung der Verbraucher, die sich plötzlich für die Leiden der Menschheit verantwortlich gemacht sehen.

Die Alternativen bestehen nicht ausschließlich aus der individuellen Verhaltensänderung, sie bestehen aus einer tiefgehenden Umgestaltung der Sozialbeziehungen, der Arbeitsbeziehungen, der Organisation des Gemeinwesens.

Von Erdölalternativen zu politischen Alternativen: Welche öffentlichen Dienste?

Jeder alternativen Vorgehensweise im Energiebereich geht eine Dezentralisierung der Entscheidungskette und eine globale Koordination voran. Diese Artikulation von Lokal und Global kann auf mehrere Arten geschehen. In genau dieser Nische hat sich eine Art «grüner» Neokapitalismus breitgemacht, der sich der gerechtfertigten Angst vor dem kommenden Durcheinander bedient, um den neuen Markt der erneuerbaren Energien auszubauen.

Die Rolle der Gebietskörperschaften und der öffentlichen Macht

An verschiedenen Orten sprießende Lösungsansätze unterstreichen die Wichtigkeit der lokalen Ebene.

Um nochmals auf das bereits erwähnte Beispiel Kristianstad zurückzukommen, werfen wir einen Blick in die Broschüre dieser schwedischen Stadt mit 75.000 Einwohnern:

„1999 hat der Stadtrat von Kristianstad einstimmig beschlossen, seine Absicht zu erklären, die Stadt von fossilen Brennstoffe zu befreien. Die Reduzierung der fossilen Brennstoffe muss in einer ersten Phase durch die Verwendung von Biokraftstoffen erreicht werden, Biomasse zur Wärme- und Stromerzeugung, Biogas als Treibstoff für Busse und andere Fahrzeuge. Zusätzlich werden Anstrengungen im Bereich der effizienten Energienutzung und der Verhaltensänderung unternommen. Die Stadtplanung ist ein wichtiges Mittel zur Förderung einer Gemeinde ohne fossile Brennstoffe. Die Gemeinde ist dabei, ihr Energieprogramm zu überarbeiten, um ihrer Erklärung gerecht zu werden, eine Stadt ohne fossile Brennstoffe zu werden.[...].“

Die Stadtplanung ist ein unentbehrliches Hilfsmittel, um ein Ansteigen des Verkehrsaufkommens zu bremsen. Kristianstad hat im Stadtzentrum große Veränderungen durchgeführt, um Radfahrer und Fußgänger zu ermutigen. Der größte Teil der Innenstadt wurde zur Fußgängerzone erklärt. Von 1998 bis 2004 sind hohe Investitionen getätigt worden (1,7 Millionen Euro) und weitere Mittel sind für den Ausbau des Radwegnetzes noch vorgesehen. Die Kampagne „vom

Gaspelad zum Fahrrad“ ist 1999 gestartet worden. Ziel der Kampagne war, Kurzstreckenfahrten mit dem Auto durch Einwirken auf das Verhalten zu reduzieren. Die Fahrradkampagnen laufen in der gesamten Gemeinde weiter.“

Kristianstad ist eine kleine Stadt, die in verschiedener Hinsicht besonders günstige Bedingungen nutzen kann, das ist durchaus richtig. Die Schwierigkeiten sind in den großen städtischen Ballungszentren, die sich ohne Rücksicht auf Umwelt und soziale Fragen entwickelt haben, selbstverständlich größer.

Man wird der Zeit etwas Zeit lassen müssen....

Zur Zeit entsteht ein Netzwerk von Städten, ein Ort des Erfahrungsaustausches mit Erfolgen und Misserfolgen, 400 europäische Städte, darunter Darmstadt, Stockholm, Rennes, Basel....Es soll dabei gezeigt werden, dass es nicht nur für Dörfer inmitten von Tannenwäldern neue Lösungen gibt.

Allerdings wird die lokale Ebene weder die Frage des internationalen Verkehrs oder der notwendigen Verbindung der Stromnetze, noch jene des Preisausgleichs zwischen Regionen und Wirtschaftsbereichen lösen.

Weder „Baronien“ von Spezialisten noch Markt: eine (neu) zu erfindende Demokratie

Die Energiepolitik wurde in den 70er Jahren von technokratischen „Baronen“ beherrscht. Ab den 80er Jahren hat ein regelrechter Verrat der Eliten stattgefunden, einige der einstigen Barone gaben vor, den schrankenlosen freien Markt mit der Demokratie vereinigen zu können und haben im gleichen Zug auch noch die aus dem Nationalen Widerstandsprogramm entstandenen öffentlichen Dienste verschleudert.

Die Vorgangsweise ist bei allen (ehemals) öffentlichen Diensten die gleiche: sie werden von innen entkernt, treten international als Räuber auf, wandeln ihre „Nutzer“ in „Kunden“ um und verlieren dadurch ihren Daseinszweck. Es bleibt nur mehr die Privatisierung.

Die Alternativen sind nicht „in erster Linie technischer Natur“, die Lösungen sind vielfältig; sie führen über die Rückkehr zur Demokratie, einer neu zu erfindenden Demokratie auf lokaler und globaler Ebene.

Jacques Weber ist Mitglied des Verwaltungsrats von Attac Fr

Bibliographische Elemente

Groupe énergie d'Attac:

<http://www.france.attac.org/r586>

Global Chance, Petit mémento énergétique, 2003 (<http://www.agora21.org>).

Collectif d'associations (dont Attac), Changements climatiques: équité et solidarité internationale, 2003.

Nützliche Links (Fr./eng.): www.iea.org
www.negawatt.org, www.manicore.com,
www.sortirdunucleaire.org, www.cler.org
www.energiesosfutur.org, www.ademe.fr,
<http://www.energie-cites.org>

In Grain de Sable Nr 484 veröffentlicht. Übersetzung : *Mélanie Kastner* und *Martin Regelsberger*, ehrenamtliche Übersetzerinnen
coordinat@attac.org

Atomkraft Nein Danke - Erneuerbare Energien Jetzt!

Bundesweite Demonstration am Samstag, 5.11. in Lüneburg

Atomenergie ist und bleibt die mit Abstand gefährlichste Art, Strom zu erzeugen.

Verantwortung für die Zukunft bedeutet Abschalten der Atomanlagen. Denn:

Atomkraft heißt Risiko:

Der nächste GAU, die nächste Kernschmelzkatastrophe kann jeden Tag passieren - auch in deutschen Reaktoren.

Atomkraft heißt strahlende Zukunft:

Weltweit gibt es weltweit keinen Ort, um den ewig strahlenden Abfall aus den Atomanlagen so sicher zu lagern, dass die kommenden Generationen nicht bedroht sind. In Deutschland sind Gorleben und Salzgitter als Endlager vorgesehen, obwohl beide Standorte ungeeignet sind.

Atomkraft heißt schleichende Vergiftung: Schon der so genannte störungsfreie Betrieb hat fatale Folgen. In den Uranabbaugebieten werden ganze Landstriche vergiftet und rund um Atomanlagen erkrankten Kinder häufiger an Leukämie.

Atomkraft heißt Bombe: Die zivile Nutzung der Atomkraft dient immer auch der Vorbereitung der militärischen Atom-Option.

Atomkraft heißt Innovationsblockade:

Wird weiter auf diese Dinosauriertechnik gesetzt, blockiert dies Investitionen in eine effiziente und zukunftsträchtige Energieversorgung.

Atomkraft heißt Castor:

Mit den Castor-Transporten wird Atommüll unter Einschränkung von Grundrechten mit massivem Polizeieinsatz quer durch Europa gekarrt, von einem Zwischenlager in ein anderes, weil niemand weiß wohin damit.

Erneuerbare Energie sind die mit Abstand vernünftigste Art, Strom und Wärme zu erzeugen.

Verantwortung für die Zukunft bedeutet massiver Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn:

Erneuerbar heißt Atomausstieg und Klimaschutz: Mit dem Einsatz von Erneuerbaren, gekoppelt mit Energiesparen und effizienterer Energienutzung, kann die Atomkraft schon jetzt und die klimaschädliche Nutzung fossiler Brennstoffe mittelfristig ersetzt werden. Es gibt keinen besseren Klimaschutz als Strom und Wärme aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme.

Erneuerbar heißt verbrauchernah: Strom und Wärme aus Erneuerbaren lassen sich meist dezentraler und damit näher an den EndverbraucherInnen gewinnen.

Erneuerbar heißt Sicherheit: Die Erneuerbaren sind risikoärmer als jede andere derzeitige Methode der Stromerzeugung.

Erneuerbar heißt Zukunftssicher: Während Uran, Kohle, Öl und Gas endliche und umkämpfte Rohstoffe sind, werden Sonne, Wind, Wasser, nachwachsende Rohstoffe und Erdwärme immer zur Verfügung stehen.

Erneuerbar heißt Kostengünstig: Während in allen anderen Energiesparten die Preise steigen, fallen sie bei den Erneuerbaren und werden auch in Zukunft weiter sinken.

Erneuerbar heißt Arbeit: Der Ausbau der Erneuerbaren ist ein Jobmotor ersten Ranges.

Gegen die Vorherrschaft der Stromkonzerne:

Eigentlich ist also alles klar: Erneuerbare statt Atomkraft. Es ist Propaganda, wenn E.on, RWE, Vattenfall und EnBW behaupten, Atomkraft sei billig und schütze das Klima.

Doch die vier großen Stromkonzerne in Deutschland wollen ihre Markbeherrschung mit aller Macht verteidigen und setzen auf den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und die Deckelung der Erneuerbaren Energien. Sie wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen und betreiben eine Renaissance der Atomenergie. Außerdem wollen sie gemeinsam mit dem Reaktorbauer Siemens auch global weiter an der Atomkraft verdienen - auf Kosten der kommenden Generationen.

Deshalb demonstrieren wir am 5.11. in Lüneburg und fordern jede/n dazu auf, mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen. Die nächsten Monate können für die Zukunftsfragen der Energieversorgung entscheidend sein. Mischen wir uns kraftvoll ein!

Dem Denken "Profit hat Vorfahrt vor Leben" erteilen wir ein klare Absage.

Aufstehen für eine lebenswerte Zukunft

Wer das Ende der Atomkraft und den Ausbau der erneuerbaren Energien will, muss sich den mächtigen Konzernen jetzt entgegenstellen. Nur mit massivem Druck aus der Bevölkerung wird in der Energiepolitik Vernunft einkehren können. Der andauernde Protest der Bevölkerung in der Region Lüneburg/ Wendland gegen Castor-Transporte und das Endlager Gorleben ist uns dabei ein ermutigendes Vorbild.

Atomanlagen stilllegen! Jeder Tag ist einer zu viel.

Volle Energie für Erneuerbare!

Kein Endlager Gorleben! Stopp Castor!

Deutscher Naturschutzring e.V.
• Netzwerk Friedenskooperative
• ROBIN WOOD e.V.
• GREEN CROSS Deutschland
• Lüneburger Initiative gegen Atomanlagen (LIgA)
• X-tausendmal quer
• Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
• Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
• IPPNW - Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges

e.V.
• urgewald
• Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V.
• EUROSOLAR - Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
• Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.
• Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V.

• Naturwissenschaftlerinitiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit"
• Sortir du nucléaire
• Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (BBMN)
• campact - Demokratie in Aktion
• www.ausgestrahlt.de
• Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
• BUNDjugend
• WiderSetzen

Kontakt:

Bettina Dannheim
ROBIN WOOD Nernstweg 32
22765 Hamburg 040-380 89 221
energie@robinwood.de

Thorben Becker BUND
Am Köllnischen Park 1
10117 Berlin 030-275 86 482
thorben.becker@bund.net

Initiative zum Dialog mit irakischen Gewerkschaftern

Presseerklärung 25.10. 2005

Klage gegen deutsche Botschaft in Bagdad

Heute wurde vor dem Verwaltungsgericht Berlin eine Klage und eine einstweilige Verfügung gegen die deutsche Botschaft in Bagdad wegen der Visaverweigerung für zwei irakische Gewerkschafter erhoben.

Am 21. 10. 2005 sollte in Berlin eine dreiwöchige Veranstaltungstour mit zwei Vertretern einer unabhängigen irakischen Gewerkschaft beginnen. **Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibrahim Breshdi** waren von der Initiativgruppe Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen eingeladen worden, um in Deutschland über die Lebensbedingungen und die politische Situation im Süden Iraks sowie über die Arbeitsbedingungen in der Ölindustrie zu berichten.

Frau Abbood und Herr Breshdi sind von der **Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE**, einem Zusammenschluss von Betriebsgewerkschaften der staatlichen Energieunternehmen im Süden Iraks. In Arbeitskämpfen konnten sie substantielle Verbesserungen der Löhne und der Arbeitsbedingungen durchsetzen. Heute sind über 23.000 Beschäftigte der Ölindustrie in der GUOE organisiert. Die GUOE ist parteipolitisch und weltanschaulich neutral, wendet sich aber entschieden gegen die US-amerikanische Besatzung und die wirtschaftlichen Pläne Washingtons. So konnte in einer Reihe von staatlichen Unternehmen die Übernahme der Kontrolle durch US-amerikanische Firmen verhindert werden.

Die Initiativgruppe wird von Mitgliedern verschiedener Gewerkschaften, Friedensgruppen und der ATTAC -Arbeitsgruppe „Globalisierung und Krieg“ getragen und von über 100 gewerkschaftlichen, frie-

denpolitischen, globalisierungskritischen Gruppen und Stiftungen unterstützt.

Obwohl die deutsche Botschaft am 5. 10. mitgeteilt hatte, dass allen benötigten Unterlagen ausreichend und vollständig eingereicht wurden, wurden die Visa am 20. 10. verweigert. Eine schriftliche Begründung gab es nicht. Dazu sei die Botschaft nicht verpflichtet. Mündlich wurde die Ablehnung mit mangelndem Krankenversicherungsschutz begründet. Der Einlader wies sofort eine umfassende Krankenversicherung per Fax nach. Doch dieses Fax und weitere Faxe und Emails an die deutsche Botschaft und das Auswärtige Amt wurden ignoriert.

Die Initiativgruppe beauftragte den Rechtsanwalt Eberhard Schultz mit dem Fall. Er schickte am 24. 10. ein Fax an die Botschaft und das Auswärtige Amt. Am gleichen Tag gelang ihm auch der telefonische Kontakt mit einem Mitarbeiter. Auf die Frage, warum unsere Faxe und Emails nicht beantwortet wurden, kam eine überraschende Antwort. Der Einlader sei nicht der Betroffene. Das seien nur die Antragsteller, die Botschaft und das Auswärtige Amt. Der Einlader muss aber für alles garantieren und auch die Krankenversicherung abschließen. Das bedeutet, weder der Einlader noch die Eingeladenen erfahren die Ablehnungsgründe. Der Mitarbeiter sagte, dass die unzureichende Krankenversicherung nicht der Grund ist.

Die Visaverweigerung ist nach unserer Meinung Willkür. Die Bundesregierung will offensichtlich entgegen ihren Verlautbarungen den zivilen, demokratischen Prozess und die Entwicklung unabhängiger Gewerkschaften nicht unterstützen.

Erst wenn wir vor Gericht gehen und der Botschaft die Vollmachten der Antragsteller vorlegen, sind sie bereit, neu über die Visaanträge zu entscheiden. Der Mitarbeiter stellte in Aussicht, dass man in so einem Fall, die Visa genehmigen und den Rechtsstreit damit beenden könnte. Die Ablehnungsgründe bleiben in so einem Fall weiter unbekannt.

Auch wenn das geltende Recht sein sollte, ist es menschenunwürdig, intransparent und willkürlich. Ein solches Verfahren ist eines Rechtsstaates unwürdig.

Wir mussten also heute mit einem Eilantrag vor das Verwaltungsgericht gehen. Wir werden auch prüfen, ob eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben werden kann und inwieweit wir Schadensersatz geltend machen können.

Die Informationsrundtour wird mit anderen Irak-Experten fortgesetzt. Wir werden dabei natürlich auch über die Willkür der deutschen Botschaft berichten. Die nächsten Termine sind:

25.10. Hamburg, 26.10. Bielefeld, 27.10. Hannover, 28.10. Hagen, 31.10. Duisburg, 1.11. Bonn, 2.11. Frankfurt (Main), 3.11. Marburg/Gießen, 4.11. Heidelberg, 7.11. Freiburg, 8.11. Tübingen, 9.11. Stuttgart, 10.11. Augsburg, 11.11. München, 12.11. Berlin

Infos und Anfragen bitte an Phil Butland philbutland@yahoo.com Tel. 030-24 63 76 28, Hans-Peter Richter 0171-930 61 90 oder an Joachim Guilliard, Joachim.Guilliard@t-online.de.

Weitere Informationen:

<http://www.labournet.de/internationales/iq/iraktour05.html>

Zu der Lage in Südwestasien verweisen wir auf frühere **Sand im Getriebe** . insb. die Nr. 39, 41, 45 und 46 und auf einige **Internetadressen:**

<http://www.globalresearch.ca> (Michel Chossudovsky, Editor)

<http://www.zmag.de> (Viele Artikel aus der ganzen Welt)

Deutschland

Außenpolitik <http://www.german-foreign-policy.com/>

<http://www.friedenskooperative.de/>

Friedensratschlag: <http://www.unikassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>

Informationsstelle Militarisation <http://www.imi-online.de>

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges :

<http://www.ippnw.de>

Österreich:

Werkstatt Frieden & Solidarität (vormals Friedenswerkstatt Linz)

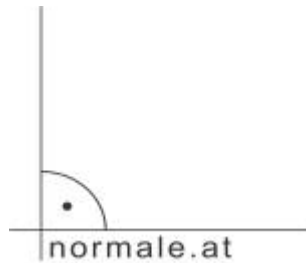
<http://www.friwe.at/>

IPPNW - OMEGA Österreichische MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren, www.ippnw.at

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), www.aspr.ac.at

Schweiz: <http://www.friedensrat.ch/>

<http://www.ippnw.ch>



3. Normale, politisches Filmfestival, erstmals in Graz **10.-13. November 2005 im Grazer Forum Stadtpark**

in Zusammenarbeit mit

%attac FORUM STADTPARK



www.normale.at • email: info@normale.at

Normal ist, was uns nicht in den Nachrichten serviert wird.

Normal ist, was uns gerne verschwiegen wird.

„Normal“ ist prekäre Arbeit • selektive Bildung • Schuldenfalle • Steuerparadiese • Gen-Chaos • Menschenhandel • Konzerndiktatur • unfaire Entwicklung • KriegsverliererInnen

Von 10.-13. November 2005 zeigt die „Normale“ in Zusammenarbeit mit Attac, feministAttac, globalista.info und dem Grazer Forum Stadtpark gesellschafts- und wirtschaftspolitische Dokumentarfilme, die für gewöhnlich die TV-Monitore und Kinoleinwände nicht erreichen.

Denn die Informationsvermittlung liegt zunehmend in Händen weniger profit-orientierter Medienkonzerne, die sich mitunter im Besitz von Waffenproduzenten [1] befinden. Auf dass uns 'profit over people'-Reformen völlig normal erscheinen sollen, bedienen sich neoliberale think tanks, wie in Deutschland die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) [2], der Medien. Das öffentliche Bewusstsein erreicht daher zumeist ungenügende, unzusammenhängende oder medial verfälschte Information.

„Verstehen um zu handeln.“

Die Bewusstseinsbildung über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklungen ist Voraussetzung für unser Verständnis für globale Zusammenhänge und grenzübergreifend stattfindende Prozesse. Nicht zuletzt aufgrund der „camcorder revolution“ halten Filmschaffende und Medien-AktivistInnen weltweit „die Kamera drauf“: auf die Realität – das „Normale“.

So lernen wir die weltweit stattfindenden Sozialforen kennen; Noam Chomsky, Michael Moore u.a. legen in „**The Corporation**“ die Funktionsweisen und das pathologische Streben der Konzerne nach Geld und Macht offen; wir erleben mit „**Kapital Mensch – Das Geschäft mit der Arbeit**“ wie und warum Arbeitskraft verschoben wird; fragen uns bei der seit 25 Jahren andauernden Verteidigung öffentlicher Bildung in „**Granito de Arena**“ was wir von einer Coca Cola- oder Ford-Schule halten sollen; legen dar, dass Gewinne, Kapitaleinkommen und Vermögen kaum noch besteuert werden und was das mit Sparpaketen und **Steuergerechtigkeit** zu tun hat; folgen der kafkaesken Welt von **Lobbyismus und Korruption**; enthüllen mit **'Die Helfer und die Frauen'** die Verflechtungen zwischen militärischen Verbänden, politischen

Organisationen und Frauenhandel; in **"Texas Kabul – Frauen gegen den Krieg"** teilen wir u.a. mit Arundhati Roy unsere Unruhe; zeigen mit „**Der 4. Weltkrieg**“ den – wie Naomi Klein es nennt – „radikalen Schrei aus den vordersten Fronten des Krieges gegen die Menschen“; rollen die Geschichte von **Pop & Politik** seit 1971 auf; untersuchen die wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die durch **gen-manipulierte Organismen** (GMO) hervorgerufen werden und konfrontieren mit „**Sold Out – Von der Strasse ins Stadion**“ das europäische Fußball-Business mit seinem best gehüteten Geheimnis, der neuen Form von **Menschenhandel** mit minderjährigen afrikanischen Fußballern.

Das „Normale“-Programm bietet Hintergrundinformationen zu (welt-) wirtschaftspolitischen Entwicklungen, die unmittelbaren Einfluss auf unser tägliches Leben haben, sowie Erfahrungen und Perspektiven aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Ländern. Die Filmvorführungen werden begleitet von themenspezifischen Expertisen und moderierten Gesprächsrunden, bei denen das Publikum am Wort ist. Sie haben das Ziel, argumentierte Meinungsbildungsprozesse zu initiieren.

Von **7.-11. November 2005** richtet sich die „**Global Education Filmwoche 2005**“ an Schulklassen und Bildungsverantwortliche. Die Filme bieten Anknüpfungspunkte an entwicklungs- und bildungspolitische Fragestellungen, wobei sowohl der Zugang zur Bildung weltweit, wie auch die Qualität der Bildung thematisiert werden. Die „**Junge Normale**“ für Kinder und Jugendliche vermittelt an den Vormittagen zusätzlich in medienpädagogischen Workshops, wodurch „bewegtes Bild“ entsteht und worin die Möglichkeiten der Manipulation und „Meinungsmache“ liegen.

Ein anderer Blick ist möglich!

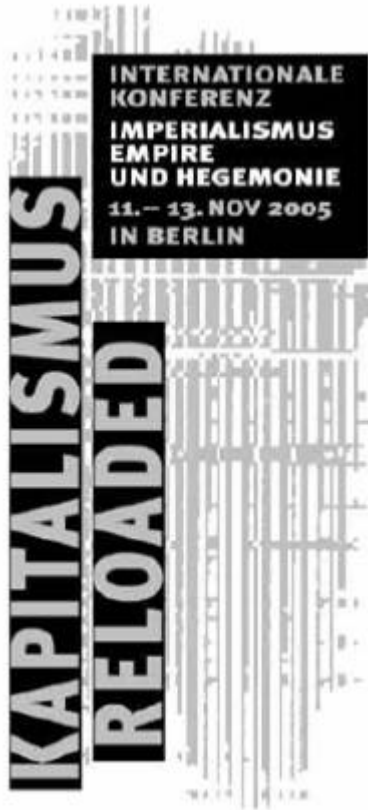
[1] www.observatoire-medias.info

[2] www.zeit.de/2005/19/inism?page=all

Internationale Konferenz 11.-13. November 2005

in Berlin

Kapitalismus reloaded Imperialismus - Empire – Hegemonie



Die internationale Konferenz Kapitalismus reloaded fragt nach der neuen Struktur des globalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen. Die Konferenz ist in die drei Themenblöcke "Produktion und Macht", "Weltmarkt und Staat" sowie "Ideologie und Subjektivität" gegliedert.

Eingeladen sind über hundert Referentinnen und Referenten u.a.: Giovanni Arrighi, Sam Ashman, Andreas Boes, Ana Ester Cecena, Alex Callinicos, Alex Demirovic, Frank Deppe, Thomas Fritz, Peter Gowan, Joachim Hirsch, Stefanie Hürtgen, Beverly Silver, Sandro Mezzadra, Ernesto Lander, Christoph Lieber, Klaus Dörre, Karl-Heinz Roth, Mag Wompe, Ursula Huws, Thomas Seibert, Mario Candeias, Esra Erdem

weitere Informationen:

www.kapitalismus-reloaded.de

info@kapitalismus-reloaded.de

Veranstalter:

Attac - ak analyse & kritik - Arranca - Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung - Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V. - BuKo Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft - Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) - Das Argument - Fantomas - FelS - Helle Panke - Kritik & Praxis Berlin - Linksruck - PROKLA - Rosa Luxemburg Stiftung - Sand im Getriebe (attac) - Sozialismus - Sozialistische Zeitung Soz-WISSENtransfer

Harold Pinter

(Nobelpreis für Literatur 2005)

God Bless America

January 2003

Hoppla da sind sie schon wieder,
Die Amis mit ihrer Panzerparade
Kreischen die Jubelballaden
Im Galopp durch die große Welt
Hurra für Amerikas Gott.

Die Gossen verstopft mit den Toten
Die nicht mehr dabei sind
Die anderen wollen nicht singen
Manche sind ohne Stimme
Manche vergessen das Lied

Die Peitschen der Reiter schneiden
Dein Kopf rollt in den Sand
Dein Kopf ist eine Dreckpfütze
Dein Kopf besudelt den Staub
Deine Augen sind erloschen und deine Nase
Riecht nur den Totengestank
Und die tote Luft lebt überall
Im Geruch von Amerikas Gott

Here they go again,
The Yanks in their armoured parade
Chanting their ballads of joy
As they gallop across the big world
Praising America's God.

The gutters are clogged with the dead
The ones who couldn't join in
The others refusing to sing
The ones who are losing their voice
The ones who've forgotten the tune.

The riders have whips which cut.
Your head rolls onto the sand
Your head is a pool in the dirt
Your head is a stain in the dust
Your eyes have gone out and your nose
Sniffs only the pong of the dead
And all the dead air is alive
With the smell of America's God